LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
15. Wahlperiode

Drucksache 15/1580
11. 10. 2007

Unterrichtung

durch die Landesregierung

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Juli 2007

Dem Präsidenten des Landtags mit Schreiben der Staatskanzlei vom 11. Oktober 2007 übersandt.
Federführend ist der Minister der Finanzen.
Der Bericht wird gemäß Beschluss des Landtags vom 6. Juli 2006 (vgl. Drucksache 15/46 Nummer II.2.) zur Besprechung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 16. Oktober 2007

RheinlandPfalz

Bericht der Landesregierung

gemäß § 20a Abs. 2 Landeshaushaltsordnung
i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008
über Stand und Ergebnisse der Anwendung der Absätze 1 bis 3
und den allgemeinen Entwicklungsstand der Instrumente nach Absatz 5
(Teil A)

gemäß § 7b Abs. 4 Landeshaushaltsordnung
über die Erfüllung der Leistungsaufträge
(Teil B)

sowie

gemäß Beschluss des Landtags vom 18. März 2004,
vgl. Nr. IV der LTag-Drs. 14/2890 über
den Projektfortschritt der KLR
(Teil C)

zum 31. Juli 2007

Ministerium der Finanzen

A. Bericht über die Ausgabenbudgets 3

I. Entwicklungen im Personalbereich 3

1. Ausgabenquote und Ausgabenprognose (Anlage 1) 3
2. Zahlfallentwicklung (Anlage 2) 3

II. Entwicklungen im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben (Anlage 3) 4

III. Entwicklungen im Bereich der landeseigenen Bauinvestitionen (Anlage 4) 4

IV. Entwicklungen im Bereich der sächlichen Investitionsausgaben (Anlage 5) 4

V. Ressortbeiträge (Anlage 6) 5

B. Bericht über die Leistungsaufträge 6

I. Entwicklung der Leistungsaufträge 6

II. Entwicklung der Leistungsaufträge im Einzelnen 7

1. Leistungsauftrag in der Vermessungs- und Katasterverwaltung (Anlage 7) 7
2. Leistungsauftrag in der Steuerverwaltung (Anlage 8) 7
3. Leistungsauftrag der Arbeitsverwaltungen im Justizvollzug (Anlage 9) 7
4. Leistungsauftrag im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Förderung (Anlage 10) 7
5. Leistungsauftrag im Bereich der Schuldner- und Insolvenzberatung (Anlage 11) 8
6. Leistungsauftrag beim Landesamt für Geologie und Bergbau – LBG (Anlage 12) 8
7. Leistungsaufträge bei den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (Anlagen 13 bis 18) 9
8. Leistungsauftrag beim Projekt PES – Vertretung von Unterricht (Anlage 19) 9
9. Leistungsauftrag bei der Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbständigkeit von Schulen - AQS (Anlage 20) 9
10. Leistungsauftrag zur Förderung der anerkannten Volkshochschulen und Landesorganisationen der Weiterbildung (Anlage 21) 9
11. Leistungsauftrag Landesforsten Rheinland-Pfalz (Anlage 22) 9

III. Detailentwicklung 10

C. Bericht über den Projektfortschritt der KLR 11

I. Landesweite Entwicklung 11

1. Projekte in der Landesverwaltung und den Landesbetrieben (Anlage 15) 11
2. Einführung der landesweit einheitlichen KLR-Software 11
3. Weitere Entwicklung 11

II. Länderübergreifende Entwicklung 12

A. Bericht über die Ausgabenbudgets

I. Entwicklungen im Personalbereich

1. Ausgabenquote und Ausgabenprognose (Anlage 1)

Nach den Prognosen der Ressorts (Epl. 01 bis 14) zum Stichtag 31. Juli werden auch am Ende dieses Jahres die Personalausgabenbudgets ausreichend sein. Bis zum o.a. Stichtag 2007 hatten die Ressorts rd. 63,4 v.H. des Personalausgabensolls 2007 verausgabt und rechnen für das Jahresende mit einer prognostizierten Minderausgabe in Höhe von rd. 5,45 Mio. €.

Im Geschäftsbereich des **Ministeriums der Justiz** wird das Personalausgabenbudget nach wie vor durch den aufgelaufenen Malus dominiert, der jedoch durch die erfolgte Basisbereinigung auch in seiner Prognose durch das Ressort selbst zurückgeführt werden konnte.

Daneben sieht das **Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur** eine mögliche Budgetüberschreitung von rd. 15 Mio. €, erwartet jedoch, dass im Rahmen einer gewissen Schwankungsbreite – treffen die Erfahrungen der Vorjahre auch in diesem Jahr zu - das Prognoseergebnis sich noch leicht verbessern wird. Insbesondere bei der Entwicklung der Pensionsfondsausgaben sieht das Ressort noch einen Spielraum von rd. 1,3 Mio. €, so dass über die HG 4 und den Pensionsfonds hinweg zurzeit eine Überschreitung von rd. 13,7 Mio. € zu prognostizieren sei.

Wesentlich für diese Entwicklung sei die bereits im vergangenen Jahr angelaufene Entwicklung

- der Versorgungs- und Beihilfeausgaben,
- im Altersteilzeitbereich.

2. Zahlfallentwicklung (Anlage 2)

Auch in diesem Jahr gingen zum Stichtag 31. Juli die Zahlfälle zurück. Bereinigt um die Ausgliederungen zum Haushalt 2007[1] reduzierten sich die Zahlfälle um rd. 11 (ohne Berichtigung der Altersteilzeitzahlfälle) gegenüber dem Stand Dezember 2006 bzw. um rd. 464,5 Zahlfälle (mit Berichtigung der Altersteilzeitzahlfälle). Entsprechend den bisherigen Erfahrungen[2] wird diese Entwicklung in der zweiten Hälfte des Jahres rückläufig sein, weil insbesondere im **Epl. 09**

---

[1] Ausgegliedert wurden die Universitäten Trier (Kap. 0906) und Kaiserslautern (Kap. 0907) sowie die Fachhochschulen Kaiserslautern (Kap. 0962) und Mainz (Kap. 0965) mit insgesamt 2.208,76 Zahlfällen.

[2] Vgl. insofern **Budgetbericht 2000**, LTag-Drs. 13/6990 vom 11. April 2001, S. 3 f., **Budgetbericht 2001**, LTag-Drs. 14/991 vom 11. April 2002, S. 5, **Budgetbericht 2002**, LTag-Drs. 14/2023 vom 24. März 2003, S. 5 f.; **Budgetbericht 2003**, LTag-Drs. 14/2991 vom 15. März 2004, S. 4; **Budgetbericht 2004**, LTag-Drs. 14/3998 vom 29. März 2005, S. 2 f.; **Budgetbericht 2005**, LTag-Drs. 14/5112 vom 05. Mai 2006, S. 3; **Budgetbericht 2006**, LTag-Drs. 15/1016 vom 20. April 2007, S. 4

- durch den Einstellungstermin des Lehrpersonals zum Beginn des neuen Schuljahres insgesamt die Zahlfallentwicklung wieder anziehen wird,
- die Ausbildungskapazitäten bei den Studienseminaren erhöht wird,
- im Bereich der Altersteilzeit Nachbesetzungen notwendig werden,
- das Ganztagsschulprogramm weiter aufgebaut wird und
- die Vollbesetzung der AQS angestrebt wird sowie
- im Bereich Hochschulen die Stellen im Rahmen des vorgegebenen Budgets unter Berücksichtigung der Hochschulspezifika (insbes. Personalbemessungskonzept und Ausfinanzierungsgrad) besetzt werden.

Der Zahlfallanstieg zum Juli 2007 im Bereich des **Epl. 03** ist im Wesentlichen auf die im Mai 2007 erfolgte Neueinstellung von 302 Polizeianwärterinnen / Anwärtern zurückzuführen.

II. Entwicklungen im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben[3] (Anlage 3)

Von den Ressorts werden im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben[3] Minderausgaben von rd. 69,0 Mio. € (davon rd. 75,2 Mio. € Ausgabereste) prognostiziert. Insgesamt gehen fast alle Ressorts davon aus, die vorgegebenen Ausgabenbudgets einhalten zu können. Lediglich der **Epl. 09** sieht auch in diesem Bereich eine Budgetüberschreitung von rd. 1,9 Mio. €, die im Wesentlichen auf die dort veranschlagten globalen Minderausgaben zurückzuführen sei, die ansatzreduzierend in der Anlage 3 berücksichtigt wurden.

III. Entwicklungen im Bereich der landeseigenen Bauinvestitionen[4] (Anlage 4)

Die Ausgabenentwicklung im Bereich der landeseigenen Bauinvestitionen[4] verläuft erfahrungsgemäß nicht gleichförmig, sondern abhängig von den verschiedensten Faktoren schubweise. Insofern ist weniger die in Anlage 4 ausgewiesene Ist-Ausgabe zum 31. Juli, als die von den Ressorts abgegebene Prognose zum Jahresende interessant. Danach werden in diesem Bereich die prognostizierten Minderausgaben von rd. 16,1 Mio. € nur unter Inanspruchnahme der Ausgabereste (rd. 37,5 Mio. €) zu erzielen sein.

IV. Entwicklungen im Bereich der sächlichen Investitionsausgaben[5] (Anlage 5)

Auch im Bereich der sächlichen Investitionsausgaben[5] interessiert primär die Prognose der Ressorts zum Jahresende als der aktuelle Stand der Ist-Ausgaben. Danach wird kein Ressort zum

---

[3] d.h. Ausgaben der OGr. 51 bis 54 ohne die Gruppen 529 und 531 und ohne Gruppe 532 im Epl. 05
[4] d.h. Ausgaben der HG 7
[5] d.h. Ausgaben der OGr. 81 und 82

Jahresende das Budget überschreiten. Die prognostizierte Minderausgabe von rd. 29,8 Mio. € kann allerdings auch nur unter Inanspruchnahme der Ausgabereste (rd. 45,4 Mio. €) erzielt werden.

V. Ressortbeiträge (Anlage 6)

Detailinformationen zum Ausgabenstand und zur Ausgabenprognose können den in der Anlage 6 zusammengestellten Ressortbeiträgen entnommen werden.

B. Bericht über die Leistungsaufträge

I. Entwicklung der Leistungsaufträge

Die Leistungsaufträge wurden auch im aktuellen Doppelhaushalt 2007/2008 nochmals deutlich ausgebaut und weiterentwickelt. Insgesamt sind nunmehr folgende 16 Leistungsaufträge gem. § 7b LHO ausgebracht

- in der Vermessungs- und Katasterverwaltung (Kap. 03 22),
- in der Steuerverwaltung (Kap. 04 04),
- in den Arbeitsverwaltungen im Justizvollzug (Kap. 05 04),
- im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Förderung (Kap. 06 02),
- im Bereich der Anerkennung und Förderung der Schuldner- und Insolvenzberatung (Kap. 06 02),
- im Landesamt für Geologie und Bergbau (Kap. 08 03),
- in den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum - DLR
  - Westerwald-Osteifel (Kap. 08 51),
  - Eifel (Kap. 08 52),
  - Rheinpfalz (Kap. 08 53),
  - Mosel (Kap. 08 54),
  - Rheinhessen-Nahe-Hunsrück (Kap. 08 55),
  - Westpfalz (Kap. 08 56),
- im Projekt Erweiterte Selbständigkeit an Schulen - PES (Kap. 09 19),
- in der Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbständigkeit von Schulen - AQS (Kap. 09 82),
- im Bereich der Förderung der Weiterbildung (Kap. 09 40) und
- im Forstbereich (Kap. 14 10).

Gegenüber 2005/2006 kamen die Leistungsaufträge in den Bereichen Schuldner- und Insolvenzberatung, Landesamt für Geologie und Bergbau, Dienstleistungszentren Ländlicher Raum, PES sowie AQS neu hinzu. Der Leistungsauftrag im Bereich Schulen (Kapitel 09 19) zur projektorientierten Lehrerfortbildung in Form von schulinternen Online-Kursen zur Erweiterung der Methodenkompetenz für den Einsatz digitaler Medien im Unterricht ist nach erfolgreichem Abschluss ausgelaufen.

Summarisch betrachtet konnten die im Rahmen der Leistungsaufträge normierten Ziele weitestgehend erreicht werden. Die vorgegebenen Leistungsparameter wurden fast überall erreicht oder gar überschritten. Auf die quantitative Erweiterung muss in den nächsten Jahren auch der quali-

tative Ausbau folgen. Maßgeblich dafür ist zunächst die Bereitschaft aller, sich vor dem Abschluss eines Leistungsauftrages konkrete und nachprüfbare Leistungsziele für den anstehenden Zeitraum zu setzen. Dabei muss es zentrales Anliegen sein, die Leistungsaufträge so auszurichten, dass eine für die Landesregierung und das Parlament steuerungsrelevante Ebene auch abgebildet wird. Eine zu kleinteilige Darstellung der Leistungsparameter ist kontraproduktiv.

II. Entwicklung der Leistungsaufträge im Einzelnen

1. Leistungsauftrag in der Vermessungs- und Katasterverwaltung (Anlage 7)

Nachdem die Teilziele „Ausbau des Geodatenservers" und „Ausbau des Kundenservice" zum 31. Dezember 2006 erreicht und abgeschlossen werden konnten, wurden zwei neue Oberziele in den Leistungsauftrag aufgenommen. Die vorgelegten Zahlen spiegeln eine konsequente Fortsetzung des Modernisierungsprozesses und eine weitergehende Kundenorientierung in der Katasterverwaltung wider.

2. Leistungsauftrag in der Steuerverwaltung (Anlage 8)

Der Leistungsauftrag in der Steuerverwaltung basiert auf dem Projekt „Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern"[6]. Angestrebt wird eine Aufgabenerfüllung mit den Komponenten: möglichst hoher Zielerreichungsgrad, Wirtschaftlichkeit sowie Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit. Abgebildet sind die Aufgabenbereiche Arbeitnehmerstelle, allgemeine Veranlagung und Rechtsbehelfsstelle, in denen im Jahr 2007 nach erfolgreicher Pilotierung mit allen Finanzämtern auch Leistungsvereinbarungen abgeschlossen wurden. Die Entwicklung der Kennzahlen ist in der Tendenz über alle drei Bereiche positiv zu bewerten.

3. Leistungsauftrag der Arbeitsverwaltungen im Justizvollzug (Anlage 9)

Im Bereich der Arbeitsverwaltungen der Justizvollzugs- und Jugendstrafanstalten konnte die Beschäftigungslage der Gefangenen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stabil gehalten – der Planwert sogar leicht übertroffen werden. Wie schon im letzten Halbjahr 2006 hat sich dieser Effekt allerdings nicht auf die Überschussentwicklung bzw. Gewinnerzielung übertragen lassen, weil beim Erweiterungsbau der JVA Wittlich die Eigenbetriebe dort in beachtlichem Umfang Eigenarbeiten (Fertigung von Gittern und Fenstern) durchführen, wofür notwendige Rohstoffe beschafft und bezahlt werden müssen. Da es sich um Eigenleistungen für die JVA handelt, stehen den aufgewendeten Ausgaben keine Einnahmen gegenüber.

4. Leistungsauftrag im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Förderung (Anlage 10)

Der Zielerreichungsgrad bei den arbeitsmarktpolitischen Förderprojekten lag größtenteils im oberen Bandbreitenbereich. In erheblichem Umfang konnten Integrationsleistungen, Chancen-

---

[6] Vgl. dazu ausführlich LTag-Vorlage 14/3504 vom 17. August 2004

verbesserungen und Präventivmaßnahmen in Bezug auf den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erfolgreich umgesetzt werden.

Für folgende Maßnahmen konnten die Erwartungen – teilweise sehr deutlich – übertroffen werden: *Konversion, Regionale SGB II-Flankierung, Projekte für potentielle SGB VIII, SGB XII und Nichtleistungsbezieher und weitere Zielgruppenprojekte, Job Chance, Verbesserung der Ausbildungschancen von Migrantinnen und Migranten, Maßnahmen für Ältere, Berufsmentoring Ausbildungsabbruch sowie Regionale Beschäftigungsentwickler/Modellprojekte*. Besonders erfreulich ist, dass die Anzahl der mit den personenbezogenen, arbeitsmarktpolitischen Instrumenten erreichten Förderadressaten spürbar gesteigert werden konnte.

Bei den Projekten *Job-Füxe, Berufsmentoring EQJ, Kommunale Jugend-Scouts, Beschäftigung und Qualifizierung sowie Fit für den Job (Berufsorientierung)* wurde der Zielkorridor eingehalten oder leicht übererfüllt. Entgegen der Darstellung gilt dies auch für die *SGB III-Projekte*, bei denen eine Maßnahme neuerdings im Förderansatz *Verbesserung der Ausbildungschancen* nachgewiesen wird. Auch bei diesen Förderungen ist die erstaunlich hohe Anzahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern hervorzuheben.

Die Fördermaßnahmen in den Bereichen *Betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik, Unterstützung Eltern/Multiplikatoren, Nachholender Schulabschluss sowie Zusätzliche Chance auf Ausbildung* haben sich unterdurchschnittlich entwickelt. Dies lag jedoch daran, dass Träger entsprechende Projektanträge zurückgezogen haben oder keine Folgeanträge mehr gestellt wurden.

5. **Leistungsauftrag im Bereich der Schuldner- und Insolvenzberatung (Anlage 11)**

   Ziel des 2007 neu ausgebrachten Leistungsauftrages ist, für überschuldete Privathaushalte mit Hilfe qualifizierter kostenfreier Beratung einen Ausweg aus der Überschuldungskrise zu finden. Die Globalziele sind gerichtet auf die Sicherstellung ausreichender Beratungskapazitäten, die Sicherung und Weiterentwicklung der Beratungsqualität sowie die Stärkung der Prävention. Die vorgegebenen Zielwerte wurden grundsätzlich erreicht oder übertroffen. Es bestehen deutliche Anzeichen, dass die Nachfrage nach Unterstützungsleistungen zur Schuldner- und Insolvenzberatung stärker ansteigen wird.

6. **Leistungsauftrag beim Landesamt für Geologie und Bergbau – LBG (Anlage 12)**

   Nachdem im Jahr 2006 der Leistungsauftrag beim LBG in den beiden Bereichen „Träger öffentlicher Belange“ und „Landeserdbebendienst“ ausgelaufen ist, wurde im Doppelhaushalt 2007/2008 ein neuer Leistungsauftrag zum *Aufbau eines integrierten geowissenschaftlichen Informationssystems* verabschiedet. Gemäß einer ersten Einschätzung konnten dadurch bereits jetzt Verbesserungen im Hinblick auf eine zielgerichtete Aufgabenbündelung und –umverteilung erreicht werden.

7. **Leistungsaufträge bei den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (Anlagen 13 bis 18)**
   Die Leistungsaufträge Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (Kapitel 08 51 bis 08 56) wurden 2007 neu aufgenommen. Die Dienstleistungszentren unterstützen die Landwirtschaft in Ihrem Bestreben einer weitergehenden Qualitäts- und Marktorientierung, u.a. im Rahmen der Instrumentarien Aus- und Fortbildung, Beratung, Versuchswesen sowie ländliche Entwicklung und Bodenordnung. Die aktuellen Zielvereinbarungen beruhen auf den Ist-Werten. Im Falle der Bodenordnung auf einem differenzierten Kontraktmanagement.
8. **Leistungsauftrag beim Projekt PES – Vertretung von Unterricht (Anlage 19)**
   Der Leistungsauftrag ist darauf gerichtet, den temporären Unterrichtsausfall wegen Abwesenheit von Lehrkräften so weit wie möglich zu reduzieren. Zwischen den Stichtagen 31. Juli 2006 und 31. Dezember 2006 ging der temporäre Unterrichtsausfall an den Projektschulen von 2,41% auf 2,21% zurück. Zwar konnte die avisierte Zahl der am Projekt teilnehmenden Schulen nicht ganz erreicht, die Anzahl der geschulten Personen im Projekt jedoch deutlich gesteigert werden.
9. **Leistungsauftrag bei der Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbständigkeit von Schulen - AQS (Anlage 20)**
   Aufgabe der AQS ist es, regelmäßig externe Evaluationen an allen Schulen des Landes durchzuführen und die dazu notwendigen Zielvorgaben, Instrumente und Verfahren zu entwickeln. Die Anzahl der Schulbesuche, der standardisierten Erstbesuche, der Berichte und der geschulten Personen lagen innerhalb der angestrebten Bandbreiten. Bei der Anzahl der Info-Veranstaltungen und der betreffenden Teilnehmerzahl konnten die Zielwerte bei Weitem übertroffen werden.
10. **Leistungsauftrag zur Förderung der anerkannten Volkshochschulen und Landesorganisationen der Weiterbildung (Anlage 21)**
    Die Leistungsanreize des Weiterbildungs- und Bildungsfreistellungsgesetzes wirken sich positiv auf die Förderung der Weiterbildung aus. Entsprechend werden die projektierten Maßnahmen in den Bereichen der Förderung der allgemeinen Weiterbildung im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes, der Anerkennung von Veranstaltungen im Rahmen des Bildungsfreistellungsgesetzes und dem Ausbau von Schwerpunktbereichen weiter vorangetrieben.
11. **Leistungsauftrag Landesforsten Rheinland-Pfalz (Anlage 22)**
    Die mit dem Leistungsauftrag verbundenen (Teil-)Ziele wurden weitgehend erreicht. Die Situation war besonders durch die Nachwirkungen des Orkans „Kyrill“ geprägt. Entsprechend trug die Sturmholzaufarbeitung zu einer Steigerung bei Ernte und Verkauf von Rohholz bei. Gleichzeitig wurden dadurch zu Lasten anderer Bereiche Ressourcen gebunden (u.a. Waldkartierung) und Maßnahmen mussten verschoben werden (z.B. Pflanzungen). Bei der Bewirtschaftung kommunaler und privater Wälder konnten zwar die Planwerte eingehalten werden, insgesamt bleibt jedoch ein deutlicher Zuschussbedarf.

III. Detailentwicklung

Hinsichtlich der Detailentwicklung wird auf die Anlagen 7 bis 22 verwiesen, in der für die einzelnen Leistungsaufträge die jeweiligen Leistungsparameter dargestellt sind.

C. Bericht über den Projektfortschritt der KLR

I. Landesweite Entwicklung

1. Projekte in der Landesverwaltung und den Landesbetrieben (Anlage 23)

Eine ausführliche Übersicht über die geplanten, begonnenen und produktiven KLR-Projekte (Landesverwaltung und Landesbetriebe) mit dem Stand vom 31. Juli 2007 - incl. Erläuterungen der Ressorts - ist als Anlage 23 beigefügt.

2. Einführung der landesweit einheitlichen KLR-Software

Interessierten Dienststellen bzw. Behörden (u.a. Ministerium des Innern und für Sport, Justizministerium (für die Arbeitsverwaltungen der JVA`n)) wurden - im Rahmen von Einzel-„Workshops“ in einer Testumgebung anhand von Beispielen - die wesentlichen Elemente der implementierten Funktionalitäten des Landesmodells dargestellt.

Aufbauend auf dem Landesmodell wurden bzw. werden neben den vier ursprünglichen Einrichtungen weitere Behörden an das zentrale LDI-System angeschlossen:

- das Statistische Landesamt,
- das Landesamt für Geologie und Bergbau sowie
- die SGD Nord.

Die ADD hat nach einer erfolgreichen Piloteinführung mit der flächendeckenden Anbindung aller Bediensteten begonnen.

Neben den messbaren fiskalischen Vorteilen, die durch die gemeinsame Software entstehen, zeigt sich auch eine weitere inhaltliche Standardisierung bzw. Konkretisierung.

3. Weitere Entwicklung

Die an das LDI angeschlossenen Dienststellen werden in betriebswirtschaftlichen und anwendertechnischen Fragen von Seiten des FM intensiv betreut. Gleichzeitig wird das vorhandene Landesmodell kontinuierlich optimiert:

- die Möglichkeiten des Berichtswesens werden ausgebaut (Einsatz Report Generator),
- die Grundlagen für eine Plankostenrechnung werden in Zusammenarbeit mit dem MWVLW pilothaft im Landesamt für Geologie und Bergbau implementiert, um u.a. so die Voraussetzungen für eine enge Verzahnung mit den ausgebrachten Leistungsaufträgen herzustellen sowie
- mit der Schaffung einer Internet-Plattform „KLR“ zur Vernetzung/Austausch der angeschlossenen Dienststellen wurde begonnen.

II. Länderübergreifende Entwicklung

Der Bund/Länder-Arbeitskreis „Aufstellung, Bewirtschaftung und Rechnungslegung bei Haushalten auf doppischer oder erweiterter kameraler Basis und bei produktorientierten Haushalten“ hat damit begonnen, standardisierte Reformmodelle des Haushalts- und Rechungswesens zu beschreiben und ihre Umsetzungsbedingungen – insbesondere mit Blick auf die Prämisse eines einheitlichen Haushalts- und Rechnungswesens – zu klären. Die Reformprozesse sollen insgesamt kanalisiert werden.

Gleichzeitig evaluiert und verbessert der Bund/Länder-Arbeitskreis „KLR/Doppik“ in einem fortlaufenden Prozess die KLR-Standards (VKR, Produktrahmen).

Anlagen

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008 - Hauptgruppe 4 - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2007

Einzelplan	Soll 2006 [1]	Ist 2006 [1]	Ist 2006 zum	Ansatz 2007	PVM 2007	Zuführungen				In Abgangstellung		Einsparungen	Soll 2007	31.07.2007						Mehr-/ Minderausgaben
	einschl. Ausgabereste und Rücklagen, tarifl. bedingte Mehrausgaben und evtl. sonst. Veränderungen		Soll 2006		Tarifbedingte Personalmehr-ausgaben	von Ausgabe-resten	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2008 ff. bewilligte Ausgabereste	aus Titel 861 01 bzw. entsprechenden Titeln aus TGr.	z.B. aufgrund von Kopplungs-vermerken, Umsetzungen, Deckungsfähig-keiten, üpl., apl.	nach Titel 861 01 bzw. entsprechende Titel aus TGr.	z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungs-fähigkeiten	z.B. Erfüllung von Einsparauflagen		geplantes Soll zum 31.07.	Ist zum 31.07.	Abweichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2007	Prognose zum 31.12.2007		(Differenz Soll 2007 zur Prognose)
	in €	in €	in v.H.	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in v.H. zum Soll 2007	in €
01 [2]	25.054.377	24.027.480	95,9%	24.222.200		753.271					5.000		24.970.471	14.792.302	15.218.249	2,9%	60,9%	24.513.819	98,2%	-456.652
02 StK [3]	19.593.274	19.236.639	98,2%	9.683.600		0			95.000		108.800		9.669.800	5.648.000	6.056.098	7,2%	62,6%	9.669.800	100,0%	0
02 LV	5.186.501	4.717.965	91,0%	5.088.100		154.764	30.000		8.000		2.400		5.248.464	2.840.988	2.770.957	-2,5%	52,8%	4.975.500	94,8%	-272.964
03	824.477.181	806.040.896	97,8%	813.725.100		18.219.300		924.700	174.500	1.354.900	20.000		831.668.700	525.008.274	523.846.998	-0,2%	63,0%	821.466.066	98,8%	-10.202.634
04	356.554.025	351.074.991	98,5%	348.252.000		5.222.800			1.100.000		68.600		354.506.200	226.891.662	224.710.292	-1,0%	63,4%	354.456.800	100,0%	-49.400
05	421.280.298	426.985.872	101,4%	436.315.700		-4.277.261			240.000		55.600		432.222.839	278.786.568	274.437.561	-1,6%	63,5%	431.746.252	99,9%	-476.587
06	95.506.576	88.836.635	93,0%	94.453.000		1.110.644			1.346.500	15.000			96.895.144	54.940.000	54.900.322	-0,1%	56,7%	94.550.600	97,6%	-2.344.544
08	155.673.633	138.929.717	89,2%	139.838.600		4.530.196			455.169		54.100	4.000.000	140.769.865	86.394.491	86.074.125	-0,4%	61,1%	137.031.638	97,3%	-3.738.227
09 [3] [4]	2.410.411.159	2.419.936.309	100,4%	2.650.977.900		-8.383.241			5.223.298		1.509.791	899.100	2.645.409.065	1.697.974.393	1.697.974.393	0,0%	64,2%	2.660.428.141	100,6%	15.019.076
10 [5]	17.248.096	14.802.380	85,8%	17.443.600		0					58.523		17.385.077	10.325.000	9.592.738	-7,1%	55,2%	15.578.000	89,6%	-1.807.077
14	88.694.843	87.505.938	98,7%	84.082.600		886.623		99.000	5.529.000		154.200		90.443.023	55.678.767	53.486.906	-3,9%	59,1%	89.318.884	98,8%	-1.124.138
15 [4]	346.206.411	351.893.523	101,6%																	
Zwischen-ergebnis	4.765.886.374	4.733.988.344	**99,3%**	4.624.082.400	0	18.217.096	30.000	1.023.700	14.171.467	1.369.900	2.037.014	4.899.100	4.649.188.648	2.959.280.445	2.949.068.640	-0,3%	**63,4%**	4.643.735.501	**99,9%**	-5.453.148
20	100.000.000	0	0,0%	0		97.003.700							97.003.700		0		0,0%		0,0%	-97.003.700
Gesamt-ergebnis	4.865.886.374	4.733.988.344	**97,3%**	4.624.082.400	0	115.220.796	30.000	1.023.700	14.171.467	1.369.900	2.037.014	4.899.100	4.746.192.348	2.959.280.445	2.949.068.640	-0,3%	**62,1%**	4.643.735.501	**97,8%**	-102.456.848

Anmerkungen:

1) Vorbehaltlich der endgültigen Haushaltsrechnung 2006.

2) Im Epl. 01 sind die Haushaltsstellen 01 01/411 72 und 01 01/427 72 enthalten.

3) Ab dem Haushaltsjahr 2007 befinden sich die ehemaligen Kapitel 02 08 (Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften - DHV) und 02 09 (Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften - FÖV) im Epl. 09.

4) Ab dem Haushaltsjahr 2007 wurde der Epl. 15 in den Epl. 09 überführt.

5) Die Inabgangstellung von 58.523 € erfogt auf freiwilliger Basis zur Erbringung der Bewirtschaftungsmaßnahme nach Nr. 2.1 der VV über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung im HHJ 2007.

§ 6 LHG 2007/2008 **Anlage 2**

Personalentwicklung in den budgetierten Personalausgabenbereichen sowie personalbezogene Prognose über den vorauss. weiteren Verlauf - Haushaltsjahr 2007 - nach Beamten und Beschäftigten

Einzelplan	Ausgaben-gruppe	Stand zum Dezember 2006 [1) 2)]	Zuzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Blockmodell in der Arbeitsphase sind [3)]	Abzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Blockmodell in der Freistellungs-phase sind [3)]	Stand zum Dezember mit Berichtigung der Altersteilzeit-zahlfälle (Blockmodell) [1) 3)]	Stand zum Juli 2007 [1) 2)]	Zuzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Blockmodell in der Arbeitsphase sind [3)]	Abzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Blockmodell in der Freistellungsphase sind [3)]	Stand zum Juli mit Berichtigung der Altersteilzeit-zahlfälle (Blockmodell) [1) 3)]	Differenz zum Dezember ohne Berichtigung der Altersteilzeit-zahlfälle (Blockmodell) [1)]	Differenz zum Dezember mit Berichtigung der Altersteilzeit-zahlfälle (Blockmodell) [1)]	Prognose für Dezember 2007 ohne Berichtigung der Altersteilzeit-zahlfälle (Blockmodell) [1)]
		Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ
01	422	48	0,0		48	49			49	1,1	1,1	49
	425	70	0,5	0,3	71					-70,5	-70,7	
	426	16	1,0		17					-16,3	-17,3	
	428					83	1,5	0,8	84	83,3	84,0	83
	Gesamt	**135**	**1,5**	**0,3**	**136**	**132**	**1,5**	**0,8**	**133**	**-2,4**	**-2,9**	**132**
02-Stk [4)]	422	71	1,0		72	45	1,0		46	-26,1	-26,1	45
	425	178	3,3	0,8	180					-177,6	-180,2	
	426	15			15					-14,6	-14,8	
	428					94	3,3	0,5	97	94,4	97,2	95
	Gesamt	**264**	**4,3**	**0,8**	**267**	**140**	**4,3**	**0,5**	**144**	**-123,9**	**-123,6**	**140**
02-LV	422	17	1,0		18	21	1,0		22	4,0	4,0	27
	425	31			31					-31,3	-31,3	
	426	11			11					-10,8	-10,8	
	428					38	0,5		38	37,6	38,1	36
	Gesamt	**59**	**1,0**	**0,0**	**60**	**59**	**1,5**	**0,0**	**60**	**-0,5**	**0,0**	**63**
03	422	11.861	100,3	73,5	11.888	12.015	78,3	73,5	12.019	153,6	131,6	12.099
	425	2.092	67,7	38,7	2.121					-2.091,8	-2.120,8	
	426	613	22,3	14,2	621					-612,9	-621,0	
	428					2.655	82,5	60,6	2.677	2.655,2	2.677,2	2.557
	Gesamt	**14.566**	**190,2**	**126,4**	**14.629**	**14.670**	**160,8**	**134,1**	**14.696**	**104,2**	**67,0**	**14.656**
04	422	5.688	195,9	77,0	5.807	5.503	174,7	85,4	5.593	-184,2	-213,8	5.647
	425	1.204	55,8	30,3	1.229					-1.203,9	-1.229,4	
	426	70	4,2	1,7	73					-70,2	-72,6	
	428					1.253	61,2	29,7	1.285	1.253,5	1.284,9	1.253
	Gesamt	**6.962**	**255,8**	**109,0**	**7.109**	**6.757**	**235,9**	**115,1**	**6.878**	**-204,8**	**-230,9**	**6.900**
05	422	6.605	41,6	37,5	6.609	5.609	32,1	39,5	5.601	-996,2	-1.007,7	5.674
	425	1.312	31,6	20,1	1.324					-1.312,4	-1.323,8	
	426	92		0,9	91					-91,6	-90,8	
	428					2.398	28,5	22,9	2.404	2.398,3	2.403,9	2.403
	Gesamt	**8.009**	**73,2**	**58,5**	**8.024**	**8.007**	**60,6**	**62,4**	**8.005**	**-1,9**	**-18,4**	**8.077**
06	422	651	12,3	7,8	656	646	11,3	9,8	648	-5,5	-8,5	671
	425	676	3,2	10,2	669					-676,3	-669,3	
	426	62	1,7		63					-61,7	-63,4	
	428					744	5,0	10,2	739	743,7	738,6	753
	Gesamt	**1.389**	**17,2**	**18,0**	**1.389**	**1.390**	**16,4**	**20,0**	**1.386**	**0,2**	**-2,7**	**1.424**
08	422	1.023	28,8	14,0	1.038	1.010	29,8	17,0	1.022	-13,3	-15,3	1.016
	425	675	20,9	14,5	681					-674,7	-681,0	
	426	202	5,3	5,2	202					-202,2	-202,2	
	428					816	27,8	18,0	825	815,5	825,3	821
	Gesamt	**1.900**	**54,9**	**33,7**	**1.921**	**1.825**	**57,6**	**35,0**	**1.848**	**-74,6**	**-73,3**	**1.838**
09 [4)5)]	422	30.213	1.949,4	975,6	31.187	31.493	1.775,4	1.149,1	32.120	1.280,3	932,8	31.679
	425	3.005	96,1	38,6	3.063					-3.005,4	-3.062,9	
	426	88	2,6	0,4	90					-88,2	-90,4	
	428					4.371	103,1	56,1	4.418	4.371,3	4.418,3	4.288
	Gesamt	**33.307**	**2.048,1**	**1.014,7**	**34.340**	**35.865**	**1.878,5**	**1.205,2**	**36.538**	**2.558,0**	**2.197,8**	**35.967**
10	422	127	2,0	4,5	124	124	1,5	4,5	121	-2,7	-3,2	122
	425	27	1,6		28					-26,6	-28,2	
	426	1			1					-0,9	-0,9	
	428					27	1,1		28	27,1	28,2	28
	Gesamt	**154**	**3,6**	**4,5**	**153**	**151**	**2,6**	**4,5**	**149**	**-3,1**	**-4,1**	**150**
14	422	695	15,5	11,5	699	698	14,5	10,0	703	3,2	3,7	702
	425	671	13,5	10,9	674					-670,9	-673,5	
	426	63	2,7	2,9	63					-63,0	-62,8	
	428					717	18,8	13,3	722	716,6	722,1	721
	Gesamt	**1.429**	**31,7**	**25,3**	**1.435**	**1.415**	**33,3**	**23,3**	**1.425**	**-14,2**	**-10,5**	**1.423**
15 [5)]	422	1.650	11,0	5,0	1.656				0			
	425	2.392	33,7	13,5	2.412				0			
	426	415	8,3	3,6	420				0			
	428								0			
	Gesamt	**4.457**	**53,1**	**22,1**	**4.488**	**0**	**0,0**	**0,0**	**0**	**0,0**	**0,0**	**0**
Insgesamt	422	58.649	2.358,7	1.206,4	59.801	57.213	2.119,6	1.388,8	57.944	-1.435,7	-1.857,3	57.731
	425	12.333	327,9	177,9	12.483					-12.333,2	-12.483,2	
	426	1.647	48,1	28,9	1.667					-1.647,3	-1.666,5	
	428					13.196	333,4	212,1	13.318	13.196,4	13.317,7	13.038
	Gesamt	**72.629**	**2.734,7**	**1.413,2**	**73.951**	**70.409**	**2.452,9**	**1.600,9**	**71.261**	**-2.219,8**	**-2.689,3**	**70.769**
Ausgliederungen [6)]										2.208,8	2.224,8	
Zahlfalldifferenz										-11,0	-464,5	

Anmerkungen:

1) Zahlfälle sind in Vollzeit umgerechnet und wurden gerundet sowie die Beschäftigungsmöglichkeiten für teilzeitbeschäftigte Arbeiter eingerechnet (Quelle: OFD Koblenz -ZBV-).

2) Die Summen "Gesamt" ergeben sich aufgrund der Addition der ungerundeten Werte und werden dann erst gerundet.

3) Mit Berichtigung der in Altersteilzeit (Blockmodell) befindlichen Mitarbeiter, die aufgrund des reduzierten Grundgehalts/-vergütung nur noch mit der Hälfte ihres bisherigen Vollzeitäquivalentes erfasst werden (Quelle: OFD Koblenz -ZBV-).

4) Ab dem Haushaltsjahr 2007 befinden sich die ehemaligen Kapitel 02 08 (DHV) und 02 09 (FÖV) im Epl. 09.

5) Ab dem Haushaltsjahr 2007 wurde der Epl. 15 in den Epl. 09 überführt.

6) Zum Haushaltsjahr 2007 wurden die Kapitel 09 06 (Universität Trier), 09 07 (Universität Kaiserslautern), 09 62 (Fachhochschule Kaiserslautern) und 09 65 (Fachhochschule Mainz) in Globalhaushalte überführt.

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008 - Obergruppen 51 bis 54 (ohne die Gruppen 529 und 531) - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2007

Einzelplan	Soll 2006 [1] einschl. Ausgabereste, Rücklage und evtl. sonst. Veränderungen	Ist 2006 [1]	Ist 2006 zum Soll 2006	Ansatz 2007	Zuführungen				In Abgang-stellung	Einsparungen	Soll 2007	31.07.2007					Mehr-/ Minderaus-gaben (Differenz Soll 2007 zur Prognose)
					von Ausgabe-resten	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2008 ff. bewilligte Ausgabereste	aus Deckungs-mitteln nach § 6 LHG	z.B. aufgrund von Kopplungs-vermerken, Umsetzungen, Deckungsfähig-keiten, üpl., apl.	z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungs-fähigkeiten	z.B. Erfüllung von Einsparauflagen		geplantes Soll zum 31.07.	Ist zum 31.07.	Ab-weichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2007	Prognose zum 31.12.2007		
	in €	in €	in v.H.	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in v.H. zum Soll 2007	in €
01	3.119.250	2.580.630	82,7%	2.894.500	207.525				9.000		3.093.025	1.768.005	1.547.897	-12,4%	50,0%	2.854.925	92,3%	-238.100
02 StK [2]	10.439.748	8.229.418	78,8%	6.720.800	3.772.363				274.300	221.133	9.997.730	4.610.515	5.740.721	24,5%	57,4%	9.563.655	95,7%	-434.075
02 LV	2.511.700	2.676.588	106,6%	2.287.400	216.075	73.500		218.426	42.500	54.268	2.625.133	1.184.000	1.577.472	33,2%	60,1%	2.525.000	96,2%	-100.133
03	156.199.997	133.639.420	85,6%	140.026.000	17.487.069	8.529.000		20.271.700	11.567.400		166.217.369	80.619.400	80.897.160	0,3%	48,7%	139.053.800	83,7%	-27.163.569
04	46.466.257	42.858.940	92,2%	45.623.000	2.672.000			48.100	1.945.000	1.094.000	45.304.100	26.047.898	25.428.229	-2,4%	56,1%	44.542.300	98,3%	-761.800
05 [3]	82.084.601	80.042.200	97,5%	86.159.900	115.000				3.212.900		83.062.000	50.235.080	45.250.599	-9,9%	54,5%	79.215.992	95,4%	-3.846.008
06	19.852.781	19.222.570	96,8%	19.958.300	488.775			121.200	519.500		20.048.775	11.600.000	11.573.727	-0,2%	57,7%	19.600.900	97,8%	-447.875
08 [4]	126.006.029	125.693.125	99,8%	131.670.700	749.150		17.400	732.722	1.255.500	1.431.650	130.482.821	74.278.150	76.365.296	2,8%	58,5%	128.691.347	98,6%	-1.791.474
09 [2][5][6]	23.366.653	21.618.955	92,5%	122.659.500	11.995.883			4.387.561	1.058.328	1.157.950	136.826.666	100.527.394	100.527.394	0,0%	73,5%	138.770.277	101,4%	1.943.611
10 [7]	995.723	995.723	100,0%	916.700	0			32.218			948.918	610.000	520.861	-14,6%	54,9%	926.000	97,6%	-22.918
12	31.679.747	22.153.139	69,9%	15.072.200	9.287.600		206.000	155.000	2.192.600	376.805	22.151.395	3.186.126	3.186.126	0,0%	14,4%	14.921.875	67,4%	-7.229.520
14	57.322.956	33.124.559	57,8%	37.947.600	20.241.052			188.213			58.376.864	16.805.000	18.018.401	7,2%	30,9%	35.000.000	60,0%	-23.376.864
15	120.685.795	100.854.076	83,6%															
20	14.052.732	6.268.157	44,6%	5.531.600	8.018.500				25.600		13.524.500	3.227.600	2.540.824	-21,3%	18,8%	8.000.000	59,2%	-5.524.500
Gesamt-ergebnis	694.783.971	599.957.500	**86,4%**	617.468.200	75.250.991	8.602.500	223.400	26.155.139	22.102.628	4.335.806	692.659.296	374.699.168	373.174.707	-0,4%	**53,9%**	623.666.071	**90,0%**	-68.993.225

Anmerkungen:

1) Vorbehaltlich der endgültigen Haushaltsrechnung 2006.

2) Ab dem Haushaltsjahr 2007 befinden sich die ehemaligen Kapitel 02 08 (Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften - DHV) und 02 09 (Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften - FÖV) im Epl. 09.

3) Ab dem Haushaltsjahr 2005 ohne Berücksichtigung der Ausgaben bei Gruppe 532 sowie im Ansatz des Jahres 2007 ohne Berücksichtigung globaler Minderausgaben i.H.v. 5,4876 Mio. €.

4) Beim Ansatz 2007 ohne globale Minderausgaben bei Kap. 08 01 Titel 549 01 i.H.v. 17,1579 Mio. €.

5) Beim Ansatz 2007 einschließlich bei Kapitel 09 02 Titel 549 01 etatisierter globaler Minderausgaben in Höhe von 14,6249 Mio. €.

6) Ab dem Haushaltsjahr 2007 wurde der Epl. 15 in den Epl. 09 überführt.

7) Die Zuführung erfolgt in anteiliger Höhe von 22.918 € auch zur Erbringung der Bewirtschaftungsvorgabe nach Nr. 2.1 der VV über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung im HHJ 2007 auf freiwilliger Basis.

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008 - Hauptgruppe 7 - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2007

Einzelplan	Soll 2006 [1] einschl. Ausgabereste, Rücklage und evtl. sonst. Veränderungen	Ist 2006 [1]	Ist 2006 zum Soll 2006	Ansatz 2007	Zuführungen				In Abgang-stellung	Einsparungen	Soll 2007	31.07.2007						Mehr-/ Minderaus-gaben (Differenz Soll 2007 zur Prognose)
					von Ausgabe-resten	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2008 ff. bewilligte Ausgabereste	aus Deckungs-mitteln nach § 6 LHG	z.B. aufgrund von Kopplungs-vermerken, Umsetzungen, Deckungsfähig-keiten, üpl., apl.	z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungs-fähigkeiten	z.B. Erfüllung von Einsparauflagen		geplantes Soll zum 31.07.	Ist zum 31.07.	Ab-weichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2007	Prognose zum 31.12.2007		
	in €	in €	in v.H.	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in v.H. zum Soll 2007	in €
04	50.000	29.135	58,3%	50.000	20.000					1.250	68.750	20.000	12.589	-37,1%	18,3%	40.000	58,2%	-28.750
09 [2]				838.400							838.400	78.683	78.683	0,0%	9,4%	420.000	50,1%	-418.400
12	108.950.909	66.927.415	61,4%	21.501.000	16.930.000					537.525	37.893.475	8.260.960	8.259.178	0,0%	21,8%	24.092.500	63,6%	-13.800.975
14	38.557.832	18.038.474	46,8%	14.842.500	20.519.359						35.361.859	8.200.000	11.392.467	38,9%	32,2%	33.500.000	94,7%	-1.861.859
15 [2]	1.809.099	429.437	23,7%															
Gesamt-ergebnis	149.367.840	85.424.461	**57,2%**	37.231.900	37.469.359	0	0	0	0	538.775	74.162.484	16.559.643	19.742.917	19,2%	**26,6%**	58.052.500	**78,3%**	-16.109.984

Anmerkungen:

1) Vorbehaltlich der endgültigen Haushaltsrechnung 2006.

2) Ab dem Haushaltsjahr 2007 wurde der Epl. 15 in den Epl. 09 überführt.

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008 - Obergruppen 81 und 82 - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2007

Einzelplan	Soll 2006 [1] einschl. Ausgabereste, Rücklage und evtl. sonst. Veränderungen	Ist 2006 [1]	Ist 2006 zum Soll 2006	Ansatz 2007	Zuführungen				In Abgang-stellung	Einsparungen	Soll 2007	31.07.2007						Mehr-/ Minderaus-gaben (Differenz Soll 2007 zur Prognose)
					von Ausgabe-resten	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2008 ff. bewilligte Ausgabereste	aus Deckungs-mitteln nach § 6 LHG	z.B. aufgrund von Kopplungs-vermerken, Umsetzungen, Deckungsfähig-keiten, üpl., apl.	z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungs-fähigkeiten	z.B. Erfüllung von Einsparauflagen		geplantes Soll zum 31.07.	Ist zum 31.07.	Ab-weichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2007	Prognose zum 31.12.2007		
	in €	in €	in v.H.	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in v.H. zum Soll 2006	in €
01	649.700	240.331	37,0%	354.700	365.425						720.125	164.810	62.812	-61,9%	8,7%	656.000	91,1%	-64.125
02 StK [2]	319.629	244.629	76,5%	79.100	145.000				36.200		187.900	12.500	0	-100,0%	0,0%	100.000	53,2%	-87.900
02 LV	111.000	52.394	47,2%	10.000	115.000	75.500					125.000	4.800	14.548	203,1%	11,6%	49.000	39,2%	-76.000
03	32.549.825	16.190.727	49,7%	14.875.200	16.152.600	6.980.400		8.753.800	2.140.300		37.641.300	6.180.700	6.103.089	-1,3%	16,2%	22.955.100	61,0%	-14.686.200
04	7.084.102	4.961.883	70,0%	5.653.000	2.119.000			46.000	4.174.000	256.700	3.387.300	925.000	901.285	-2,6%	26,6%	2.000.000	59,0%	-1.387.300
05	7.588.202	7.492.970	98,7%	5.644.400	0				1.061.400		4.583.000	1.462.000	1.322.269	-9,6%	28,9%	4.491.000	98,0%	-92.000
06	7.722.507	7.141.784	92,5%	5.494.300	242.721				226.000		5.511.021	4.190.000	4.162.143	-0,7%	75,5%	5.350.500	97,1%	-160.521
08	2.968.163	2.868.422	96,6%	2.977.500	469.740			89.923	1.561.100	223.550	1.752.513	1.293.200	669.239	-48,2%	38,2%	1.742.800	99,4%	-9.713
09 [2][3]	1.971.566	1.773.966	90,0%	33.834.200	19.370.133			386.990	587.937	3.426.500	49.576.886	3.044.187	3.044.187	0,0%	6,1%	40.603.530	81,9%	-8.973.356
10 [4]	58.695	48.560	82,7%	60.200	0			26.305			86.505	40.000	13.599	-66,0%	15,7%	85.000	98,3%	-1.505
12	12.967.711	10.346.452	79,8%	6.800.000	1.604.500			1.230	1.230	170.000	8.234.500	5.859	5.859	0,0%	0,1%	8.093.730	98,3%	-140.770
14	9.928.632	5.035.721	50,7%	5.274.500	4.833.557						10.108.057	2.110.000	2.033.353	-3,6%	20,1%	6.000.000	59,4%	-4.108.057
15 [3]	46.191.730	16.895.141	36,6%															
Gesamt-ergebnis	130.111.462	73.292.980	**56,3%**	81.057.100	45.417.676	7.055.900	0	9.304.248	9.788.167	4.076.750	121.914.107	19.433.056	18.332.382	-5,7%	**15,0%**	92.126.660	**75,6%**	-29.787.447

Anmerkungen:

1) Vorbehaltlich der endgültigen Haushaltsrechnung 2006.

2) Ab dem Haushaltsjahr 2007 befinden sich die ehemaligen Kapitel 02 08 (Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften - DHV) und 02 09 (Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften - FÖV) im Epl. 09.

3) Ab dem Haushaltsjahr 2007 wurde der Epl. 15 in den Epl. 09 überführt.

4) Die Zuführung erfolgt in anteiliger Höhe von 1.505 € auch zur Erbringung der Bewirtschaftungsvorgabe nach Nr. 2.1 der VV über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung im HHJ 2007 auf freiwilliger Basis.

Anmerkungen der Ressorts zur Budgetierung

§ 6 LHG 2007/2008

Berichtstermin: 31. Juli 2007

Einzelplan 01 - Landtag

Personalausgaben:
Das Soll der Hauptgruppe 4 wird nach den derzeitigen Hochrechnungen eingehalten. Dies ist im Wesentlichen Ergebnis einer restriktiven Personal- und Personalausgabenplanung.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Das Soll der Obergruppen 51 bis 54 sowie der Obergruppen 81 und 82 wird nach dem Stand der derzeitigen Hochrechnungen eingehalten.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die Personalausgabenentwicklung wird monatlich ermittelt und überwacht. Die entsprechenden Daten sind Grundlage für die weitere Personalplanung.
Die Ist-Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 – sächliche Verwaltungsausgaben – und der Obergruppen 81 und 82 – Investitionen – werden regelmäßig überprüft und bei Bedarf wird steuernd eingegriffen.

Einzelplan 02 - Staatskanzlei und Ministerpräsident

Personalausgaben:
Das Personalausgabenbudget der Staatskanzlei wurde eingehalten. Diese Entwicklung wurde weitgehend durch eine restriktive und ausgabenorientierte Personalbewirtschaftung bestimmt.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die Überwachung der Personalausgaben erfolgt monatlich. Dazu wurden folgende Übersichten erstellt:

1. Hochrechnung der monatlichen Ist-Ausgaben unter ständiger Aktualisierung der Vorgaben und der Aufgaben- und Personalentwicklung,
2. Überwachung der Ist-Ausgaben mittels Budgetierungsmodul,
3. monatliche Erfassung und Vergleich der Entwicklung der Zahlen für das aktive Personal und die Versorgungsempfänger.

Die so ermittelten Daten sind Grundlage für weitere Personalplanungen.

Einzelplan 02 - Landesvertretung

Personalausgaben:
Das Ist zum Soll der Personalausgaben hat sich mit 52,8% zum Vergleichszeitraum des Vorjahres leicht reduziert. Diese Entspannung ist in erster Linie auf die Ansatzerhöhung im Kapitel 02 25 (Euro-Pool-Stellen) und auf eine leichte Entspannung der Ausgaben beim Kapitel 02 22 (insbesondere für Versorgungsbezüge und Beihilfen) zurückzuführen. Es wird erwartet, dass sich die Ausgaben im Personalbereich wie in den vergangenen Jahren entwickeln und im Gesamtdurchschnitt 95 % des Solls nicht überschreiten werden.

Sächliche Verwaltungsausgaben:
Das Ist zum Soll der Sachausgaben liegt mit 60,1% leicht über dem für Ende Juli zu erwartenden Ausgabeniveau. Hier machen sich insbesondere die Einsparauflagen der vergangenen zwei Jahre bemerkbar. Das Ausgabe-Soll wird trotz kontinuierlicher Aufgabenerfüllung eingehalten.

Investitionsausgaben:
Vor dem Stichtag wurden mit den Mitteln in Kapitel 02 21 nur wenige der geplanten Maßnahmen durchgeführt. Die bereits beauftragten und noch zu beauftragenden Beschaffungen werden erst in der zweiten Jahreshälfte kassenwirksam werden.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die in den vorangegangenen Berichten dargestellten Instrumente und Methoden für die Erhebung der Daten (Ist-Ergebnisse, Soll-Ist-Abgleich) sowie für die Steuerung und das Controlling werden beibehalten und im Bedarfsfall optimiert.
Alle Ausgaben werden weiterhin in den jeweilig erforderlichen Intervallen (wöchentlich, monatlich, usw.) auf der Grundlage der Ist-Ergebnisse - einschließlich der Festlegungen - hochgerechnet. Diese Berechnungen sind dann Grundlage für die weiteren Planungen. Teilbereiche werden kontinuierlich oder im Bedarfsfall im Rahmen eines Controllings einer genauen Analyse und Planung unterzogen.

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern und für Sport

Personalausgaben:
Nach dem bisherigen Ausgabenstand (Ende Juli 2007) und der sich abzeichnenden weiteren Ausgabenentwicklung kann davon ausgegangen werden, dass das für den Einzelplan 03 zur Verfügung stehende Personalausgabenbudget ausreichend bemessen sein wird.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Im Sachausgabenbereich führen die ständig steigenden Energiekosten zu nicht unbeträchtlichen Mehrausgaben. Gleichwohl wird es nach derzeitiger Einschätzung aufgrund einer konsequenten und strengen Ausgabendisziplin möglich sein, diese Mehrkosten durch Einsparungen in anderen Bereichen abzudecken, so dass das in den einzelnen Kapiteln der Obergruppen 51 bis 54 zur Verfügung stehende Mittelkontingent nicht überschritten wird. Letzteres gilt auch für die der Obergruppen 81 und 82.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Zur Sicherstellung der kapitelweisen Budgeteinhaltung wurde den mittelbewirtschaftenden Stellen eine äußerst stringente Haushalts- und Wirtschaftsführung auferlegt. Sie haben durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass die ihnen im Rahmen der Kassenanschläge zugewiesenen Ansätze nicht überschritten werden. Gleichzeitig sind sie zu einer ständigen Ausgabenüberwachung verpflichtet. Fehlentwicklungen müssen dem Ministerium unverzüglich mitgeteilt werden.

Mit Blick auf die gebotene Zurückführung der Zahlfälle wurde ebenfalls wie in den Vorjahren bis zum Jahresende eine sechsmonatige Wiederbesetzungssperre für freie und frei werdende Stellen verfügt, wobei Ausnahmen nur in besonders begründeten Fällen zugelassen werden können.

Eine Kontrolle der den Dienststellen zugewiesenen Einzelbudgets in der Hauptgruppe 4 erfolgt auch durch das Ministerium des Innern und für Sport anhand von monatlichen Personalausgabenprognosen.

Einzelplan 04 – Ministerium der Finanzen

Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand, den Berechnungen und Prognosen werden die dem Einzelplan 04 zur Verfügung stehenden Budgets zur Finanzierung der Personal-, Sach- und Investitionsausgaben im Jahr 2007 eingehalten.

Personalausgaben:
Die Ist-Ausgaben liegen mit 224,71 Mio. € um 1,0 v.H. unter dem geplanten Soll zum Stand 31.07.2007. Aus heutiger Sicht werden die veranschlagten Personalausgaben ausreichen.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Die Budgets für die Sach- und Investitionsausgaben werden im Haushaltsjahr 2007 eingehalten.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Zur Kontrolle des Mitteleinsatzes rechnet der Beauftragte für den Haushalt des Einzelplans 04 monatlich die Ist-Ausgaben der einzelnen Ausgabearten im Rahmen der deckungsfähigen Budgets auf die voraussichtlichen Jahresergebnisse hoch. Hierbei werden bereits bekannte Entwicklungen und verschiedene aus der Erfahrung gewonnene Faktoren bei den Prognosen berücksichtigt. Das Ergebnis wird mit dem zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln verglichen. Abweichungen werden auf ihre Ursachen hin untersucht, bzw. es wird mit geeigneten Maßnahmen gegengesteuert.

Einzelplan 05 – Ministerium der Justiz

Personalausgaben:
Nach der auf der bisherigen Ausgabenentwicklung basierenden Prognose wird die für 2007 vorgegebene Ausgabenermächtigung im Personalausgabenbudget voraussichtlich eingehalten werden können.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Das Ausgabenbudget in den Obergruppen 51 bis 54 kann aus heutiger Sicht ebenfalls eingehalten werden und wird bei Fortsetzung des bisherigen Ausgabenverlaufs voraussichtlich nicht in vollem Umfang ausgeschöpft.

Die in den Kapiteln 05 01, 05 03 bis 05 08 ausgebrachten globalen Minderausgaben können nach derzeitiger Einschätzung durch zu erwartende Ansatzunterschreitungen bei den von der Budgetierung ausgenommenen Ausgaben der Gruppe 532 (Auslagen in Rechtssachen) erwirtschaftet werden. Die erwarteten Ansatzunterschreitungen in den budgetierten Bereichen werden zur Erbringung der Bewirtschaftungsvorgabe benötigt.

Die Budgets in der Hauptgruppe 8 (Investitionen) werden eingehalten.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die Budgetentwicklung wird durch regelmäßige Hochrechnungen überwacht. Auf eine strikte Ausgabendisziplin wird geachtet.

Einzelplan 06 – Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen

Die dem Einzelplan 06 zur Verfügung stehenden Budgets zur Finanzierung der in § 6 Abs. 1 LHG 2007/2008 genannten Bereiche können voraussichtlich eingehalten werden.

Personalausgaben:
Gegenüber dem Dezember 2006 haben sich die Zahlfälle nicht verändert. Die Summe der Personalausgaben der aktiven Beamten und Beschäftigten liegt auf Grund von Basiseffekten bei Besoldungs-, Tarif-/ Gehaltserhöhungen und strukturellen Effekten um rund 0,57 Mio. € über der Summe im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Gesamtausgaben der Hauptgruppe 4 liegen im prognostizierten und finanzierten Rahmen.

Sächliche Verwaltungsausgaben:
Die Ausgabenprognose berücksichtigt die Erbringung der 2,5-prozentigen Bewirtschaftungsbeschränkung und einer (anteiligen) Globalen Minderausgabe der (ehemaligen) Einzelpläne 09 und 15.
Die Budgets der Obergruppen 51 - 54 können voraussichtlich eingehalten werden.

Investitionsausgaben:
Die Budgets der Obergruppen 81 und 82 können voraussichtlich eingehalten werden.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung:
Den Dienststellen im Geschäftsbereich des MASGFF wurden wie in den Vorjahren Budgets zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung mit der Verpflichtung übertragen, den Budgetrahmen einzuhalten und Vorsorge für erwartete oder unvorhergesehene finanzielle Belastungen zu treffen. Die Personalausgabenbudgets der Dienststellen wurden in den jeweiligen Dienststellenkapiteln zusammengeführt.

Die in den bisherigen Berichten genannten Steuerungsmaßnahmen werden fortgeführt.

Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Personalausgaben:
Die Ist-Ausgaben des ersten Halbjahres liegen 0,4 % unter dem prognostizierten zeitanteiligen Soll. Unter Berücksichtigung der prognostizierten Ist-Ausgaben zum 31. Dezember 2007 können die Budgets der einzelnen Kapitel innerhalb des Einzelplans 08 eingehalten werden.
Die Zahlfälle der Bediensteten (Beamte und Beschäftigte) wurde von 1.900 im Dezember 2006 auf 1.825 im Juli 2007 um 75 reduziert.

Sächliche Verwaltungsausgaben:
Die Ausgabenentwicklung verläuft grundsätzlich wie bereits in den letzten Jahren und beinhaltet keine großen Abweichungen. Die Ist-Ausgaben des ersten Halbjahres liegen mit 2,8 % leicht über dem prognostizierten zeitanteiligen Soll.

Die bei Kapitel 08 01 veranschlagten globalen Minderausgaben in Höhe von 17.157.900 € werden im Haushaltsvollzug bei den einzelnen Kapiteln des Einzelplans 08 in den Hauptgruppen 4 bis 8 erwirtschaftet, sodass der bei diesem Kapitel ausgewiesene Ansatz für das Jahr 2007 um 17.157.900 € erhöht wurde.
Trotz dieser Einsparauflagen können Budgetüberschreitungen nach der derzeitigen Prognose verhindert werden.

Investitionsausgaben:
Die Ist-Ausgaben liegen um ca. 48 % unter der Prognose zum 31. Juli 2007. Dies liegt daran, dass die Dienststellen ihre Investitionen verstärkt erst in der zweiten Jahreshälfte tätigen (ca. 62 % der Ausgaben). Damit stellen die Dienststellen sicher, dass ggf. im Laufe des Jahres erforderlich werdende Verschiebungen bei der Erwirtschaftung der globalen Minderausgaben noch möglich sind.
Auch in diesem Bereich wird es - nach derzeitigem Stand - zu keiner Budgetüberschreitung kommen.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die kapitelweise Budgeteinhaltung wird durch entsprechende Bewirtschaftungsmaßnahmen sichergestellt. Hierzu werden frei werdende Stellen wenn möglich nicht oder, wenn eine Besetzung zwingend erforderlich ist, zeitlich verzögert nachbesetzt.
Bei der Zuweisung der Haushaltsmittel zu Beginn des Jahres werden den Dienststellen die eigenverantwortliche Bewirtschaftung der Haushaltsmittel der Hauptgruppen 5 bis 8 für ihre Kapitel übertragen. Der auf die einzelnen Dienststellen entfallende Anteil an den globalen Minderausgaben wurde ihnen vorab mitgeteilt und die entsprechenden Mittel gesperrt.

Weitere Maßnahmen sind zum derzeitigen Zeitpunkt nicht geplant.

Durch den Einsatz des Mittelbewirtschaftungssystems IRMA wurden der Mitteleinsatz und die Kontrolle wesentlich verbessert, so dass das Risiko der Überschreitung des zugewiesenen Ausgabevolumens minimiert werden konnte.

Einzelplan 09 – Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur

Personalausgaben:
Nach aktueller Prognose wird mit einer Gesamtausgabe von 2,660 Mrd. € gerechnet. Gegenüber dem Haushaltssoll bedeutet dies eine Überschreitung von derzeit 0,6 % oder rd. 15,0 Mio. €. Es wird zwar davon ausgegangen, dass dieses Prognoseergebnis im Rahmen einer gewissen Schwankungsbreite liegt, so dass sich – treffen die Erfahrungen der Vorjahre auch in diesem Jahr zu - das Prognoseergebnis noch leicht verbessern wird.

Ein wesentlicher Grund hierfür ist:
Im Rahmen der Übertragung der Haushaltsreste aus dem Jahr 2006 hat das FM entsprechend den auch im HuFA akzeptierten Spielregeln des Bonus-Malus-Systems einen in erster Linie im Hochschulbereich aufgelaufenen Malus bei den Versorgungs- und Beihilfeausgaben übertragen, der das Haushaltssoll entsprechend mindert. Hinzukommt eine deutliche Erhöhung der Kosten bei den Beihilfen, insbesondere bei den Beihilfen für Versorgungsempfänger.

Personalentwicklung:
Durch die Etablierungen weiterer Globalhaushalte – Verlagerung von Mitteln der HG 4 nach HG 6 (Kapitel alt 15 06, 15 07, 15 62 und 15 65) – sinken die Zahlfälle, neue Kapitel 09 10 bis 09 12 treten hinzu (bislang Einzelplan 02), was zu einer Erhöhung der Zahlfälle führt.

Zum Zahlfallbestand 31. Juli 2007
Im Bereich des großen Personalkörpers „Schule" sind folgende Bewegungen zu bedenken:

- Ausscheidende Fälle zum Schulhalbjahresende,
- Nachbesetzungen zum Schulhalbjahresbeginn,
- Maßnahmen im Bezug auf den Lehrerarbeitsmarkt; Nutzung von 110 der 240 neu etatisierten Stellen im Schulbereich, um bereits zum Schuljahresbeginn Bewerberinnen und Bewerber an das Land Rheinland-Pfalz zu binden – dadurch konnten Vertretungsmittel eingespart werden, die ansonsten hätten verausgabt werden müssen, um eine gute Unterrichtsversorgung sicherstellen zu können,
- Aufwuchs bei den Studienseminaren durch weitere Ausschöpfung der Kapazitäten (rd. 73).

Die für die AQS etatisierten Personalstellen wurden besetzt.

Zur Zahlfallprognose:
Bereich Schule:
weitere Zahlfallerhöhung wegen:

- Ausnutzung der Ausbildungskapazitäten der Studienseminare,

- notwendiger Nachbesetzungen im Bereich der Altersteilzeit,
- neue Altersteilzeitfälle,
- Besetzung der noch nicht in Anspruch genommenen neuen Stellen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung, damit auch
- des weiteren Aufbaus des Ganztagsschulprogramms,
- sowie der angestrebten Vollbesetzung bei der AQS.

Bereich Hochschule:
Besetzung der Stellen im Rahmen des vorgegebenen Budgets unter Berücksichtigung der Hochschulspezifika wie insbesondere Personalbemessungskonzept und Ausfinanzierungsgrad.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Die Haushaltsansätze 2007 der Obergruppen 51 bis 54 betragen 122,66 Mio. €. Unter Berücksichtigung von Zuführungen und in Abgangstellungen ergibt sich ein Haushaltssoll (Ausgabenermächtigung) von 136,83 Mio. €. Nach schematischer Hochrechnung würde sich nach derzeitiger Erkenntnis eine Ausgabe 2007 von 138,77 Mio. € ergeben. Danach würde die Ausgabenermächtigung um 1,4% überschritten. Eine treffsichere Prognose ist noch nicht möglich, da im zweiten Halbjahr 2007 noch Einnahmezuflüsse zu verzeichnen sein werden, die das Ergebnis noch verändern werden. Im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben ist jedoch gleichwohl zu verzeichnen, dass insbesondere wegen gestiegener Energiekosten diese Ausgabengruppe deutlich unter Druck steht.

Die Haushaltsansätze 2007 der Obergruppen 81 und 82 betragen 33,83 Mio. €. Unter Berücksichtigung von Zuführungen und in Abgangstellungen ergibt sich ein Haushaltssoll (Ausgabenermächtigung) von 49,58 Mio. €. Nach schematischer Hochrechnung würde sich nach derzeitiger Erkenntnis eine Ausgabe 2007 von 40,60 Mio. € ergeben. Danach würde die Ausgabenermächtigung um 18,1% unterschritten.

Sowohl bei der Hauptgruppe 5 als auch bei der Hauptgruppe 8 ist das Ausleben des Hochschulprogramms „Wissen schafft Zukunft" zu beachten.

Einzelplan 10 – Rechnungshof

Personalausgaben
Auch im laufenden Haushaltsjahr sind Minderausgaben bei der Hauptgruppe 4 zu erwarten, da u. a. die laufenden Stellenbesetzungsverfahren voraussichtlich erst zu Beginn des Haushaltsjahres 2008 abgeschlossen werden können.
In der ersten Jahreshälfte 2007 hat sich der Personalbestand der Beamten um 3,1 Vollzeitkräfte verringert. Dem Abgang von sechs Personen (davon drei im höheren und drei im gehobenen Dienst) standen drei Neueinstellungen (davon zwei im höheren und eine im gehobenen Dienst) gegenüber. Zwei weitere Neueinstellungen im gehobenen Dienst haben sich noch nicht in vollem Umfang haushaltswirtschaftlich ausgewirkt.
Der Personalbestand der Beschäftigten hat sich nicht verändert.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Bei den Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppen 529 und 531) sowie 81 und 82 sind im Haushaltsjahr 2007 Mehrbedarfe zu erwarten. Entsprechend der bisherigen Praxis wird sich der Rechnungshof Rheinland-Pfalz auch in diesem Jahr auf freiwilliger Basis an der Bewirtschaftungsvorgabe für die Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8 nach Nr. 2.1 der Verwaltungsvorschrift zur Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung im Haushaltsjahr 2007 beteiligen. Die Mehrausgaben, die über die zur Bewirtschaftung freigegebenen bereinigten Ausgaben hinausgehen, können durch Minderausgaben bei der Hauptgruppe 4 gedeckt werden.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Besondere Organisations- und Bewirtschaftungsmaßnahmen sowie Instrumente zur Steuerung, Optimierung und Kontrolle des Mitteleinsatzes der Hauptgruppen 5 und 8 sind für das Haushaltsjahr 2007 im Hinblick auf das geringe Haushaltsvolumen nicht erforderlich. Die Steuerung der Ausgaben der Hauptgruppe 4 erfolgt über eine mittelfristige Personalplanung mit entsprechenden Modellrechnungen.

Einzelplan 14 – Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz

Personalausgaben:
Die Ist-Ausgaben zum 31. Juli 2007 belaufen sich auf rd. 53,5 Mio. €. Im Vergleich zur Prognose zum 31. Juli 2007 ergeben sich Minderausgaben in Höhe von rd. 1,1 Mio. €. Sie sind im Wesentlichen zurückzuführen auf

Unschärfen im Rahmen des Vollzugs des Tarifvertrages zur Überleitung der Beschäftigten der Länder in den TV-L sowie der notwendigen Veränderungen im Budgetierungsdatensatz und daraus resultierender kalkulatorischer Abweichungen. Nach derzeitiger Einschätzung wird das Personalausgabenbudget 2007 eingehalten.

Sächliche Verwaltungsausgaben:
Gegenüber den zum 31.Juli 2007 erwarteten Ausgaben von rd. 16,8 Mio. € wurden Ist-Ausgaben in Höhe von rd. 18,0 Mio. € nachgewiesen. Zum 31. Dezember 2007 wird von einer Inanspruchnahme der Ausgabeermächtigung in Höhe von 60 – 70 v.H. ausgegangen. In den sog. Verwaltungskapiteln wird sich die Quote der Ist-Ausgaben zu der Ausgabeermächtigung voraussichtlich in einer Bandbreite von 62 – 92 v.H. bewegen. In Kapitel 14 02 werden die Mittel in Abhängigkeit von dem jeweiligen Projektfortschritt kassenwirksam. Aus dem Mittelabfluss kann daher nicht auf die tatsächliche Belastung geschlossen werden.

Investitionsausgaben:
Die Ist-Ausgaben im Bereich der Hauptgruppe 7 betrugen zum 31. Juli 2007 rd. 11,4 Mio. € (geplantes Soll 8,2 Mio. €). Im Vordergrund steht der Bau von Retentionsräumen sowie die Verstärkung von Deichen an Gewässern I. Ordnung. Der erhöhte Mittelabfluss ist zurückzuführen auf den zügigen Baufortschritt aufgrund der günstigen Wetterlage im Frühjahr und die zügige Realisierung insbesondere des Polders Bodenheim-Laubenheim sowie die deutlich steigenden Baupreise. Zum 31. Dezember 2007 wird die Ausgabeermächtigung durch Verpflichtungen weitgehend in Anspruch genommen sein, kassenwirksam werden in Abhängigkeit vom Baufortschritt und Mittelabruf voraussichtlich rd. 95 v.H.
Zum Stichtag 31. Juli 2007 wurden im Bereich der Obergruppen 81 und 82 Ausgaben in Höhe von rund 2,0 Mio. € nachgewiesen (geplantes Soll 2,1 Mio. €). In deutlich höherem Umfang sind Verpflichtungen eingegangen worden. Kassenwirksam werden voraussichtlich knapp 6 Mio. €.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 03 22 im Haushaltsjahr 2007
Aufgabenbereich: Vermessungs- und Katasterverwaltung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2006 [1]	Planwert zum 31.07.2007 [1]	Istwert zum 31.07.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 [1]	Istwert zum 31.12.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2008 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Aufbau eines digitalen Geodokumentenarchivs zur Erschließung der Dokumente für alle sonstigen Vermessungsstellen über Internettechnologie											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Für das Geodokumentenarchiv müssen nach dem im Haushaltsplan 2007/2008 enthaltenen Leistungsauftrag insgesamt ca. 1,5 Mio. Dokumente gescannt und georeferenziert werden. Mit der Bestückung des digitalen Archivs konnte erstmals im Jahr 2004 begonnen werden. Es ist das Ziel, dass bis Ende 2008 alle Vermessungs- und Katasterämter ihre analogen Archive in die digitale Form überführt haben. Damit sollen bis Ende 2008 für die gesamte Landesfläche den sonstigen Vermessungsstellen die Geodokumente der Vermessungs- und Katasterämter über Internettechnologie 24h online zur Verfügung stehen.											
Mengen											
Gescannte und georeferenzierte Dokumente	1.178.995	1.300.000	1.409.061	109.061	8,4%	1.600.000				1.800.000	▲
Sonstige Erläuterungen: Die Gesamtzahl der in den Archiven vorhandenen Dokumente beträgt nicht wie ursprüglich grob abgeschätzt ca. 1,5 Mio. sondern voraussichtlich 2,1 Mio.											
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Neuherstellung der Digitalen Karte im Maßstab 1 : 5.000											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Der Kartenmaßstab 1 : 5.000 ist für planerische Aufgaben der Orts- und Regionalplanung sowie insbesondere für die Biotop- und Umweltplanung von zentraler Bedeutung. Der im Haushaltsplan 2005/2006 verankerte Leistungsauftrag, nach dem das bisherige analoge Kartenwerk Zug um Zug als digitale Karte erstellt und über Internettechnologie bereitzustellen ist, soll in den folgenden beiden Jahren konsequent fortgesetzt werden. Pro Jahr sollen 1.000 Karten produziert werden.											
Mengen											
Fertiggestellte DTK5-Blätter	2.197	2.600	2.685	85	3,3%	3.100				3.600	▲
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: - neu - Ausbau der Geodateninfrastruktur Rheinland-Pfalz (GDI RP) als Teil der europäischen Geodateninfrastruktur INSPIRE											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Im Rahmen der eGovernmentinitiative des Landes soll mit Hilfe der zur Umsetzung der GDI-Beschlüsse des Landes legitimierten, beim Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation eingerichteten Kompetenz- und Geschäftstelle GDI RP, die Bereitstellung sämtlicher Produkte der Vermessungs- und Katasterverwaltung auf der Basis standardisierter Webdienste über Internettechnologien konsequent fortgeführt werden. Mit Blick auf die herausragende Rolle der Verfügbarkeit von Geodaten bei der Aktivierung von Wertschöpfungsketten in Verwaltung und Wirtschaft, aber auch als Informationsquelle für die Bürgerinnen und Bürger sollen darüber hinaus auch weitere geo-relevante Fachdaten anderer Stellen gemeinsam mit den Geobasisdaten der Vermessungs- und Katasterverwaltung im Internet bereitgestellt werden können. Neben Internetdiensten, die das Darstellen und Betrachten von digitalen Karten und Daten erlauben, sollen den Nutzern weitergehende Funktionalitäten unmittelbar über das Internet zur Verfügung gestellt werden. Hierzu zählen im Sinne eines ganzheitlichen eGovernments-Ansatzes insbesondere Online-Instrumente, mit denen die Bürgerinnen und Bürger direkt mit der Vermessungs- und Katasterverwaltung kommunizieren können (z.B. Mitteilung über Veränderungen der örtlichen Gegebenheiten).											
Mengen											
Anzahl der im Internet registrierten Nutzer	3.100	4.500	5.482	982	21,8%	5.800				6.500	▲
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: - neu - Ausbau des Kundenservice der Vermessungs- und Katasterämter zu Vertriebsagenturen für Geodaten											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Durch ein kundenspezifisches Marketing und eine starke Verzahnung des Kundenservice der Vermessungs- und Katasterämter mit dem Bereich Marketing und Vertrieb des Landesamts für Vermessung und Geobasisinformation soll eine verbesserte Beratung der Bürger, Kommunen und Unternehmen in der Fläche angestrebt werden.											
Mengen											
Anzahl der durchgeführten Informationsveranstaltungen und Schulungen		4	5	1	25,0%	7				10	▲

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 04 04 im Haushaltsjahr 2007
Aufgabenbereich: Steuerverwaltung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Quartals-Istwert zum 31.12.2006 [1]	Planwert zum 30.06.2007 [1]	Quartals-Istwert zum 30.06.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 [1]	Quartals-Istwert zum 31.12.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2008 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Veranlagungsstelle (ohne Körperschaften)											
Anzahl der Fälle mit Mehrergebnis zur Anzahl aller Erstveranlagungen ESt	19,8%		20,5%								
Abweichungsquote (Mehrergebnis) ohne Fälle unter 100 €	15,2%	14,0%	15,5%	1,5%	11%						▲
Durchschn. Mehrergebnis pro Erstveranlagung in €	166 €		178 €								
Durchschn. Mehrergebnis pro Fall mit Mehrergebnis aus Erstveranlagung in €	836 €		864 €								
Durchschn. Durchlaufzeit einer Veranlagung in Tagen (Eingang bis Absendung)	45,0	54,0	50,1	-3,9	-7%						▲
Anteil erledigter Veranlagungen an zu erwartenden Veranlagungen letzter Veranlagungszeitraum 3)	59,3%	22,0%	18,1%	-3,9%	-18%						▼
Anteil erledigter Veranlagungen an zu erwartenden Veranlagungen vorletzter Veranlagungszeitraum	98,8%	88,0%	90,7%	2,7%	3%						▲
Gesamtpersonaleinsatz in Minuten pro Einkommensteuer-/ Feststellungsbescheid Teilbezirk	219,8		184,3								
Gesamtkosten in € pro Einkommensteuer-/ Feststellungsbescheid	120 €		117 €								
Kundenzufriedenheit / Befragung im Amt	1,7-2,1		1,7-2,1								
Kundenzufriedenheit / postalische Befragung Steuerberater und Lohnsteuerhilfevereine	2,55		2,55								
Mitarbeiterzufriedenheit aller FA-Beschäftigten	3,0		3,0								
Einspruchsquote 4)	15,7%		8,2%								
Abgabequote an Rechtsbehelfsstelle	25,0%		27,1%								
Rücknahmequote (Veranlagung)	26,9%		25,3%								
Quote der Abhilfen nach § 172 AO (Veranlagung)	48,1%		47,5%								
Quote Einspruchsentscheidungen (Rechtsbehelfsstelle)	61,2%		58,7%								
Rücknahmequote (Rechtsbehelfsstelle)	19,3%		20,4%								
Quote der Abhilfen nach § 172 AO (Rechtsbehelfsstelle)	19,4%		20,8%								
Altfallquote Einsprüche (ANSt)> 6 Monate	10,4%	15,0%	10,2%	-4,8%	-32%						▲
Arbeitnehmerstelle											
Anzahl der Fälle mit Mehrergebnis zur Anzahl aller Erstveranlagungen ESt	18,3%		16,9%								
Abweichungsquote (Mehrergebnis) ohne Fälle unter 100 €	13,6%	12,0%	12,1%	0,1%	1%						►
Durchschn. Mehrergebnis pro Erstveranlagung in €	86 €		68 €								
Durchschn. Mehrergebnis pro Fall mit Mehrergebnis aus Erstveranlagung in €	470 €		401 €								
Durchschn. Durchlaufzeit einer Veranlagung in Tagen (Eingang bis Absendung)	33,0	43,0	32,5	-10,5	-24%						▲
Anteil erledigter Antragsveranlagungen an eingegangenen Erklärungen letzter Veranlagungszeitraum (2005: nur Antragsveranlagungen)	98,7%	88,0%	89,2%	1,2%	1%						►
Anteil erledigter Pflichtveranlagungen an zu erwartenden Pflichtveranlagungen letzter Veranlagungszeitraum 5)	92,3%	46,0%	43,9%	-2,1%	-5%						▼
Gesamtpersonaleinsatz in Minuten pro Einkommensteuerbescheid Arbeitnehmerstelle	132,4		59,1								
Gesamtkosten in € pro Einkommensteuerbescheid Arbeitnehmerstelle	71 €		36 €								
Kundenzufriedenheit / Befragung im Amt	1,7-2,1		1,7-2,1								
Kundenzufriedenheit / postalische Befragung Steuerberater und Lohnsteuerhilfevereine	2,55		2,55								
Mitarbeiterzufriedenheit aller FA-Beschäftigten	3,0		3,0								
Einspruchsquote 6)	15,1%		6,9%								
Abgabequote an Rechtsbehelfsstelle	15,8%		13,7%								
Rücknahmequote (Veranlagung)	27,0%		23,5%								
Quote der Abhilfen nach § 172 AO (Veranlagung)	57,2%		62,8%								
Quote Einspruchsentscheidungen (Rechtsbehelfsstelle)	63,9%		64,5%								
Rücknahmequote (Rechtsbehelfsstelle)	20,2%		18,9%								
Quote der Abhilfen nach § 172 AO (Rechtsbehelfsstelle)	15,9%		16,6%								
Altfallquote Einsprüche (Veranlagung) > 12 Monate	8,3%	10,0%	5,9%	-4,1%	-41%						▲
Rechtsbehelfsstelle											
Altfallquote Einsprüche in Rechtsbehelfsstelle (Abg. an RbSt > 12 Mon.)	24,0%	20,0%	19,4%	-0,6%	-3%						▲
Durchschn. Laufzeit eines Einspruchs (RbSt, Monate)	6		6								

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Finanzämter in Rheinland-Pfalz (nur "Kernaufgabenbereiche" sind erfasst)

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Kennzahlen aus dem Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern. Für 2007 wurden Zielvereinbarungen für die Aufgabenbereiche Arbeitnehmerstelle, Allgemeine Veranlagung, Rechtsbehelfsstelle zwischen OFD und allen Finanzämtern abgeschlossen sowie für den Aufgabenbereich Körperschaftssteuerstelle zwischen OFD und drei Pilotämtern.

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	01.01.2006 bis 31.12.2006 1)	Planwert zum 30.06.2007 1)	01.01.2007 bis 30.06.2007 1)	Abweichung [absolut] 1)	Abweichung [%] 1)	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 1)	01.01.2007 bis 31.12.2007 1)	Abweichung [absolut] 1)	Abweichung [%] 1)	Prognosewert zum 31.07.2008 1)	Zielerreichung zum Berichtstag 2) ▲►▼
Fortbildung der Bediensteten											
Zahl der Veranstaltungen	572		290								
- davon Fortbildung in Kommunikation / Serviceorientierung	27		5								
- davon Fremdsprachliche Fortbildung	10		5								
Zahl der Teilnehmer/-innen	7.234		3.899								
- davon Fortbildung in Kommunikation / Serviceorientierung	309		34								
- davon Fremdsprachliche Fortbildung	19		14								
Anzahl der Fortbildungstage	14.630		7.476								
- davon Fortbildung in Kommunikation / Serviceorientierung	731		76								
- davon Fremdsprachliche Fortbildung	136		92								

Allgemeine Erläuterung:

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.
Zielvereinbarungen mit allen Finanzämtern wurden 2007 nach erfolgter Pilotierung erstmals für die Bereiche Arbeitnehmerstelle, allgemeine Veranlagung und Rechtsbehelfsstelle abgeschlossen. Zu insgesamt 11 Kennzahlen wurden individuelle Zielwerte von den Finanzämtern vorgeschlagen und nach Abstimmung mit der Oberfinanzdirektion Koblenz vereinbart. Für 2008 ist die flächendeckende Zielvereinbarung zur Körperschaftsteuer geplant.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

3) Die Erledigungsquote des VZ-1 zum 30. Juni 2007 liegt um 2 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr und damit unter dem Zielwert, während die Erledigungsquote des VZ-2 den Vorjahres- und Zielwert übersteigt (Zahl unbearbeiterer Erklärungen niedriger als im Vorjahr). Dies spiegelt u.a. den verzögerten Erklärungseingang des VZ-1 wieder, der gegenüber dem 2. Quartal 2006 ebenfalls um 2 Prozentpunkte sank (Fristverlängerung Steuerberater, Verzicht auf Steuererklärungsversand).

4) Die Berechnung der Einspruchsquote ist seit 1. Januar 2007 geändert und mit den Vorjahresergebnisssen nicht vergleichbar.
Ausgewiesen werden:
- im Zähler die eingegangenen Einsprüche gegen Erst- und Änderungsbescheide der VZ -1 und -2 zu ESt, F, USt, GwSt (bis 2007: eingegangene Einsprüche aller Steuerarten und aller VZ), einschl. Massenverfahren
- im Nenner die Summe der Erstveranlagungen zu ESt, F, USt, GwSt der VZ -1 und -2 (wie bisher).

5) Die Erledigungsquote des VZ-1 zum 30. Juni 2007 liegt um 2 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr und damit unter dem Zielwert (Zahl unbearbeiter Erklärungen niedriger als im Vorjahr). Ein Grund hierfür ist der rückläufige Erklärungseingang (3 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert) als Auswirkung von Verfahrensänderungen (Fristverlängerung Steuerberater, Verzicht auf Steuererklärungsversand).

6) Die Berechnung der Einspruchsquote ist seit 1. Januar 2007 geändert und mit den Vorjahresergebnisssen nicht vergleichbar.
Ausgewiesen werden:
- im Zähler die eingegangenen Einsprüche gegen Erst- und Änderungsbescheide der VZ -1 und -2 zu ESt (bis 2007: eingegangene Einsprüche aller Steuerarten und aller VZ), einschl. Massenverfahren
- im Nenner die Summe der Erstveranlagungen zu ESt der VZ -1 und -2 (wie bisher).

Veranlagungsstelle:
Die Quote der Abweichungsfälle mit Mehrergebnis an Einkommensteuer ohne Fälle unter 100 € ist mit 15,5% (Zielwert: 14%) ggü. dem 2. Quartal 2006 ebenso wie der Mehrergebnisbetrag je Einkommensteuerveranlagung von 178 € fast unverändert. Bei einer ggü. dem Vorjahresquartal leicht erhöhten Durchlaufzeit von 50 Tagen (unterhalb des Zielwerts von max. 54 Tagen) bleibt der Anteil erledigter Veranlagungen des Veranlagungszeitraums 2006 an allen zu erwartenden Einkommensteuerveranlagungen mit 18% hinter dem Zielwert von 22% und dem Vorjahresquartalswert von 20% zurück. Die Änderung der Fristverlängerung für Steuerberater und der Wegfall des Steuererklärungsversands wirken sich hierbei aus. Die Quote der Altfälle an bearbeitungsreifen Einsprüchen liegt mit 10% deutlich unter dem als Maximum vereinbarten Ziel.

Arbeitnehmerstelle:
Neben quantitativen Leistungsdaten werden auch Indikatoren der Arbeitsqualität abgebildet. Beispielsweise gibt die Quote der Abweichungsfälle mit Mehrergebnis an, wie häufig die Finanzämter bei der Veranlagung Korrekturen an eingegangenen Erklärungen der beiden aktuellen Veranlagungszeiträume vorgenommen haben, die zu einer höheren verbleibenden Einkommensteuer führten.
Bei der Abweichungsquote mit Mehrergebnis ohne Fälle unter 100 € wurde für das 2. Quartal 2007 ein Zielwert von durchschnittlich 12% vereinbart, der auch erreicht wird. Gegenüber dem Vorjahresquartal gehen jedoch Häufigkeit und Umfang der Abweichungen insgesamt zurück. Der Mehrergebnisbetrag je erstmaliger Einkommensteuerveranlagung verringert sich um 18 € auf 68 €. Der Erledigungsstand an zu erwartenden Erklärungen (Pflichtveranlagungen) bleibt u.a. durch rückläufigen Erklärungseingang (Wegfall des Steuererklärungsversands) im 2. Quartal 2007 um 2% hinter dem Zielwert und dem Vorjahresquartal zurück. Die Bearbeitungsdauer (Eingang bis Bescheiderteilung) beträgt durchschnittlich 32,5 Tage und liegt damit um 24% unter dem Zielwert. Die Quote der Altfälle an bearbeitungsreifen Einsprüchen ist mit 5,9% deutlich besser als der vereinbarte Zielwert.

Rechtsbehelfsstelle:
Arbeitnehmerstelle und Veranlagungsstelle geben Einsprüche, die nicht selbst erledigt werden können, an die Rechtsbehelfsstelle zur weiteren Bearbeitung ab. Der Anteil der vorliegenden bearbeitungsreifen Einsprüche, die seit mehr als 12 Monaten von der Eingangsstelle abgegeben wurden, liegt im Verhältnis zu allen bearbeitungsreifen Einsprüchen in der Rechtsbehelfsstelle im 2. Quartal 2007 bei 19,4% und damit unterhalb des als Maximum vereinbarten Zielwerts von 20% und auch unterhalb des Vorjahreswertes. Die Erledigung eines Einspruchs in der Rechtsbehelfsstelle nimmt im 2. Quartal 2007 wie im Vorjahresquartal durchschnittlich 6 Monate in Anspruch.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 05 04 im Haushaltsjahr 2007
Aufgabenbereich: Arbeitsverwaltungen im Justizvollzug

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2006 [1]	Planwert zum 31.07.2007 [1]	Istwert zum 31.07.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 [1]	Istwert zum 31.12.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2008 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Beschäftigte Gefangene [Anzahl]	1.846	1.790	1.800	10	0,56%	1.790					▲
Überschussentwicklung / Gewinnerzielung [EUR]	1.857.347	1.050.000	984.864	-65.136	-6,20%	1.533.000					►

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Die Arbeitsverwaltungen der Justizvollzugs- und Jugendstrafanstalten haben den gesetzlichen Auftrag zur Beschäftigung der Gefangenen zu erfüllen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Sicherung und Steigerung der Beschäftigungslage der Gefangenen, Verbesserung von Produktivität der Arbeitsbetriebe und deren Gewinnerzielung

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Anzahl der Beschäftigten konnte gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stabil gehalten werden. Die Gewinnerzielung ist gesunken. Das ist bedingt durch Eigenleistungen beim Bau von Fenstern und Gittern, welche die Eigenbetriebe der JVAen im Rahmen des Neubaues der JVA Wittlich erbringen. Hierdurch fallen insbesondere Ausgaben für Rohstoffe an, die auch als solche zu buchen sind, denen jedoch keine entsprechenden Einnahmen gegenüberstehen. Die Eigenleistungen sind insgesamt dennoch wirtschaftlich, da sie zu einer Verminderung der nach Fertigstellung des Gebäudes an den LBB zu zahlenden Nutzungsentgelte und damit insgesamt zu einer Entlastung des Landeshaushalts führen werden.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2007
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2006 [1]	Planwert zum 31.07.2007 [1]	Istwert zum 31.07.2007 [1]	Abweichung (absolut) [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 [1]	Istwert zum 31.12.2007 [1]	Abweichung (absolut) [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2008 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Die Job-Füxe sollen insbesondere Hauptschülerinnen und Hauptschülern mit präventiven arbeitsweltorientierten Angeboten helfen, die Übergänge zwischen Schulsystem und Berufssystem zu erleichtern. Damit soll die dauerhafte berufliche und soziale Integration von jungen Menschen frühzeitig gefördert und ihnen langfristig der selbständige Erwerb ihres Lebensunterhalts durch eine berufliche Tätigkeit ermöglicht werden. Die Job-Füxe sind insbesondere in den Abgangsklassen der Hauptschulen direkte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Schülerinnen und Schüler, deren Eltern, die Schule sowie für Ausbildungsbetriebe. Sie stellen ein kontinuierliches und breites Spektrum von Angeboten zur intensiven Unterstützung bereit.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Begleitung des Übergangs Schule – Beruf, Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

Job-Füxe											
Zahl der Job-Füxe	38	38	36	-2	-5%	37					▶
Zahl intensiver erreichter Schülerinnen und Schüler	ca. 2.500	ca. 2.500	ca. 2.500	0	0%	ca. 2.500					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Das Programm wird weiterhin sehr gut von den Partnern angenommen. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler wird wie geplant erreicht. Da zwei Kommunen ihre Anträge zurückgezogen haben, verringert sich der IST-Wert zum 31. Juli 2007.

Sonstige Erläuterung:
Bewilligte ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 1.023.664 €; bewilligte Landesmittel: 409.466 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Bei den Berufsmentorinnen und Berufsmentoren handelt es sich um bei den Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern verankerte Beraterinnen und Berater, deren Aufgabe die Betreuung von Jugendlichen ist, die sich im Rahmen des Sonderprogramms des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales „Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ)" in einer Einstiegsqualifizierung in rheinland-pfälzischen Betrieben befinden. Ziel ist es, dass möglichst viele Jugendliche die Einstiegsqualifizierung zum Abschluss bringen und direkt im Anschluss daran mit einer Ausbildung beginnen können. Die Berufsmentorinnen und Berufsmentoren sind direkte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Jugendlichen und die Betriebe und begleiten und beraten diese während der Dauer der Einstiegsqualifizierung. Zudem betreuen die Berufsmentorinnen und Berufsmentoren die Jugendlichen bei Bedarf in der ersten Phase nach der Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis, um einen Ausbildungsabbruch zu vermeiden. Neben der Förderung durch Berufsmentorinnen und Berufsmentoren wird für leistungsschwächere Jugendliche ein Förder- und Stützunterricht im Rahmen der Einstiegsqualifizierung gefördert.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Begleitung von Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz im Rahmen der Einstiegsqualifizierung zur Integration in Ausbildung und Arbeit

Berufsmentoring EQJ											
Zahl der Mentoren	3	4	4	0	0%	4					▲
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 175	ca. 300	ca. 315	15	5%	ca. 315					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Planzahl der Berufsmentorinnen und -mentoren wurde erreicht, die Teilnehmerzahl leicht übertroffen. Die Berufsmentorinnen und -mentoren in Bezug auf den Ausbildungsabbruch (BM-AB) werden im Rahmen der Arbeitsmarktinitiative getrennt ausgewiesen.

Sonstige Erläuterung:
Bewilligte ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 156.394 €; bewilligte Landesmittel: 78.829 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Die kommunalen Jugend-Scouts sollen arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahre durch eine Vor-Ort-Beratung erreichen, die wegen persönlicher Merkmale vorhandene Angebote zur beruflichen Eingliederung nicht oder nicht mehr in Anspruch nehmen oder noch nicht eingegliedert werden konnten. Diese Hilfestellung soll die dauerhafte Eingliederung der arbeitslosen Jugendlichen in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem unterstützen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Unterstützung arbeitsloser Jugendlicher zur Integration in den Arbeitsmarkt

Kommunale Jugend-Scouts											
Zahl der Jugend-Scouts	30	32	31	-1	-3%	32					▶
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 2.700	ca. 2.700	ca. 2.700	0	0%	ca. 2.700					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Das Programm wird weiterhin sehr gut von den Partnern angenommen. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler wird wie geplant erreicht.

Sonstige Erläuterung:
Bewilligte ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 880.158 € ; bewilligte Landesmittel: 351.463 €

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2006 [1]	Planwert zum 31.07.2007 [1]	Istwert zum 31.07.2007 [1]	Abweichung (absolut) [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 [1]	Istwert zum 31.12.2007 [1]	Abweichung (absolut) [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2008 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Es handelt sich um Projekte, die wirtschaftsnah, aber auch unter freier Trägerschaft rund um die Themenfelder „zielgruppen- und branchenspezifische Qualifizierungsmaßnahmen und -beratung, Anpassung an veränderte Arbeitswelten und Rahmenbedingungen, ältere Beschäftigte im Betrieb und Weiterbildungsnetzwerke" angesiedelt sind. Sie sollen dazu beitragen, die Chancen der von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Erhalt der Arbeitsplätze sowie die Möglichkeiten zur Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Präventiver Ansatz zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit

Betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik											
Zahl der Projekte	12	12	10	-2	-17%	10					▼
Zahl erreichter Personen	ca. 4.100	ca. 4.000	ca. 2.220	-1.780	-45%	ca. 2.220					▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Planwert zum 31. Juli 2007 wurde unterschritten, da zwei Projektanträge zurückgezogen wurden.

Sonstige Erläuterung:
Bewilligte ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 37.982 €; bewilligte Landesmittel: 600.367 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Zentrale Aufgabe der Beschäftigungskonversion ist es, den unmittelbar und mittelbar vom Truppenabbau betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der US-Streitkräfte und der Bundeswehr Chancen zur Wiedereingliederung auf dem zivilen Arbeitsmarkt zu eröffnen. Zentrale Instrumente sind Outplacement-Beratung, Arbeitsvermittlung, Bildungsmanagement und Organisationsentwicklungsmaßnahmen an den Standorten. Darüber hinaus werden Weiterbildungsangebote entwickelt und durchgeführt, die darauf abzielen, die Vermittlungsfähigkeit dieser Personen auf den zivilen Arbeitsmärkten zu erhöhen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Unterstützung bei der Integration von der Konversion Betroffener in den Arbeitsmarkt

Konversion											
Zahl der Projekte	4	4	6	2	50%	6					▲
Zahl erreichter Personen	ca. 2.690	ca. 2.500	ca. 3.660	1.160	46%	ca. 3.660					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Planwert zum 31. Juli 2007 wurde übertroffen. Die erhöhte Zahl erreichter Personen ist im Wesentlichen auf Beratungsfälle in der Outplacement-Beratung zurückzuführen.

Sonstige Erläuterung:
Bewilligte Konversionsmittel: 1.762.945 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Die Landesarbeitsmarktpolitik will die Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) bzw. optierenden Kommunen im Rahmen eines eigenständigen Beitrags über ein zusätzliches qualitatives und quantitatives Engagement - entsprechend der Bedarfslage vor Ort - bei der Wiedereingliederung von SGB II-Bezieherinnen und -beziehern unterstützen. Über das Engagement des Landes sollen die Aktivierungsquoten erhöht und/oder besonders benachteiligte Zielgruppen gefördert werden. Orientiert an der Zahl der ALG II-Bezieherinnen und -Bezieher wurden hierfür sog. regionale Budgets gebildet. Damit können sowohl zusätzliche Arbeitsgelegenheiten als auch zusätzliche Qualifizierungselemente in Arbeitsgelegenheiten gefördert bzw. andere Eingliederungsleistungen aus dem SGB II aufgestockt werden. Zur Umsetzung dieser regionalen Budgets können sich die ARGEN bzw. optierenden Kommunen freier Träger bedienen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Wiedereingliederung langzeitarbeitsloser SGB II-Empfängerinnen und -Empfänger in den ersten Arbeitsmarkt

Regionale SGB II-Flankierung											
Zahl geförderter Projekte bei den ARGEN/ optierenden Kommunen	202	140	211	71	51%	215					▲
Zahl erreichter Personen	ca. 10.000	ca. 7.000	ca. 10.620	3.620	52%	ca. 10.700					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Prognosewert zum 31. Juli 2007 wurde stark übertroffen, da unerwartet viele neue Anträge (große Anzahl neuer Träger) eingegangen

Sonstige Erläuterung:
Bewilligte ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 5.984.687 €; bewilligte Landesmittel: 3.658.630 €

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2006 [1]	Planwert zum 31.07.2007 [1]	Istwert zum 31.07.2007 [1]	Abweichung (absolut) [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 [1]	Istwert zum 31.12.2007 [1]	Abweichung (absolut) [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2008 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Qualifizierungsprojekte für Zielgruppen im SGB III-Bezug mit besonderem Förderbedarf oder für besondere politische Schwerpunktsetzungen, die in Absprache mit den Agenturen für Arbeit umgesetzt werden. Die Projekte sollen Arbeitslose, insbesondere benachteiligte Personengruppen unterstützen, eine berufliche Tätigkeit als Selbständige oder Selbständiger oder als abhängig Beschäftigte oder abhängig Beschäftigter aufzunehmen. Zielgruppen sind z.B. Existenzgründerinnen und Existenzgründer und behinderte Frauen. Andere Projekte haben die Flankierung des Strukturwandels und IT-Personalberatung zum Gegenstand.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Zusätzliche Förderung von SGB III-Empfängerinnen und -Empfängern zur Integration in den Arbeitsmarkt

SGB III-Projekte											
Zahl der Projekte	2	2	1	-1	-50%	1					▼
Zahl erreichter Personen	ca. 460	ca. 300	ca. 150	-150	-50%	ca. 150					▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Anzahl der geplanten Projekte wurde zum Stichtag 31. Juli 2007 erreicht. Eine der beiden Maßnahmen wird jedoch im Rahmen der Arbeitsmarktinitiative im Förderansatz "Verbesserung der Ausbildungschancen" ausgewiesen, daher kommt es zu einer Unterschreitung des Prognosewertes.

Sonstige Erläuterung:
Bewilligte ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 80.541 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Für die Zielgruppe der SGB XII-Empfängerinnen und -Empfänger, also für die Zielgruppe, die aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen, Behinderung oder besonderer sozialer Schwierigkeiten derzeit nicht erwerbsfähig ist, wird die Notwendigkeit gesehen, Angebote zur Integration in den Arbeitsmarkt offen zu halten. Die Förderung richtet sich an den Bedürfnissen des Personenkreises aus. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Projekte für Jugendliche, die im Rahmen sog. Brückenprojekte in Kooperation mit den Trägern der Jugendhilfe (SGB VIII) durchgeführt werden. Dabei werden insbesondere niedrigschwellige Maßnahmen für von Ausgrenzung bedrohte junge Menschen angeboten. Darüber hinaus werden Fördermöglichkeiten für sog. Nichtleistungsbezieherinnen und Nichtleistungsbezieher angeboten, die aufgrund ihrer besonderen Situation keinen Anspruch auf berufliche Integrationsleistungen nach dem SGB III und dem SGB II haben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Integrationsmaßnahmen für besondere Zielgruppen des Arbeitsmarktes

Projekte für potentielle SGB VIII, SGB XII und Nichtleistungsbezieher und weitere Zielgruppenprojekte											
Zahl der Projekte	66	50	76	26	52%	75					▲
Zahl erreichter Personen	ca. 6.500	ca. 6.800	ca. 8.280	1.480	22%	ca. 8.000					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Prognosewert zum 31. Juli 2007 wurde übetroffen, da zu diesem Stichtag erstmals die neuen Maßnahmen "Kompetenzagenturen" sowie "Haushaltsassistenz für die Pflege" mit ausgewiesen werden. Zum Jahresende läuft ein Projekt aus.

Sonstige Erläuterung:
Bewilligte ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 1.889.029 €; bewilligte Landesmittel: 1.927.900 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Die arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumente wurden ab dem 1. Januar 2005 den neuen Rahmenbedingungen angepasst. Projekte, die vor dem 1. Januar 2005 noch nach den alten Förderinstrumenten begonnen wurden, werden unter dieser Rubrik erfasst. Es handelt sich um Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen (z.B. im Garten- und Landschaftsbau oder im Medienbereich). Diese Übergangsprojekte sind jahresübergreifende Projekte, deren Laufzeitende im Jahr 2007 liegen kann.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Maßnahmen zur Integration arbeitsloser Menschen in den Arbeitsmarkt

Übergangsprojekte aus der alten Fördersystematik bis 2004											
Beschäftigung und Qualifizierung											
Zahl der Projekte	3	2	2	0	0%	0					▲
Zahl erreichter Personen	64	24	24	0	0%	0					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Da es sich um Übergangsprojekte handelt, werden keine neuen Maßnahmen im Jahr 2007 initiiert. Insofern ergeben sich keine Veränderungen mehr. Die Teilnehmeranzahl im Plan- und IST-Wert zum 31. Juli 2007 wurde von 40 auf 24 korrigiert, da es hier bei einem Projekt zu einer fehlerhaften Angabe gekommen war. Am 12. September 2007 endet das letzte Übergangsprojekt.

Sonstige Erläuterung:
Bewilligte ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 473.985 €

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2006 [1]	Planwert zum 31.07.2007 [1]	Istwert zum 31.07.2007 [1]	Abweichung (absolut) [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 [1]	Istwert zum 31.12.2007 [1]	Abweichung (absolut) [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2008 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Förderung von speziellen Kursen zum Nachholen des Schulabschlusses, die auch den spezifischen Bedarf an Schulung und pädagogischer Betreuung von am Arbeitsmarkt benachteiligten Jugendlichen berücksichtigen. Sie sollen auf den Schulabschluss vorbereitet werden und diesen auch erreichen. Es sollen Jugendliche und junge Erwachsene erreicht werden, die aufgrund schwieriger sozialer Verhältnisse, geringer Grundkenntnisse in der Allgemeinbildung, Mathematik oder Deutsch, geringer Motivation und sprachlicher Defizite derzeit keine beruflichen Perspektiven haben. Mit dem Schulabschluss erhöhen sich die Chancen der Jugendlichen auf einen Einstieg in das Berufsleben, aber auch die Chancen auf persönliche Entwicklung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Integration arbeitsloser Jugendlicher in den Arbeitsmarkt

Arbeitsmarktinitiative Rheinland-Pfalz											
Nachholender Schulabschluss											
Zahl der Projekte	8	10	8	-2	-20%	8					▼
Zahl erreichter Jugendlicher	180	ca. 250	ca. 175	-75	-30%	ca. 175					▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Prognosewert zum 31. Juli 2007 wurde unterschritten, da für einige Maßnahmen kein Folgeantrag mehr gestellt wurde.

Sonstige Erläuterung:
Bewilligte ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 261.708 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Insbesondere für Jugendliche, die nach Beendigung der Berufsfachschule 1 im Jahr 2006 aufgrund unzureichender schulischer Leistungen den Übergang in die Berufsfachschule 2 nicht geschafft haben und denen es aufgrund besonderer Problemlagen nicht gelungen ist, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden, werden berufshinführende Maßnahmen angeboten. Neben Bewerbungstrainings erhalten die Jugendlichen praxisnahe Einblicke in Berufsbilder und fachbezogene Qualifikationen. Zudem werden sie sozialpädagogisch betreut, was auch im Rahmen einer nachsorgenden Betreuung durchgeführt werden kann. Damit werden die Chancen der Jugendlichen auf einen Berufseinstieg verbessert.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Integration arbeitsloser Jugendlicher in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

Fit für den Job (Berufsorientierung)											
Zahl der Projekte	31	31	31	0	0%	30					▲
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 800	ca. 800	ca. 860	60	8%	800					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Bei Einhaltung der geplanten Projektanzahl, konnten in diesem Förderansatz mehr Jugendliche erreicht werden, als vorher prognostiziert. Zum Jahresende läuft ein Projekt aus.

Sonstige Erläuterung:
ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 2.111.636 €; Landesmittel: 2.447.409 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Um die Chancen von leistungsschwächeren Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu erhöhen, einen Ausbildungsplatz zu finden und damit auch ihre gesellschaftliche Integration zu unterstützen, wird der Einstieg der Jugendlichen in eine betriebliche Ausbildung gefördert. Gefördert werden hierbei zusätzliche betriebliche Ausbildungsverhältnisse mit zweijähriger Ausbildung für Jugendliche im originären SGB-II-Bezug.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Integration arbeitsloser Jugendlicher in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

Zusätzliche Chance auf Ausbildung											
Zahl der Projekte	15	15	13	-2	-13%	13					►
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 160	ca. 160	ca. 120	-40	-25%	ca. 120					▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Prognosewert zum 31. Juli 2007 wurde unterschritten, da zwei Projektanträge vom Träger zurückgezogen wurden.

Sonstige Erläuterung:
Bewilligte ESF-Mittel (Europäische Sozialfonds): 682.640 €; bewilligte Landesmittel: 615.360 €

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2006 [1]	Planwert zum 31.07.2007 [1]	Istwert zum 31.07.2007 [1]	Abweichung (absolut) [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 [1]	Istwert zum 31.12.2007 [1]	Abweichung (absolut) [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2008 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Es handelt sich um Projekte, die zum einen „ältere" arbeitslose Jugendliche ansprechen, die schon mehrfach erfolglos versucht haben, einen Einstieg in das Arbeitsleben zu finden. Zum anderen werden Projekte unterstützt, die unter Nutzung der Angebote der verschiedenen Arbeitsmarktakteure, insbesondere benachteiligte Jugendliche beim Einstieg in Arbeit und Beschäftigung unterstützen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Integration arbeitsloser Jugendlicher in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

Job Chance											
Zahl der Projekte	10	12	14	2	17%	14					▲
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 300	ca. 350	ca. 460	110	31%	ca. 460					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Förderansatz wurde besser umgesetzt als geplant, der IST-Wert zum 31. Juli 2007 übersteigt die Planzahlen leicht.

Sonstige Erläuterung:
Beantragte ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 0 €; beantragte Landesmittel: 1.333.485 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Es handelt sich zum einen um Projekte, die Netzwerke für die berufliche Qualifizierung von jungen Migrantinnen und Migranten unterstützen und zum anderen um Ausbildungsprojekte sowie Projekte zur Vorbereitung von Migrantinnen und Migranten auf eine Ausbildung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Integration von jungen Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt

Verbesserung der Ausbildungschancen von Migrantinnen und Migranten											
Zahl der Projekte	4	6	7	1	17%	7					▲
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 70	ca. 100	ca. 125	25	25%	ca. 125					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Förderansatz wird gut umgesetzt, der Planwert konnte leicht überschritten werden.

Sonstige Erläuterung:
Bewilligte ESF-Mittel (Europäische Sozialfonds): 565.667 €; bewilligte Landesmittel: 259.477 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Es werden vor allem Kooperationsnetzwerke für die berufliche Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten unterstützt. Des weiteren sollen über die Projekte Eltern, aber auch Multiplikatoren/-innen erreicht werden, die insbesondere jungen Migrantinnen und Migranten bei der Berufswahl helfen können.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Integration von jungen Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt

Unterstützung Eltern/Multiplikatoren											
Zahl der Projekte	2	2	3	1	50%	3					▲
Zahl erreichter Jugendlicher	ca. 1.500	ca. 1.500	ca. 400	-1.100	-73%	ca. 400					▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Anzahl der geplanten Projekte in diesem noch neuen Förderansatz wurde leicht übetroffen. Die große Abweichung bei der Anzahl der erreichten Jugendlichen lässt sich auf konzeptionelle Projektänderungen zurückführen.

Sonstige Erläuterung:
Bewilligte ESF-Mittel (Europäische Sozialfonds): 134.377 €; bewilligte Landesmittel: 158.239 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Es handelt sich zum einen um Projekte, die den Erhalt von Arbeitsplätzen von älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Unternehmen unterstützen und zum anderen um Projekte zur Qualifizierung von Älteren.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Erhalt von Arbeitsplätzen für Ältere und Integration Älterer in den Arbeitsmarkt

Maßnahmen für Ältere											
Zahl der Projekte	4	6	26	20	333%	28					▲
Zahl erreichter Personen	ca. 440	ca. 500	ca. 3.625	3.125	625%	ca. 3.820					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Planwert zum 31. Juli 2007 wird stark übetroffen, da im Rahmen des neuen Förderansatzes "Regionale Vermittlungszentren für ältere Langzeitarbeitslose" (ab 1. Juli 2007) bereits 23 neue Projekte durchgeführt werden.

Sonstige Erläuterung:
Bewilligte ESF-Mittel (Europäische Sozialfonds): 554.378 €; bewilligte Landesmittel: 558.316 €

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2006 [1]	Planwert zum 31.07.2007 [1]	Istwert zum 31.07.2007 [1]	Abweichung (absolut) [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 [1]	Istwert zum 31.12.2007 [1]	Abweichung (absolut) [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2008 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Es werden Berufsmentorinnen und -mentoren zur Ausbildungsbetreuung gefördert, deren Aufgabe es ist, Ausbildungsabbrüche zu vermeiden, Ausbildungsabbrecherinnen und Ausbildungsabbrecher in das berufliche Bildungssystem zu integrieren und systematische Formen der Zusammenarbeit mit den relevanten regionalen Kooperationspartnern auf- und auszubauen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen und Integration von Ausbildungsabbrechern

Berufsmentoring Ausbildungsabbruch											
Zahl der Mentoren	0	2	3	1	50%	3					▲
Zahl erreichter Jugendlicher	0	ca. 200	ca. 410	210	105%	ca. 410					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Anzahl der Projekte des Förderansatzes Berufsmentoring in Bezug auf den Ausbildungsabbruch wird leicht übertroffen. Die Anzahl der Jugendlichen wurde stark übertroffen, da in jedem Projekt zwischen 130 bis 150 Teilnehmer erreicht werden konnten.

Sonstige Erläuterung:
Bewilligte ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 74.312 €; bewilligte Landesmittel: 29.791 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Das wesentliche Ziel der regionalen Beschäftigungsentwicklerin oder des regionalen Beschäftigungsentwicklers ist es, neue Beschäftigungsfelder in der Region aufzuspüren und zu entwickeln sowie zusätzliche betriebliche Arbeitsplätze in der Region gemeinsam mit Unternehmen zu schaffen. Darüber hinaus soll die regionale Beschäftigungsentwicklerin oder der regionale Beschäftigungsentwickler Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner der Unternehmen für beschäftigungsrelevante Fragen sein. Dabei sollen vor allem die Handlungsfelder „zusätzliche betriebliche Arbeitsplätze, lokale Ökonomien, regionale Branchenprofile und Qualifizierungsstrategien" bearbeitet werden. Zur Umsetzung dieser Aufgabenstellung soll die regionale Beschäftigungsentwicklerin oder der regionale Beschäftigungsentwickler in den regionalen Gebietskörperschaften an der Schnittstelle „Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung" oder einer vergleichbaren Stelle eingesetzt werden. Modellmaßnahmen sollen der Erprobung und Weiterentwicklung innovativer und modernisierender Bildungsinstrumente dienen und Modellprojekte zur Zielsetzung „Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie -fähigkeit" beitragen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze sowie der Voraussetzungen zur Entstehung zusätzlicher Arbeitsplätze auf regionaler Ebene

Regionale Beschäftigungsentwickler / Modellprojekte											
Zahl zusammen:	23	20	26	6	30%	27					▲
davon: Zahl der Beschäftigungs-entwickler:	4	4	4	0	0%	5					▲
Zahl der Modell-projekte:	17	15	19	4	27%	19					▲
Zahl der sonstigen Projekte	2	1	3	2	200%	3					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Prognosewert zum 31. Juli 2007 wurde übertroffen, da besonders der Förderansatz "Modellprojekte" sehr gut angenommen wird. Die hohe Umsetzungsrate in diesem Förderansatz zeigt deutlich den Bedarf an innovativen Maßnahmen. Auch die Planzahl der sonstigen Projekte wurde leicht überstiegen. Die Beschäftigungsentwickler erreichen den Prognosewert.

Sonstige Erläuterung:
Da die Förderung von regionalen Beschäftigungsentwicklern und Modellprojekten keinen teilnehmerorientierten Ansatz darstellt, können keine Aussagen zur Anzahl der erreichten Personen getroffen werden.

Bewilligte ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 248.015 €; bewilligte Landesmittel: 1.674.001 €

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2007
Aufgabenbereich: Anerkennung und Förderung der Schuldner- und Insolvenzberatung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2006 [1]	Planwert zum 31.07.2007 [1]	Istwert zum 31.07.2007 [1]	Abweichung (absolut) [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 [1]	Istwert zum 31.12.2007 [1]	Abweichung (absolut) [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2008 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: - neu -											
Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) ist die nach § 1 des Landesgesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung (AGInsO) zuständige Behörde für die Anerkennung von „geeigneten Stellen" im Verbraucherinsolvenzverfahren. Gleichzeitig fördert das Landesamt gem. § 5 AGInsO die anerkannten geeigneten Stellen, soweit sie zur Sicherstellung eines ausreichenden Angebotes sowie zur qualifizierten Erfüllung der Aufgaben nach § 2 AGInsO erforderlich sind.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:											
Sicherstellung ausreichender Beratungskapazitäten; Sicherung und Weiterentwicklung der Beratungsqualität; Stärkung der Prävention											
Sicherstellung ausreichender Beratungskapazitäten											
Beratungsstellen gesamt	56	57	58	1	1,8%	58					▲
Geförderte Beratungsstellen	51	51	51	51	0%	51					►
Geförderte Fachkräfte (in Vollzeit)	66,71	66,71	66,71	66,71	0%	66,71					►
Beratungsfälle mit mehr als 2 Beratungen im lfd. Jahr	11.520	6.000	*			12.000					
Kurzberatungen (bis zu 2 Beratungen)	8.292	4.200	*			8.500					
Sicherstellung und Weiterentwicklung der Beratungsqualität sowie Präventionsarbeit											
Abgeschlossene Beratungsverfahren einschl. Kurzberatungen	11.455	5.800	*			11.700					
landesweite Veranstaltungen/ Tagungen/ Schulungen/ Fortbildungen	34	14	5	-9	-64%	10					▼
Zahl der abschließend bearbeiteten Anfragen an das Schuldnerfach-beratungszentrum	274	140	160	20	14%	280					▲
Zugriffe auf Infohomepage beim Schuldnerfach-beratungszentrum	1.89 Mio.	950.000	1.157.392	207.392	22%	2 Mio.					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Durch die Anerkennung und Eröffnung einer weiteren Beratungsstelle im Raum Mayen-Koblenz erhöhte sich die Anzahl der Beratungsstellen von geplanten 57 auf 58. Dies ist angesichts des wachsenden Beratungsbedarfs eine erfreuliche Entwicklung.
Die Zahl der Schulungen und Fortbildungen, die das Schuldnerfachberatungszentrum durchgeführt hat, lag 2006 mit Blick auf das landesweit angebotene Programm "Finanziell Fit (Stärkung der erwerbswirtschaftlichen Kompetenz)" und die Anpassung der Software für die Landes- auf die Bundesstatistik besonders hoch und wird sich in 2007 wieder im normalen Bereich bewegen.

Die Nachfrage nach Unterstützungsleistungen im Bereich der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung steigt stärker als erwartet. Dies bestätigt die weiterhin große Nachfrage nach Fachinformationen in diesem Segment, was sich in einer deutlichen Zunahme der Zugriffe auf die Homepage des SFZ und die Anzahl der Anfragen zeigt.

Sonstige Erläuterung:

* Im Bereich der Schuldner- und Insolvenzberatung wird nur eine Jahresstatistik geführt. Eine landesweite halbjährliche Auswertung ist deshalb nicht möglich. Im Rahmen der Umstellung auf eine EDV-gestützte Bundesstatistik ab 2008 wird eine halbjährliche Auswertung angestrebt. Es ist damit zu rechnen, dass sich die Zahlen nur unwesentlich von den Vorjahreszahlen unterscheiden werden, wobei mit einem Anstieg der Beratungsfälle gerechnet wird.

Bewilligte Mittel: 1.673.286,93 €

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 03 im Haushaltsjahr 2007
Aufgabenbereich: Produkt "Integrierte geowissenschaftliche Landesaufnahme" beim Landesamt für Geologie und Bergbau (LGB)

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2006 [1]	Planwert zum 31.07.2007 [1]	Istwert zum 31.07.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 [1]	Istwert zum 31.12.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2008 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: - neu -											
Die derzeit größtenteils nur analog vorhandenen und teilweise nicht aktuellen Daten sollen zielorientiert im Maßstab 1 : 25.000 oder 1 : 50.000 überarbeitet werden. Das LGB sichert eine jährliche Fertigstellung von mindestens zwei Karten sowie alle fünf Jahre eine umfangreiche Projektkartierung für ein besonders wichtiges Teilgebiet des Landes.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:											
Der Leistungsauftrag beinhaltet: Aufbau eines geowissenschaftlichen Informationssystems, fachübergreifende Datenerhebung, Festlegung von Qualitätsstandards, Bedarfsorientierung, mögliche landesweite Flächendeckung, Möglichkeiten der Aktualisierung sowie projektorientierte Vorgehensweise.											
Integrierte geowissenschaftliche Landesaufnahme											
Mengen											
Anzahl Karten		1	1	0	0%	2					▲
Abarbeitungsgrad von insgesamt 28 Kartenmanuskripten		43%	48%	5%	12%	52%					▲
Wirtschaftlichkeit / Kosten											
Gesamtkosten		145.833 €	236.764 €	90.931 €	62%	350.000 €					▼
Anteil an den Gesamtleistungen des Landesamtes für Geologie und Bergbau		4,0%	5%	1,0%	25%	6,0%					▼

Qualitäten / Bürgerorientierung

Ziel ist es, den Kunden wie der Landesregierung und deren nachgeordneten Behörden, Kommunen, Ingenieurbüros sowie Bürgerinnen und Bürgern als Planungsgrundlage zukünftig nicht einzelne thematische Karten, sondern fachübergreifende Geoinformationen und deren Interpretation zu allen wesentlichen Geothemen anzubieten.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen

Durch Aufgabenumverteilung und Aufgabenbündelungen konnten die Arbeiten für die Herstellung von Karten erhöht werden, wodurch das eigentliche Soll schneller erreicht wird. Erhöhung der Arbeiten heißt aber auch Erhöhung der Gesamtkosten und Erhöhung des Anteils an den Gesamtleistungen. Der Prognose-/Planwert zum 31. Dezember 2007 musste aus diesem Grund von 250.000 € und 4 % auf insgesamt 350.000 € und 6 % durch die Stundensteigerung angepasst und entsprechend erhöht werden. Eine Korrektur der Mengen wird nicht vorgenommen, da eine Karte als fertiggestellt bezeichnet wird, wenn sie veröffentlicht ist, was insbesondere bei der Karte Donnersberg erst im Frühjahr 2008 erfolgt.

Sonstige Erläuterung:

Die Erläuterungen zur Karte Katzenelnbogen (Blatt 57 13 - Karte 2004 erschienen) sind im Frühjahr 2007 erschienen. Die Karte sowie die Anlage zur Erläuterung zu Blatt 5611 Koblenz sind derzeit im Druck, die Veröffentlichung erfolgt im Herbst 2007. Die Kartierung und Manuskripterstellung zur Geologischen Übersichtskarte 1 : 50.000 Donnersbergkreis sind zu 100 % fertiggestellt, derzeit erfolgt die Redaktion, der Druck ist für Ende 2007/Anfang 2008 geplant. Die Kartierung zu Blatt 6213 Kriegsfeld ist fertig gestellt, die Erstellung des Manuskriptes derzeit in Arbeit.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 51 im Haushaltsjahr 2007
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westerwald-Osteifel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele Mengen / Wirtschaftlichkeit / Kosten	Istwert zum 31.12.2006 1)	Planwert zum 31.07.2007 1)	Istwert zum 31.07.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 1)	Istwert zum 31.12.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-wert zum 31.07.2008 1)	Zieler-reichung zum Berichtstag [2] ▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung: - neu -

Beratung in Tierproduktion, Pflanzenbau, Bienenkunde und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden.
Im Jahr 2005 hatte die rheinland-pfälzische Landwirtschaft mit fast 50 % eine sehr hohe Beanstandungsquote bei den nach EU-Recht erforderlichen Tierkennzeichnungskontrollen im Bereich Rinderhaltung. Ziel der Beratung in der Tierhaltung ist unter anderem, eine deutliche Senkung der Beanstandungsquote, insbesondere bei den schweren Verstößen, zu erreichen.

Beratung											
Anzahl Beratungen		8.750	8.711	-39	0%	15.000					▶
durchschn. Kosten pro Beratung		45,00 €	33,94 €	-11,06 €	-25%	45,00 €					▲
Beanstandungsquote bei der EU-Tierkennzeichnung		45%	27%	-18%	-40%	45%					▲
Anteil der Beratung an den Gesamt-leistungen der Dienststelle		7,00%	5,52%	-1,48%	-21%	7,00%					▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe soll gesteigert und der Einsatz umweltgerechtere Produktionsverfahren intensiviert werden.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

In 2006 mussten die CC Kontrollen im Bereich der Rinderkennzeichnung aufgrund hoher Beanstandungen in 2005 von 5 auf 7,5 % zu kontrollierender Betriebe erhöht werden. Um eine weitere Kontrollquotenerhöhung zu vermeiden, wurde die Beratung im Bereich der Rinderkennzeichnung intensiviert. Durch diese Maßnahme konnten die Beanstandungen im Bereich der CC-Kontrollen 2006 und 2007 reduziert werden.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung: - neu -

Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierhaltung, Pflanzenbau, Bienenkunde und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege wie Mail und Fax.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen		298	286	-12	-4%	510					▶
TN-Zahl bei den Veranstaltungen		23.300	12.502	-10.798	-46%	40.000					▼
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen		78	44	-34	-44%	78					▼
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen		333	285	-48	-14%	570					▶
Gesamtkosten		260.000 €	256.582 €	-3.418 €	-1%	445.326 €					▶
Anteil der Weiterbildung an den Gesamtleistungen der Dienststelle		4,30%	4,79%	0,49%	11%	4,30%					▶

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Das Veranstaltungsangebot und das übrige Weiterbildungsangebot ist auf die Bedürfnisse der Betriebe abgestimmt.
Mit Beratungsrundschreiben etc.sollen die Betriebe kurzfristig auf Problematiken und Lösungsmöglichkeiten hingeweisen werden.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Obwohl die Zahl der Veranstaltung in etwa konstant geblieben ist, sind die Teilnehmerzahlen gesunken. Die Ursache hierfür ist in der Art der im Beobachtungszeitraum stattgefundenen Veranstaltungen begründet. Besonders publikumswirksame Veranstaltungen finden erst nach dem Stichtag statt. Zum Jahresende wird die Zielerreichung erwartet.
Beratungsrundschreiben etc. werden nach Bedarf und in Reaktion auf Ereignisse erstellt, daher wird deren Anzahl im Laufe des Jahres immer schwanken.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen: - neu -

Versuchswesen in Pflanzenbau und Grünland: am DLR Westerwald-Osteifel werden Versuchsfelder im Bereich Landwirtschaft unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten		178.000 €	158.542 €	-19.458 €	-11%	303.279 €					▲
Anteil des Versuchswesens incl. Berichterstattung an den Gesamt-Leistungen der Dienststelle		3,70%	2,96%	-0,74%	-20%	3,70%					▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Das Versuchsprogramm wird landesweit abgestimmt und orientiert sich an den Bedürfnissen der Betriebe.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Kostensenkung ist insbesondere auf krankheitsbedingte Personalveränderungen zurückzuführen.

Leistungen / Maßnahmen / Ziele Mengen / Wirtschaftlichkeit / Kosten	Istwert zum 31.12.2006 1)	Planwert zum 31.07.2007 1)	Istwert zum 31.07.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 1)	Istwert zum 31.12.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-wert zum 31.07.2008 1)	Zieler-reichung zum Berichtstag 2) ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Verwaltung:
Erledigung der Verwaltungsaufgaben

- neu -

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Der Verwaltungskostenanteil soll gesenkt werden

Verwaltung											
AK-Anteil in der Verwaltung		13,40%	14,27%	0,87%	6%	13,40%					►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Steigerung des AK-Anteils ist bedingt durch Rückkehr aus der Elternzeit bzw. Veränderungen bei familienbedingter Teilzeitarbeit.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:

- neu -

In 2007/2008 sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen.
Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien Ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren		1.814.000 €	2.362.242 €	548.242 €	30%	3.109.874 €					►
Verfahrensfläche											
ILEK - Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept		0 ha	0 ha	0 ha	0%	20.112 ha					
Anordnung neuer Verfahren		0 ha	0 ha	0 ha	0%	251 ha					
Anlagenplan		0 ha	0 ha	0 ha	0%	9.209 ha					
Vermessungskonzept		0 ha	0 ha	0 ha	0%	106 ha					
Besitzübergang		0 ha	0 ha	0 ha	0%	3.467 ha					
Grundbuchberichtigung		0 ha	0 ha	0 ha	0%	4.888 ha					
Katasterberichtigung		0 ha	0 ha	0 ha	0%	4.888 ha					
Verfahrensabschluss		0 ha	0 ha	0 ha	0%	4.877 ha					
Anteil der Bodenordnung an den Gesamt-Leistungen der Dienststelle		38,00%	44,10%	6,10%	16%	38,00%					▲

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Gesamtziel hierbei ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen. Hierfür wird zurzeit eine Methode für eine Wertschöpfungsbilanz entwickelt, die ab dem Jahre 2009 auf alle vollständig abgeschlossenen Bodenordnungsverfahren angewendet werden soll. Eine Anwendung auf Teilabschnitte der Bodenordnung ist nicht möglich, weil in Teilabschnitten keine hinreichend belegbaren Wertschöpfungen volkswirtschaftlich berechnet werden können.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen

Werte zu den Verfahrensflächen zum Stichtag 31. Juli 2007 können aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 52 im Haushaltsjahr 2007
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele Mengen / Wirtschaftlichkeit / Kosten	Istwert zum 31.12.2006 1)	Planwert zum 31.07.2007 1)	Istwert zum 31.07.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 1)	Istwert zum 31.12.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-wert zum 31.07.2008 1)	Zieler-reichung zum Berichtstag 2) ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Schule: - neu -

Unterricht in der "Berufsbildenden Schule Landwirtschaft" gemäß Landesgesetz für die Schulen in Rheinland-Pfalz; eingerichtet sind Berufs- sowie Fachschul- und Technikerklassen für Landwirte.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

In der agrarwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung soll fachbezogener Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler an den Agrarwirtschaftlichen Schulen kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau erteilt werden.

Durch intensivierten Förderunterricht soll der Anteil der Schule an den Gesamtleistungen der Dienststelle gesteigert werden.

Schule											
Berufsschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen		4	4	0	0%	4					►
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen		85	85	0	0%	85					►
Fachschule (inkl. Techniker)											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen		3	3	0	0%	3					►
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen		65	65	0	0%	65					►
Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler (bei 15 Schülern je Klasse)		12,00 €	8,91 €	-3,09 €	-26%	12,00 €					▲
Anteil Schule an Gesamt-leistungen der Dienststelle		9,00%	5,49%	-3,51%	-39%	9,00%					▲

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Einsatz modernster Unterichtsmittel (Smart-board, E-Learning), Weiterbildung Lehrkräfte

Sonstige Erläuterung:

Die Senkung der Kosten wird positiv beurteilt. Die damit einhergehende Senkung des Anteils an den Gesamtleistungen der Dienststelle stellt somit keinen Gegensatz zur Zielerreichung dar.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung: - neu -

Beratung in Tierproduktion, Grünland und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung in Tierproduktion, Grünlandbewirtschaftung und Ernährung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden.

Im Jahr 2005 hatte die rheinland-pfälzische Landwirtschaft mit fast 50 % eine sehr hohe Beanstandungsquote bei den nach EU-Recht erforderlichen Tierkennzeichnungskontrollen im Bereich Rinderhaltung. Ziel der Beratung in der Tierhaltung durch das Dienstleistungszentrum Eifel ist unter anderem eine deutliche Senkung der Beanstandungsquote, insbesondere bei den schweren Verstößen.

Beratung											
Anzahl Beratungen		10.500	9.430	-1.070	-10%	18.000					►
durchschn. Kosten pro Beratung		45,00 €	33,55 €	-11,45 €	-25%	45,00 €					▲
Beanstandungsquote bei der EU-Tierkennzeichnung		45%	27%	-18%	-40%	45%					▲
Anteil Beratung an Gesamt-leistungen Dienststelle		6,00%	8,53%	2,53%	42%	6,00%					▲

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Weiterbildung durch Beratung, Einheit von Unterricht und Beratung gewährleistet Praxisnähe

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

In 2006 mussten die CC Kontrollen im Bereich der Rinderkennzeichnung aufgrund hoher Beanstandungen in 2005 von 5 auf 7,5 % zu kontrollierender Betriebe erhöht werden. Um eine weitere Kontrollquotenerhöhung zu vermeiden, wurde die Beratung im Bereich der Rinderkennzeichnung intensiviert. Durch diese Maßnahme konnten die Beanstandungen im Bereich der CC-Kontrollen 2006 und 2007 reduziert werden. Die Verschiebungen bei der Anzahl der Beratungen und dem Anteil an den Gesamtleistungen der Dienststelle sind verursacht durch ein noch spezifischeres und intensiveres Beratungsangebot sowie die Übertragung neuer Aufgaben im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe (Beratungszentrum NawaRo).

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung: - neu -

berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierproduktion, Grünland und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege wie Mail und Fax.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen		150	136	-14	-9%	250					►
TN-Zahl bei den Veranstaltungen		6.000	4.172	-1.828	-30%	10.000					▼
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen		40	31	-9	-23%	40					▼
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen		530	482	-48	-9%	900					►
Gesamtkosten		175.000 €	151.167 €	-23.833 €	-14%	300.000 €					►
Anteil Weiterbildung an Gesamtleistungen Dienststelle		4,80%	4,33%	-0,47%	-10%	4,80%					►

Leistungen / Maßnahmen / Ziele Mengen / Wirtschaftlichkeit / Kosten	Istwert zum 31.12.2006 1)	Planwert zum 31.07.2007 1)	Istwert zum 31.07.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 1)	Istwert zum 31.12.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-wert zum 31.07.2008 1)	Zieler-reichung zum Berichtstag 2) ▲►▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Einsatz modernster Medien, verstärkte projektorientierte Arbeit und Seminare

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Besonders publikumswirksame Veranstaltungen finden erst nach dem Stichtag statt. Zum Jahresende wird die Zielerreichung bei den Teilnehmerzahlen erwartet.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen: **- neu -**
Versuchswesen in Pflanzenbau und Grünland: Am DLR Eifel wird ein Versuchsfeld im Bereich Landwirtschaft unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten		114.000 €	185.484 €	71.484 €	63%	195.000 €					►
Anteil **Versuchswesen incl. Berichterstattung** an Gesamt-leistungen der Dienststelle		3,10%	5,32%	2,22%	72%	3,10%					▲

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Qualitätssteigerung durch Länder- und Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Erfahrungsaustausch

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Versuchstätigkeit wurde intensiviert. Gleichzeitig werden Einsparmöglichkeiten geprüft.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Verwaltung: **- neu -**
Erledigung der Verwaltungsaufgaben

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Der Verwaltungskostenanteil soll gesenkt werden

Verwaltung											
AK-Anteil in der Verwaltung		13,00%	11,69%	-1,31%	-10%	13,00%					►

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung: **- neu -**
In 2007/2008 sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen.
Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungs-verfahren		1.314.000 €	1.290.799 €	-23.201 €	-2%	2.253.109 €					►
Verfahrensfläche											
Anordnung neuer Verfahren		0 ha	0 ha	0 ha		3.000 ha					▲
Anlagenplan		0 ha	0 ha	0 ha		3.350 ha					▲
Vermessungskonzept		0 ha	0 ha	0 ha		3.000 ha					▲
Besitzübergang		0 ha	0 ha	0 ha		1.854 ha					▲
Grundbuchberichtigung		0 ha	0 ha	0 ha		0 ha					
Katasterberichtigung		0 ha	0 ha	0 ha		0 ha					
Verfahrensabschluss		0 ha	0 ha	0 ha		3.794 ha					▲
Anteil Bodenordnung an Gesamt-leistungen der Dienststelle		36,00%	37,01%	1,01%	3%	36,00%					►

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Gesamtziel hierbei ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen. Hierfür wird zurzeit eine Methode für eine Wertschöpfungsbilanz entwickelt, die ab dem Jahre 2009 auf alle vollständig abgeschlossenen Bodenordnungsverfahren angewendet werden soll. Eine Anwendung auf Teilabschnitte der Bodenordnung ist nicht möglich, weil in Teilabschnitten keine hinreichend belegbaren Wertschöpfungen volkswirtschaftlich berechnet werden können.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen
Werte zu den Verfahrensflächen zum Stichtag 31. Juli 2007 können aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 53 im Haushaltsjahr 2007
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinpfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele Mengen / Wirtschaftlichkeit / Kosten	Istwert zum 31.12.2006 1)	Planwert zum 31.07.2007 1)	Istwert zum 31.07.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 1)	Istwert zum 31.12.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-wert zum 31.07.2008 1)	Zieler-reichung zum Berichtstag 2) ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Schule: - neu -

Unterricht in der "Berufsbildenden Schule Landwirtschaft" gemäß Landesgesetz für die Schulen in Rheinland-Pfalz; eingerichtet sind Berufs- und Fachschulklassen für Winzer und Gärtner

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

In der agrarwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung soll fachbezogener Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler an den Agrarwirtschaftlichen Schulen kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau erteilt werden.

Durch intensivierten Förderunterricht soll der Anteil der Schule an den Gesamtleistungen der Dienststelle gesteigert werden.

Schule											
Berufsschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen		18	20	2	11%	18					►
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen		400	464	64	16%	400					▲
Fachschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen		3	3	0	0%	3					►
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen		70	83	13	19%	70					▲
Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler (bei 15 Schüler je Klasse)		12,00 €	8,88 €	-3,12 €	-26%	12,00 €					▲
Anteil Schule an Gesamt-leistungen der Dienststelle		7,00%	5,45%	-1,55%	-22%	7,00%					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Anzahl der Klassen kann nicht beeinflusst werden. Diese ist abhängig von den Anmeldungen. Die Senkung der Kosten wird positiv beurteilt. Die damit einhergehende Senkung des Anteils an den Gesamtleistungen der Dienststelle stellt somit keinen Gegensatz zur Zielerreichung dar.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung: - neu -

Beratung in Weinbau & Oenologie, Phytomedizin, Gartenbau und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden.

Beratung											
Anzahl Beratungen		20.000	16.022	-3.978	-20%	34.000					▼
durchschn. Kosten pro Beratung		45,00 €	32,21 €	-12,79 €	-28%	45,00 €					▲
Anteil Beratung an Gesamt-leistungen der Dienststelle		6,50%	6,27%	-0,23%	-4%	6,50%					►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Anzahl und Kosten der Beratungen sind geringer, da vegetationsbedingt weniger Probleme aufgetreten sind.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung: - neu -

berufsbezogene Erwachsenenbildung in Weinbau & Oenologie, Phytomedizin, Gartenbau und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege wie Mail und Fax.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen		650	515	-135	-21%	1.100					▼
TN-Zahl bei den Veranstaltungen		32.500	25.151	-7.349	-23%	55.000					▼
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen		50	49	-1	-2%	50					►
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen		990	748	-242	-24%	1.700					▼
Gesamtkosten		520.000 €	276.774 €	-243.226 €	-47%	888.387 €					▲
Anteil Weiterbildung an Gesamt-leistungen der Dienststelle		5,20%	3,36%	-1,84%	-35%	5,20%					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Buchungsquatität wurde verbessert und Doppelbuchungen vermieden. Veranstaltungen werden verstärkt regional zusammengefasst aufgrund der Personalknappheit. Anzahl der Veröffentlichungen ist u. a. abhängig vom Stand der Forschungsprojekte. Hortigate-Veröffentlichungen sind nicht in der KLR erfasst.

Leistungen / Maßnahmen / Ziele Mengen / Wirtschaftlichkeit / Kosten	Istwert zum 31.12.2006 1)	Planwert zum 31.07.2007 1)	Istwert zum 31.07.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 1)	Istwert zum 31.12.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-wert zum 31.07.2008 1)	Zieler-reichung zum Berichtstag 2) ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen: - neu -

Angewandte Forschung in Weinbau & Oenologie und Phytomedizin im Weinbau.
Versuchswesen in Weinbau & Oenologie, Phytomedizin und Gartenbau: am DLR Rheinpfalz werden Lehr- und Versuchsbetriebe im Bereich Weinbau, Obstbau, Gemüsebau, Zierpflanzenbau sowie Heil- und Gewürzpflanzenbau unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten		2.231.000 €	1.916.224 €	-314.776 €	-14%	3.824.000 €					►
Anteil Versuchswesen incl. Berichterstattung an Gesamt-leistungen der Dienststelle		22,50%	23,29%	0,79%	4%	22,50%					►

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung: - neu -

In 2007/2008 sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen.
Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren		1.460.000 €	1.520.213 €	60.213 €	4%	2.502.622 €					►
Verfahrensfläche											
ILEK - Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept		0 ha	0 ha	0 ha	0%	18.808 ha					
Anordnung neuer Verfahren		0 ha	0 ha	0 ha	0%	617 ha					
Anlagenplan		0 ha	0 ha	0 ha	0%	837 ha					
Vermessungskonzept		0 ha	0 ha	0 ha	0%	697 ha					
Besitzübergang		0 ha	0 ha	0 ha	0%	1.648 ha					
Grundbuchberichtigung		0 ha	0 ha	0 ha	0%	1.744 ha					
Katasterberichtigung		0 ha	0 ha	0 ha	0%	1.744 ha					
Verfahrensabschluss		0 ha	0 ha	0 ha	0%	990 ha					
Anteil Bodenordnung an Gesamtleistungen der Dienststelle		14,90%	18,47%	3,57%	24%	14,90%					▲

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Gesamtziel hierbei ist es, für alle Maßnahmebereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen. Hierfür wird zurzeit eine Methode für eine Wertschöpfungsbilanz entwickelt, die ab dem Jahre 2009 auf alle vollständig abgeschlossenen Bodenordnungsverfahren angewendet werden soll. Eine Anwendung auf Teilabschnitte der Bodenordnung ist nicht möglich, weil in Teilabschnitten keine hinreichend belegbaren Wertschöpfungen volkswirtschaftlich berechnet werden können.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen

Werte zu den Verfahrensflächen zum Stichtag 31. Juli 2007 können aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 54 im Haushaltsjahr 2007
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Mosel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele Mengen / Wirtschaftlichkeit / Kosten	Istwert zum 31.12.2006 1)	Planwert zum 31.07.2007 1)	Istwert zum 31.07.2007 1)	Abweichung [absolut] 1)	Abweichung [%] 1)	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 1)	Istwert zum 31.12.2007 1)	Abweichung [absolut] 1)	Abweichung [%] 1)	Prognosewert zum 31.07.2008 1)	Zielerreichung zum Berichtstag 2) ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Schule: - neu -

Unterricht in der "Berufsbildenden Schule Landwirtschaft" gemäß Landesgesetz für die Schulen in Rheinland-Pfalz; eingerichtet sind Berufsschulklassen für Gartenbau und Weinbau; eine Klasse der Fachschule für Weinbau und Kellerwirtschaft soll im Jahresverlauf eingerichtet werden

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

In der agrarwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung soll fachbezogener Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler an den Agrarwirtschaftlichen Schulen kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau erteilt werden.
Durch intensivierten Förderunterricht soll der Anteil der Schule an den Gesamtleistungen der Dienststelle gesteigert werden.

Schule											
Berufsschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen		7	8	1	14%	9					►
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen		150	228	78	52%	240					▲
Fachschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen		0	0	0		1					
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen		0	0	0		22					
Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler (bei 15 Schüler je Klasse)		15,00 €	8,30 €	-6,70 €	-45%	15,00 €					▲
Anteil der Schule an den Gesamtleistungen der Dienststelle		3,00%	1,43%	-1,57%	-52%	3,00%					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Aufgrund des Einsatzes von Lehrkräften anderer Dienststellen des EPL 08 sind die Kosten durch eigene Bedienstete geringer als erwartet.
Weitere Klassen mit entsprechend mehr Schülern werden im Herbst 2007 eingerichtet, daher veränderte Prognose zum 31. Dezember 2007, mit der die Zielerreichung hinsichtlich des Anteils an den Gesamtleistungen der Dienststelle erfüllt werden kann.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung: - neu -

Beratung in Weinbau und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung in Weinbau und Ernährung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden. Eine Senkung der Beratungskosten wird angestrebt.

Beratung											
Anzahl Beratungen		5.542	6.483	941	17%	9.500					▲
durchschn. Kosten pro Beratung		45,00 €	46,72 €	1,72 €	4%	45,00 €					►
Anteil der Beratung an den Gesamtleistungen der Dienststelle		5,00%	5,29%	0,29%	6%	5,00%					►

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung: - neu -

Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Weinbau und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege wie Mail und Fax.
Eine Steigerung der Anzahl der Veranstaltungen in der fachlichen Weiterbildung wird angestrebt, wodurch mehr Teilnehmer angesprochen werden sollen.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen		150	276	126	84%	420					▲
TN-Zahl bei den Veranstaltungen		5.700	12.714	7.014	123%	19.500					▲
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen		38	46	8	21%	46					▲
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, Mails und Veröffentlichungen		32	160	128	400%	55					▲
Gesamtkosten		149.000 €	173.792 €	24.792 €	17%	254.000 €					▼
Anteil der Weiterbildung an den Gesamtleistungen der Dienststelle		2,10%	3,04%	0,94%	45%	2,10%					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Aufgrund der intensivierten Weiterbildungsaktivität steigerte sich zwangsläufig auch der Aufwand für die Weiterbildung. In Relation zu den Kennzahlen stellt sich dieser Aufwand sogar in einem günstigerem Verhältnis dar.
Die Prognose zum 31. Dezember 2007 wurde auf der Basis der IST-Zahlen vom 31. Juli 2007 angepasst.

Leistungen / Maßnahmen / Ziele Mengen / Wirtschaftlichkeit / Kosten	Istwert zum 31.12.2006 1)	Planwert zum 31.07.2007 1)	Istwert zum 31.07.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 1)	Istwert zum 31.12.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-wert zum 31.07.2008 1)	Zieler-reichung zum Berichtstag 2) ▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen: - neu -

Versuchswesen im Weinbau: am DLR Mosel wird ein Versuchsbetrieb im Weinbau unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten		421.000,00 €	288.576 €	- 132.424 €	-31%	721.333,00 €					▲
Anteil des Versuchswesens incl. Berichterstattung an den Gesamtleistungen der Dienststelle		6,00%	5,04%	-0,96%	-16%	6,00%					▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Da erst in der zweiten Jahreshälfte der kostenintensive Teil für die oenologischen Versuche entsteht, konnte der vorgegebene Planwert zum 31. Juli 2007 nicht erreicht werden. Insgesamt wird zum Jahresende der prognostisierte Planwert von 721.333 € erreicht.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung: - neu -

In 2007/2008 sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen. Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren		2.405.000 €	2.104.513 €	- 300.487 €	-12%	4.121.602 €					▶
Verfahrensfläche											
Anordnung neuer Verfahren		0 ha	0 ha	0 ha	0%	3.207 ha					
Anlagenplan		0 ha	0 ha	0 ha	0%	5.416 ha					
Vermessungskonzept		0 ha	0 ha	0 ha	0%	4.255 ha					
Besitzübergang		0 ha	0 ha	2 ha	0%	3.028 ha					
Grundbuchberichtigung		0 ha	0 ha	0 ha	0%	2.019 ha					
Katasterberichtigung		0 ha	0 ha	0 ha	0%	2.011 ha					
Verfahrensabschluss		0 ha	0 ha	0 ha	0%	7.000 ha					
Anteil der Bodenordnung an den Gesamtleistungen der Dienststelle		34,90%	36,75%	1,85%	5%	34,90%					▶

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Gesamtziel hierbei ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen. Hierfür wird zurzeit eine Methode für eine Wertschöpfungsbilanz entwickelt, die ab dem Jahre 2009 auf alle vollständig abgeschlossenen Bodenordnungsverfahren angewendet werden soll. Eine Anwendung auf Teilabschnitte der Bodenordnung ist nicht möglich, weil in Teilabschnitten keine hinreichend belegbaren Wertschöpfungen volkswirtschaftlich berechnet werden können.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen

Werte zu den Verfahrensflächen zum Stichtag 31. Juli 2007 können aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 55 im Haushaltsjahr 2007
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück

Leistungen / Maßnahmen / Ziele Mengen / Wirtschaftlichkeit / Kosten	Istwert zum 31.12.2006 1)	Planwert zum 31.07.2007 1)	Istwert zum 31.07.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 1)	Istwert zum 31.12.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-wert zum 31.07.2008 1)	Zieler-reichung zum Berichtstag 2) ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Schule: - neu -

Unterricht in der "Berufsbildenden Schule Landwirtschaft" gemäß Landesgesetz für die Schulen in Rheinland-Pfalz
Eingerichtet sind Berufs-, Berufsfachschul-, Berufsoberschul-, Fachschul- und Technikerklassen für Landwirte, Winzer, Gärtner, Pferdewirte und Forstwirte

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
In der agrarwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung soll fachbezogener Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler an den Agrarwirtschaftlichen Schulen kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau erteilt werden. Durch intensivierten Förderunterricht soll der Anteil der Schule an den Gesamtleistungen der Dienststelle gesteigert werden.

Schule											
Berufsschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen		28	31	3	11%	31					►
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen		600	682	82	14%	650					►
Fachschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen		7	9	2	29%	6					▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen		150	198	48	32%	140					▲
Anzahl Schüler sonstiger Klassen		65	43	-22	-34%	35					▼
Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler (bei 15 Schüler je Klasse)		14,00 €	11,89 €	-2,11 €	-15%	14,00 €					►
Anteil der Schule an den Gesamtleistungen der Dienststelle		11,00%	11,70%	0,70%	6%	11,00%					►

Sonstige Erläuterung:

Abweichungen zum Planwert 31. Juli 2007 sowie 31. Dezember 2007 sind begründet durch die tatsächlich gebildeten Klassenzahlen und die"echte" Schülerzahl

---

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung: - neu -

Beratung in Pflanzenbau, Weinbau und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden. Eine Steigerung der täglichen Zugriffe auf Fachinformationen im Internet wird angestrebt.

Beratung											
Anzahl Beratungen		10.000	17.713	7.713	77%	27.000					▲
durchschn. Kosten pro Beratung		45,00 €	43,76 €	-1,24 €	-3%	45,00 €					►
Anzahl täglicher Zugriffe auf die Fachinformationen der Internetseiten		15.400	24.074	8.674	56%	27.000					▲
Anteil der Beratung an den Gesamtleistungen der Dienststelle		7,50%	8,60%	1,10%	15%	8,50%					►

Sonstige Erläuterung:

Rd.11.900 telekommun. Beratungen u.rd. 3.000 Beratungen an der Dienststelle bestätigen die rückl.Tendenz bei Vor-Ort-Beratungen

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Aufgrund der bereits zum 31. Juli 2007 erreichten Beratungszahlen wurde die Prognose zum 31. Dezember 2007 angehoben.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung: - neu -

Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierproduktion, Pflanzenbau, Weinbau und Ernährung - sowie die landesweite Koordinierung im Pflanzenbau

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege wie Mail und Fax. Eine Steigerung der Teilnehmerzahlen in der Erwachsenenbildung wird angestrebt.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen		430	371	-59	-14%	730					►
TN-Zahl bei den Veranstaltungen		19.350	17.852	-1.498	-8%	33.000					►
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen		45	48	3	7%	45					▲
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen		500	550	50	10%	950					►
Gesamtkosten		525.000 €	381.744 €	-143.256 €	-27%	800.000 €					▲
Anteil der Weiterbildung an den Gesamtleistungen der Dienststelle		4,20%	4,00%	-0,20%	-5%	4,20%					►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Gesamtzahl der Veranstaltungen kann erst am Jahresende abschließend bewertet werden.Die TN-Zahl/Veranstaltung ist steigend.Der Kostenaufwand konnte im Vergleich zum Planwert geringer gestaltet werden.

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2006 [1]	Planwert zum 31.07.2007 [1]	Istwert zum 31.07.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 [1]	Istwert zum 31.12.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2008 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen: - neu -

Versuchswesen in Pflanzenbau und Weinbau: Am Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück wird ein Versuchsfeld im Bereich Landwirtschaft sowie Versuchsbetriebe im Weinbau unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten		1.158.000 €	780.963 €	-377.037 €	-33%	1.984.723 €					▲
Anteil des Versuchswesens incl. Berichterstattung an den Gesamtleistungen der Dienststelle		8,30%	6,94%	-1,36%	-16%	8,30%					▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Abweichung bei den Gesamtkosten zum Prognosewert ist vegetationsbedingt und bedeutet keine zwangsläufige Infragestellung der Gesamtkosten zum 31. Dezember 2007.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung: - neu -

In 2007/2008 sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen.

Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren		2.204.000 €	1.320.000 €	-884.000 €	-40%	3.778.428 €					▲
Verfahrensfläche											
Anordnung neuer Verfahren		0 ha	0 ha	0 ha		2.895 ha					
Anlagenplan		0 ha	0 ha	0 ha		3.143 ha					
Vermessungskonzept		0 ha	0 ha	0 ha		4.074 ha					
Besitzübergang		0 ha	0 ha	0 ha		1.401 ha					
Grundbuchberichtigung		0 ha	0 ha	0 ha		1.716 ha					
Katasterberichtigung		0 ha	0 ha	0 ha		1.716 ha					
Verfahrensabschluss		0 ha	0 ha	0 ha		4.800 ha					
Anteil der Bodenordnung an den Gesamtleistungen der Dienststelle		16,00%	17,81%	1,81%	11%	16,00%					►

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Gesamtziel hierbei ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen. Hierfür wird zurzeit eine Methode für eine Wertschöpfungsbilanz entwickelt, die ab dem Jahre 2009 auf alle vollständig abgeschlossenen Bodenordnungsverfahren angewendet werden soll. Eine Anwendung auf Teilabschnitte der Bodenordnung ist nicht möglich, weil in Teilabschnitten keine hinreichend belegbaren Wertschöpfungen volkswirtschaftlich berechnet werden können.

Erläuterungen

Werte zu den Verfahrensflächen zum Stichtag 31. Juli 2007 können aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden. Die Abweichung bei den Kosten zum Prognosewert ist strukturell bedingt und bedeutet keine zwangsläufige Infragestellung der Prognose zum 31. Dezember 2007.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 56 im Haushaltsjahr 2007
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westpfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele Mengen / Wirtschaftlichkeit / Kosten	Istwert zum 31.12.2006 1)	Planwert zum 31.07.2007 1)	Istwert zum 31.07.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 1)	Istwert zum 31.12.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-wert zum 31.07.2008 1)	Zieler-reichung zum Berichtstag 2) ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung: - neu -

Beratung in Tierproduktion und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung in Tierproduktion, Grünlandbewirtschaftung und Ernährung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden.
Im Jahr 2005 hatte die rheinland-pfälzische Landwirtschaft mit fast 50 % eine sehr hohe Beanstandungsquote bei den nach EU-Recht erforderlichen Tierkennzeichnungskontrollen im Bereich Rinderhaltung. Ziel der Beratung in der Tierhaltung durch das Dienstleistungszentrum Westpfalz ist unter anderem eine deutliche Senkung der Beanstandungsquote insbesondere bei den schweren Verstößen.
Eine Senkung der Beratungskosten wird angestrebt.

Beratung											
Anzahl Beratungen		4.000	3.565	-435	-11%	6.800					►
durchschn. Kosten pro Beratung		50,00 €	48,90 €	-1,10 €	-2%	50,00 €					►
Beanstandungsquote bei der EU-Tierkennzeichnung		45%	27%	-18%	-40%	< 45%					▲
Anteil der Beratung an den Gesamtleistungen der Dienststelle		5,70%	5,65%	-0,05%	-1%	5,70%					►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Anzahl der Beratungen zum 31. Juli 2007 lässt die Erfüllung des Planwertes zum 31. Dezember 2007 erwarten.
In 2006 mussten die CC Kontrollen im Bereich der Rinderkennzeichnung aufgrund hoher Beanstandungen in 2005 von 5 auf 7,5 % zu kontrollierender Betriebe erhöht werden. Um eine weitere Kontrollquotenerhöhung zu vermeiden, wurde die Beratung im Bereich der Rinderkennzeichnung intensiviert. Durch diese Maßnahme konnten die Beanstandungen im Bereich der CC-Kontrollen 2006 und 2007 reduziert werden.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung: - neu -

Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierproduktion und Ernährung

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege wie Mail und Fax.
Eine Steigerung der Anzahl an Veranstaltungen in der fachlichen Weiterbildung wird angestrebt.

Weiterbildung											
Gesamtzahl Veranstaltungen		150	172	22	15%	250					▲
TN-Zahl bei den Veranstaltungen		8.400	5.160	-3.240	-39%	14.000					▼
Durchschn. TN-Zahl bei den Veranstaltungen		56	30	-26	-46%	56					▼
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen		35	90	55	157%	60					▲
Gesamtkosten		99.000 €	100.377 €	1.377 €	1%	169.478 €					►
Anteil der Weiterbildung an den Gesamtleistungen der Dienststelle		2,60%	3,25%	0,65%	25%	2,60%					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Die Gesamtzahl der Veranstaltungen konnte bis zum 31. Juli gesteigert werden. Das Defizit bei den Teilnehmerzahlen wird sich durch die noch anstehenden Veranstaltungen im Herbst/Winter verringern.

Leistungen / Maßnahmen / Ziele Mengen / Wirtschaftlichkeit / Kosten	Istwert zum 31.12.2006 1)	Planwert zum 31.07.2007 1)	Istwert zum 31.07.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 1)	Istwert zum 31.12.2007 1)	Abwei-chung [absolut] 1)	Abwei-chung [%] 1)	Prognose-wert zum 31.07.2008 1)	Zieler-reichung zum Berichtstag 2) ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen: - neu -

Versuchswesen in Pflanzenbau und Grünland: am Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westpfalz wird ein Versuchsbetrieb im Bereich Landwirtschaft unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten		110.000 €	101.949 €	-8.051 €	-7%	188.055 €					►
Anteil des Versuchswesens incl. Berichterstattung an den Gesamtleistungen der Dienststelle		2,90%	3,30%	0,40%	14%	2,90%					►

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung: - neu -

In 2007/2008 sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen.
Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren		1.222.000 €	1.162.914 €	-59.086 €	-5%	2.094.234 €					►
Verfahrensfläche											
Anordnung neuer Verfahren		0 ha	0 ha	0 ha		420 ha					
Anlagenplan		0 ha	0 ha	0 ha		3.704 ha					
Vermessungskonzept		0 ha	0 ha	0 ha		1.350 ha					
Besitzübergang		0 ha	0 ha	0 ha		3.467 ha					
Grundbuchberichtigung		0 ha	0 ha	0 ha		4.501 ha					
Katasterberichtigung		0 ha	0 ha	0 ha		4.501 ha					
Verfahrensabschluss		0 ha	0 ha	0 ha		6.123 ha					
Anteil der Bodenordnung an den Gesamtleistungen der Dienststelle		33,00%	37,69%	4,69%	14%	33,00%					▲

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Gesamtziel hierbei ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen. Hierfür wird zurzeit eine Methode für eine Wertschöpfungsbilanz entwickelt, die ab dem Jahre 2009 auf alle vollständig abgeschlossenen Bodenordnungsverfahren angewendet werden soll. Eine Anwendung auf Teilabschnitte der Bodenordnung ist nicht möglich, weil in Teilabschnitten keine hinreichend belegbaren Wertschöpfungen volkswirtschaftlich berechnet werden können.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen

Werte zu den Verfahrensflächen zum Stichtag 31. Juli 2007 können aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich der Schulkapitel im Haushaltsjahr 2007
Aufgabenbereich: Projekt PES - Vertretung von Unterricht

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2006 1)	Planwert zum 31.07.2007 1)	Istwert zum 31.07.2007 1)	Abweichung [absolut] 1)	Abweichung [%] 1)	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 1)	Istwert zum 31.12.2007 1)	Abweichung [absolut] 1)	Abweichung [%] 1)	Prognosewert zum 31.07.2008 1)	Zielerreichung zum Berichtstag 2) ▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: - neu -

Der temporäre Unterrichtsausfall wegen Abwesenheit von Lehrkräften aus den unterschiedlichsten Gründen soll so weit wie möglich reduziert werden. Zugleich soll die Selbstverantwortung der Schulen im Rahmen der Qualitätsentwicklung im Bereich der Organisation und Durchführung von Vertretungsunterricht gestärkt werden. Ein Erhebungsinstrumentarium zur Erfassung des temporären Vertretungsbedarfs sowie der ergriffenen Regulierungsmaßnahmen ist zu entwickeln und zu verfeinern. Die technischen und organisatorischen Grundlagen für statistische Aussagen zum temporären Unterrichtsausfall sind zu entwickeln. Der verbleibende temporäre Unterrichtsausfall soll um 1/3 bis um 1/2 reduziert werden. Durch die intensive konzeptionelle Beschäftigung mit dem Phänomen Vertretung von Unterricht soll diesbezüglich eine Qualitätssteigerung bei den teilnehmenden Schulen bewirkt werden.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Die Ausweitung des Projektes auf alle weiterführenden Schulen bis Ende der Legislaturperiode wird angestrebt. Zum 31. Juli 2007 befinden sich 567 Schulen aller Schularten im Projekt. Dazu gehören auch 90 Ganztags-Grundschulen bzw. Schwerpunktschulen für Integration. Die Teilnahme erfolgt nach wie vor auf freiwilliger Basis. Bis zum 31. Dezember 2007 wird ein Ausbau auf 650 Schulen angestrebt. Zum Stichtag 31. Juli 2006 hatten die Projektschulen einen tatsächlichen verbleibenden temporären Unterrichtsausfall von 2,41% zu verzeichnen. Zum Stichtag 31. Janauar 2007 (31. Dezember 2006) waren es 2,21%. Die Auswertung zum Stichtag 31. Juli 2007 ist in Bearbeitung. Die Projektschulen werden in unterschiedlich zugeschnittenen Fortbildungsveranstaltungen für alte und neue Schulen regelmäßig zu Fragen der Portaltechnik, des Arbeits- und Vertragsrechtes und der Statistik geschult. Des weiteren finden Schulungen zur pädagogischen Konzeption eines effektiven Vertretungsunterrichtes statt. Die Schulungsaktivitäten werden ständig weiter ausgebaut. Auch die Portaltechnik wird ständig weiterentwickelt. Dabei wird besonderer Wert gelegt auf die Verknüpfung mit anderen schulaufsichtlich erhobenen Datenbeständen.

Mengen											
Anzahl der Schulen	497	650	567	-83	-12,77%	800					▼
Erläuterung/Begründung:	Die Teilnahme an dem Projekt ist nach wie vor freiwillig. Deshalb kann auf die Zahl der teinehmenden Schulen nur begrenzt Einfluss genommen werden.										
Anzahl der Schulungsmaßnahmen	40	35	35	0	0,00%	50					▶
Anzahl geschulter Personen	1000	1.200	1.680	480	40,00%	1.800					▲
Erläuterung/Begründung:	Das Interesse der Personen pro Schule und der Personalvertretungen war außergewöhnlich hoch.										
Temporärer Unterrichtsaufall	2,21%	2,41%	liegt noch nicht vor	n.E.	n.E.	2,21% bis 2,8%					▲
Erläuterung/Begründung:	Zum Stichtag 31. Juli 2006 (Erhebungszeitraum: Schuljahr 2005/2006) hatten die Projektschulen einen tatsächlichen verbleibenden temporären Unterrichtsausfall von 2,41% zu verzeichnen.Zum Stichtag 31. Januar 2007 (31. Dezember 2006) (Erhebungszeitraum: 1. Schulhalbjahr 2006/2007) waren es 2,21%. Die Auswertung zum Stichtag 31. Juli 2007 ist in Bearbeitung. In jedem Fall zeigt PES eine deutlich positive Wirkung bei der Begegnung des temporären Unterrichtsausfalles.										
Wirtschaftlichkeit / Kosten	8.051.814	5.210.000	4.542.533	-667.467	-12,81%	12.500.000					
	Die Schulen setzen sich im Rahmen der Qualitätprogrammarbeit mit der Organisation und Durchführung des Vertretungsunterrichts auseinander. Die PES-Schulen sind verpflichtet, ein detailliertes Vertretungskonzept zu erarbeiten und über das Vertretungsverhalten an der Schule zu berichten. Das Vertretungskonzept wird jährlich evaluiert und fortgeschrieben. Die Projektschulen sind verpflichtet, eine Statistik zum temporären Vertretungsbedarf und den ergriffenen Maßnahmen zur Regulierung zu erstellen. Einerseits führt diese Verpflichtung zur Planung und Evaluation zu einer positiven Auswirkung auf das gesamte Vertretungsverhalten und damit auf den temporären Unterrichtsausfall an den Projektschulen, andererseits wird der temporäre Unterrichtsausfall durch die Gewinnung von Vertretungskräften und den selbstständigen Abschluss von Vertretungsverträgen an den Schulen gesenkt.										

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

siehe oben

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ▶
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich der Schulkapitel im Haushaltsjahr 2007
Aufgabenbereich: Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (AQS)

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2006 [1]	Planwert zum 31.07.2007 [1]	Istwert zum 31.07.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 [1]	Istwert zum 31.12.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2008 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲▶▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: - neu -

Aufgabe der AQS ist es, basierend auf dem Orientierungsrahmen Schulqualität (ORS) regelmäßig externe Evaluationen an allen Schulen des Landes durchzuführen und die dazu notwendigen Zielvorgaben, Instrumente und Verfahren zu entwickeln. Sie erstellt auf der Grundlage schulstatistischer Daten, der Qualitätsprogramme und ihrer schulinternen Evaluierung, der externen Leistungsstudien, Vergleichs-/Parallelarbeiten sowie auf der Grundlage regelmäßiger Schul- und Unterrichtsbesuche einen Bericht zur Qualitätsarbeit an der jeweiligen Schule. Der Bericht ist Grundlage für Zielvereinbarungen zwischen der einzelnen Schule und der zuständigen Schulaufsicht.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Maßnahmen ausserhalb des Zeitraums des aktuellen Leistungsauftrags:

Erstes Halbjahr 2006

Entwicklung des Orientierungsrahmens Schulqualität in Zusammenarbeit mit dem Ministerium, der Erhebungsintrumente und des Besuchsprogramms;
Erstkontakt mit 56 Pilotschulen
Beginn der Qualifizierung von 60 Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der AQS und des Schulpsychologischen Dienstes

Zweites Halbjahr 2006

Besuche bei 15 Pilotschulen
Weiterführung der Qualifizierung (60 Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AQS und des Schulpsychologischen Dienstes)
Erstellung des vorläufigen Orientierungsrahmens Schulqualität
Entwicklung und Erprobung von Instrumenten zur quantitativen und qualitativen Erhebung schulischer Qualitätsmerkmale
Beginn der Fortbildung weiterer 40 Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamter
Infoveranstaltungen für Schulleitungen, Lehrkräfte, weiteres Personal

Zeitraum des aktuellen Leistungsauftrags:

Erstes Halbjahr 2007

Besuche bei 35 Pilotschulen
Erstbesuche bei 10 Schulen (Standardverfahren)
Handbuch externe Evaluation
Beginn der Qualifizierung von weiteren 120 Expertinnen und Experten für die externe Evaluation
Weiterführung der Qualifizierungsmaßnahmen (AQS, Schulaufsicht, neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter)
Informationsveranstaltungen für Schulleitungen, Lehrkräfte, weiteres Personal

Zweites Halbjahr 2007

Besuche bei ca. 150 Schulen
Fortsetzung der Qualifzierungsmaßnahmen
Weitere Informationsveranstaltungen für Schulleitungen, Lehrkräfte und weiteres Personal

Mengen												
Anzahl der Schulbesuche	8	42	40	-2	-5%	152						▶
Erläuterung/Begründung:	1. Geplant waren 35 Pilotschulen; da jedoch in 2/2006 nur 8 statt der geplanten 15 Pilotschulen besucht werden konnten, wurden die restlichen 7 Schulen auf 1/2007 zusätzlich vorgesehen. 2. Zwei BBS werden erst nach den Sommerferien besucht, da notwendige spezifische Instrumente für die BBS enwickelt werden mussten.											
Anzahl der Erstbesuche Standardverfahren	0	10	9	-1	-10%	151						▶
Erläuterung/Begründung:	Eine Schule, deren Erstbesuch bereits vor den Sommerferien terminiert war, hat gebeten, diesen in die ersten Wochen im neuen Schuljahr zu verschieben.											
Anzahl der Berichte	0	35	36	1	3%	70						▲
Anzahl geschulter Personen	60	120	117	-3	-3%	40						▶
Erläuterung/Begründung:	Aufgrund von Krankheit und anderer Verhinderungen konnten nicht alle Personen an den vorgegebenen Terminen teilnehmen.											
Anzahl der Zielvereinbarungen	Bisher wurden noch keine Zielvereinbarungen mit Schulen geschlossen, da dieser Prozess erst nach Abschluss der Pilotphase erfolgen soll und das notwendige methodische Instrumentarium derzeit noch in der Entwicklung ist. Das Abschließen von Zielvereinbarungen wird insoweit Aufgabe der ADD Schulabteilgung sein. Folglich wurde in 2007 auch noch keine Zielvereinbarung zwischen dem Ministerium und der AQS bzw. der Schulaufsicht abgeschlossen.											
Anzahl der Info-Veranstaltungen	34	25	49	24	96%	25						▲
Teilnehmerzahl der Info-VA	356	500	720	220	44%	500						▲
Wirtschaftlichkeit / Kosten	AQS im Haushalt 2007 erstmals veranschlagt	1.150.000 €	1.199.958 €	49.958	4%	2.980.000 €						▲
Erläuterung/Begründung:	Im Haushaltsjahr 2007 sind für die AQS im Kapitel 09 82 Titelgruppen 72 und 99 insgesamt 2.764.400 € veranschlagt. Wegen der zwischenzeitlich realisierten bzw. einer notwendigen Verstärkung des AQS-Teams mit entsprechendem Ausstattungsbedarf wird derzeit ein voraussichtliches Gesamtausgabevolumen von rd. 2,98 Mio. € erwartet. Ein Mehrbedarf wird im Rahmen der haushaltsrechtlich gegebenen Verstärkungsmöglichkeiten gedeckt.											
Qualitäten / Bürgerorientierung	Die AQS ist ein Instrument der Landesregierung zur Qualitätsentwicklung und -sicherung im Schulbereich; sie bedient sich eines kooperativen Ansatzes, der insbesondere in der Pilotphase systematisch alle wesentlichen Akteure des rheinland-pfälzischen Schulwesens im Prozess der Verbesserung schulischer Qualitätsarbeit einbezieht. Qualitätsarbeit und Kundenorientierung sind Querschnittsaufgaben der AQS.											

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
siehe oben

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ▶
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 09 40 im Haushaltsjahr 2007
Aufgabenbereich: Förderung der anerkannten Volkshochschulen und Landesorganisationen der Weiterbildung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2006 [1]	Planwert zum 31.07.2007 [1]	Istwert zum 31.07.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 [1]	Istwert zum 31.12.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2008 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:											
Der Bereich Weiterbildung im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur wird vor allem durch die Bereiche Förderung der allgemeinen Weiterbildung im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes (WBG), dem Ausbau von Schwerpunktbereichen und der Möglichkeit der Teilnahme von Arbeitnehmer/innen an Weiterbildungsmaßnahmen während der Arbeitszeit aufgrund des Bildungsfreistellungsgesetzes (BFG) vorangetrieben.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:											
Oberziele Leistungsvorgaben (vgl. Überschriften unten)											
Professionalisierung in der Weiterbildung ⇨ Hauptamtliche Leitung von Volkshochschulen (VHS)											
Prozentualer Anteil der Landkreise und kreisfreien Städte mit anerkannter VHS nach § 8 Abs. 1 WBG	88,88%	88,88%	88,88%	0	0,00%	88,88%					
Verhältnis von VHS mit haupt-/ehrenamtlicher Leitung	40:35	40:35	40:35	0	0,00%	40:35					
Ausreichendes, bedarfsgerechtes Weiterbildungsangebot ⇨ Sicherung und Entwicklung des Weiterbildungsangebotes											
Anzahl der Weiterbildungsstunden [1]	721.607	420.937	721.607	0	0,00%	721.607					
Anzahl der Weiterbildungsmaßnahmen [1]	46.173	26.934	46.173	0	0,00%	46.173					
Förderhöhe einer längerfristigen Maßnahme mit 24 Unterrichtstunden und 14 Teilnehmenden [2]	116,80 €	116,80 €	116,80	0	0,00%	116,80 €					
Erreichen der Bevölkerung mit dem Weiterbildungsangebot ⇨ Sicherung und Entwicklung der Teilnehmendenzahlen											
Anzahl der Teilnehmenden [1]	770.935	449.712	770.935	0	0,00%	770.935					
Anzahl Teilnehmende pro Maßnahme [1]	16,70	16,70	16,70	0	0,00%	16,69666255					
Breites Weiterbildungsangebot ⇨ Verteilung des Angebotes auf 11 verschiedene Sachgebiete											
Verhältnis WB-Stunden zw. den Sachgebieten [1]:											
• Zeitgeschichte, Geschichte, Länderkunde	2,70%	2,70%		0	0,00%	2,70%					
• Politik, Gesellschaft, Gleichstellung	3,60%	3,60%		0	0,00%	3,60%					
• Philosophie, Theologie, Religion, Weltanschauung	2,50%	2,50%		0	0,00%	2,50%					
• Geisteswissenschaften, Eltern- und Familienbildung, Erziehungswissenschaften	4,80%	4,80%		0	0,00%	4,80%					
• Sprachen	26,90%	26,90%		0	0,00%	26,90%					
• Wirtschaft, kaufmännische Praxis	7,20%	7,20%		0	0,00%	7,20%					
• Umwelt, Technik, Naturwissenschaften	4,20%	4,20%		0	0,00%	4,20%					
• Kunst, kreatives Gestalten, Freizeitbildung	12,30%	12,30%		0	0,00%	12,30%					
• Gesundheit, Hauswirtschaft, Ernährung	22,40%	22,40%		0	0,00%	22,40%					
• Nachholen von Schulabschlüssen	4,60%	4,60%		0	0,00%	4,60%					
• Sachgebietsübergreifende Maßnahmen	8,70%	8,70%		0	0,00%	8,70%					
Flächendeckendes Weiterbildungsangebot ⇨ Durchführung von Veranstaltungen in den Landkreisen und kreisfreien Städten											
Durchgeführte Maßnahmen pro 1.000 Einwohner landesweit [1]	11,39	6,64		0	0,00%	11,46					
getrennt nach Landkreis bzw. kreisfreier Stadt:											
Koblenz	16,72	16,72	16,72	0	0,00%	16,72					
Ahrweiler	8,18	8,18	8,18	0	0,00%	8,18					
Altenkirchen (Ww.)	9,37	9,37	9,37	0	0,00%	9,37					
Bad Kreuznach	14,90	14,90	14,90	0	0,00%	14,90					
Birkenfeld	10,78	10,78	10,78	0	0,00%	10,78					
Cochem-Zell	7,48	7,48	7,48	0	0,00%	7,48					
Mayen-Koblenz	8,28	8,28	8,28	0	0,00%	8,28					
Neuwied	7,23	7,23	7,23	0	0,00%	7,23					
Rhein-Hunsrück-Kr.	17,00	17,00	17,00	0	0,00%	17,00					
Rhein-Lahn-Kreis	11,11	11,11	11,11	0	0,00%	11,11					
Westerwaldkreis	7,94	7,94	7,94	0	0,00%	7,94					
Trier	17,49	17,49	17,49	0	0,00%	17,49					
Bernkastel-Wittlich	7,61	7,61	7,61	0	0,00%	7,61					
Eifelkreis Bitburg-Prüm	14,11	14,11	14,11	0	0,00%	14,11					
Vulkaneifel	9,73	9,73	9,73	0	0,00%	9,73					

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2006 [1]	Planwert zum 31.07.2007 [1]	Istwert zum 31.07.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 [1]	Istwert zum 31.12.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2008 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Trier-Saarburg	12,17	12,17	12,17	0	0,00%	12,17					
Frankenthal (Pfalz)	10,49	10,49	10,49	0	0,00%	10,49					
Kaiserslautern (Stadt)	14,15	14,15	14,15	0	0,00%	14,15					
Landau i.d.Pfalz	19,26	19,26	19,26	0	0,00%	19,26					
Ludwigshafen a.Rh.	10,36	10,36	10,36	0	0,00%	10,36					
Mainz	14,84	14,84	14,84	0	0,00%	14,84					
Neustadt a.d.Weinstr.	16,49	16,49	16,49	0	0,00%	16,49					
Pirmasens	8,21	8,21	8,21	0	0,00%	8,21					
Speyer	14,83	14,83	14,83	0	0,00%	14,83					
Worms	8,08	8,08	8,08	0	0,00%	8,08					
Zweibrücken	10,90	10,90	10,90	0	0,00%	10,90					
Alzey-Worms	10,39	10,39	10,39	0	0,00%	10,39					
Bad Dürkheim	11,19	11,19	11,19	0	0,00%	11,19					
Donnersbergkreis	15,59	15,59	15,59	0	0,00%	15,59					
Germersheim	8,16	8,16	8,16	0	0,00%	8,16					
Kaiserslautern (Landkreis)	8,82	8,82	8,82	0	0,00%	8,82					
Kusel	15,82	15,82	15,82	0	0,00%	15,82					
Südliche Weinstraße	10,32	10,32	10,32	0	0,00%	10,32					
Rhein-Pfalz-Kreis	11,17	11,17	11,17	0	0,00%	11,17					
Mainz-Bingen	13,32	13,32	13,32	0	0,00%	13,32					
Südwestpfalz	8,73	8,73	8,73	0	0,00%	8,73					
Abweichung höchster Wert zum Landesdurchschnitt [1]	69,10%	69,10%	69,10%	0	0,00%	69,10%					
Abweichung niedrigster Wert zum Landesdurchschnitt [1]	-39,70%	-39,70%	-39,70%	0	0,00%	-39,70%					
Möglichkeit der Teilnahme von Arbeitnehmern an Weiterbildungsmaßnahmen während der Arbeitszeit											
⇨ Angebot geeigneter Veranstaltungen der beruflichen und gesellschaftlichen Weiterbildung											
anerkannte Veranstaltungen nach dem BFG (gesamt)	**4.343**	**4.000**	**3.449**	**-551**	**-13,78%**	**4.000**					
davon:											
(Verhältnis) Veranstaltungen der beruflichen und	3446-79,3%	3.144-78,6%	2.658-77,1%	-486	-15,45%	3.132-78,3%					
gesellschaftspolitischen WB sowie	850-19,6%	820-20,5%	741-21,5%	-79	-9,63%	812-20,3%					
deren Verbindung	47-1,1%	36-0,9%	50-1,4%	14	38,88%	56-1,4%					
davon:											
Anteilige Verteilung der Anerkennung nach Trägerorganisationen [4]											
• nach dem WBG anerkannte Volkshochschulen, Landesorganisationen und deren Einrichtungen	392-9,0%	360-9,0%	372-10,8%	12	3,33%	432-10,8%					
• nach dem Berufsbildungsgesetz zuständige Stellen	173-4,0%	160-4,0%	176-5,1%	16	10,00%	204-5,1%					
• Bildungseinrichtungen des Landes	255-5,9%	236-5,9%	284-8,2%	48	20,33%	328-8,2%					
• Sonstige	3.523-81,1%	3.244-81,1%	2.614-75,9%	-630	-19,42%	3.036-75,9%					
⇨ Pauschalierte Erstattung nach § 8 BFG											
ausgezahlte Erstattung an Klein- und Mittelbetriebe nach § 8 BFG	76.558,50 €	60.000,00	73.509 €	13.509	22,51%	123.442 €					
⇨ Teilnahmequote an Bildungsfreistellung											
Inanspruchnahme von Bildungsfreistellung durch Anspruchsberechtigte [3]	4.842	2.825	2.825	0	0,00%	5.500					
Erwerb von Schulabschlüssen auf dem zweiten Bildungsweg ⇨ Durchführung von Schulabschlusskursen für Nichtschüler (Haupt- / Realschule, Fachhochschulreife, Abitur)											
Anzahl begonnener Schulabschlusskurse [1]	45	45	45	0	0,00%	45					

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

[1] Auf Grund der gesetzlichen Vorgabe gem. § 29 WBG werden die nachstehenden Daten jährlich erhoben und liegen gegen Ende des Folgejahres vor.

[2] Dies entspricht der Förderhöhe für einen idealtypischen Kurs einer Landesorganisation / einer Volkshochschule gemäß Mittelverteilungsplan 2007 für 2005

[3] Aus Gründen der Datenerhebung sind diese Zahlen lediglich für den letzten Berichtszeitraum des Berichtes an den Landtag gem. § 9 Bildungsfreistellungsgesetz verfügbar (aktuell 2005/2006).

[4] Die Zahlen beziehen sich auf den Beginn der Veranstaltung im jeweiligen Zeitraum.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2007/2008
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 10 im Haushaltsjahr 2007
Aufgabenbereich: Landesforsten Rheinland-Pfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2006 [1]	Planwert zum 31.07.2007 [1]	Istwert zum 31.07.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 [1]	Istwert zum 31.12.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2008 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Bereitstellung des umweltfreundlichen Rohstoffs Holz und sonstiger Waldprodukte im Staatswald, Bewirtschaftung des Staatswaldes in Form der naturnahen Waldwirtschaft **Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:** Einschlag und Verkauf des Rohstoffes Holz unter Beachtung der Nachhaltigkeit											
Ernte und Verkauf von Rohholz											
Mengen [Festmeter]	1.724.000	820.000	1.005.000	185.000	22,6%	1.400.000					▲
Kosten [€]	38.800.000	24.600.000	31.155.000	6.555.000	26,6%	42.000.000					▲
Ertrag [€]	61.670.000	33.800.000	41.370.000	7.570.000	22,4%	62.500.000					▲
Herstellen naturnaher Wälder											
Bepflanzte Fläche [Hektar]	1.050	800	400	-400	-50,0%	800					▼
Kosten [€]	1.500.000	960.000	766.000	-194.000	-20,2%	1.200.000					▼
Gewinnung von Weihnachtsbäumen, Schmuckreisig, sonstige Nebennutzungen											
Kosten [€]	360.000	190.000	206.000	16.000	8,4%	380.000					▲
Ertrag [€]	2.350.000	1.100.000	1.360.000	260.000	23,6%	2.300.000					▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Aufgrund der Sturmholzaufarbeitung infolge des Orkans "Kyrill" musste das Arbeitsprogramm in der Bestandesbegründung (Pflanzung) verschoben werden. Die Zielwerte für die Pflanzung im Jahr 2007 werden aufgrund der kalamitätsbedingten Priorität von Holzerntemaßnahmen voraussichtlich nicht erreicht.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Schützen der natürlichen Lebensgrundlagen und Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts **Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:** Kartieren der Waldfunktionen, Flächenmanagement											
Kartieren der Waldfunktionen											
Mengen [Hektar]	95.000	62.500	50.000	-12.500	-20,0%	125.000					▼
Kosten [€]	4.400.000	1.905.000	1.525.000	-380.000	-19,9%	3.810.000					▼
Bodenschutzkalkung											
Mengen [Hektar]	7.800	0	61	61		5.000					►
Wirtschaftlichkeit / Kosten [€]	1.400.000	0	11.000	11.000		900.000					►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Aufgrund des Orkans "Kyrill" und damit verbundener Abordnungen von Personal wurde der geplante Zielwert im Bereich "Kartieren v. Waldfunktionen" nicht erreicht. Die Bodenschutzkalkungen sind im Arbeitsprogramm für das 2 . Halbjahr vorgesehen.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Entwicklung und Stärkung des Wissens über das Ökosystem Wald und seiner nachhaltigen Nutzung **Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:** Waldjugendspiele, Ganztagsschule, Waldjugendherbergen, Waldjugendheime, Waldführungen, Freiwilliges ökologisches Jahr											
Waldjugendspiele											
Mengen [Anzahl der Klassen]	1030	950	1062	112	11,8%	1062					▲
Kosten [€]	701.000	655.000	733.000	78.000	11,9%	733.000					►
Ganztagsschulen											
Mengen [Anzahl der Schulen]	27	50	27	-23	-46,0%	35					▼
Wirtschaftlichkeit / Kosten [€]	54.000	100.000	54.000	-46.000	-46,0%	70.000					▼
Waldjugendheime											
Mengen [Anzahl der Übernachtungen]	6.500	2.850	3.400	550	19,3%	7.800					▲
Kosten [€]	228.000	100.000	119.000	19.000	19,0%	273.000					►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Zielwerte im Bereich Kooperationen sind zum 31.07.07 noch nicht erreicht. Zu beachten ist jedoch, dass pro Schule oftmals mehrere Klassen betreut werden. Die Bemühungen zur Aquisition weiterer Schulen werden fortgesetzt.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Aus- und Fortbildung **Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:** Bereitstellung von Ausbildungsplätzen und Ausbildern, Fortbildungsmaßnahmen für Menschen, die im Wald arbeiten											
Ausbildung											
Anzahl der Auszubildenden	165	177	165	-12	-6,8%	175					►
Kosten [€]	4.702.500	2.565.000	2.392.000	-173000	-6,7%	5.075.000					►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Zielwert im Bereich Auszubildende wird zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres im 2. Halbjahr voraussichtlich erreicht.

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2006 [1]	Planwert zum 31.07.2007 [1]	Istwert zum 31.07.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2007 [1]	Istwert zum 31.12.2007 [1]	Abweichung [absolut] [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 31.07.2008 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Bewirtschaftung kommunaler Wälder											
Staatl. beförsterte Kommunalwaldfläche [Hektar]	340.000	324.000	320.000	-4.000	-1,2%	320.000					►
Kosten [€]	42.500.000	22.500.000	22.500.000	0	0,0%	45.000.000					►
Erstattung durch die Körperschaften [€]	11.650.000	700.000	800.000	100.000	14,3%	14.360.000					▲
Bewirtschaftung privater Wälder und Beratung privater Waldbesitzer											
Bewirtschaftete und beratene Fläche [Hektar]	152.000	165.000	166.000	1000	0,6%	166.000					►
Kosten [€]	4.000.000	2.000.000	2.000.000	0	0,0%	4.000.000					►
Erstattung durch die Privaten [€]	1.080.000	500.000	1.065.000	565.000	113,0%	1.200.000					▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Unterstützung anderer Waldbesitzer

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Beratung, Bewirtschaftung von kommunalen und privaten Wäldern

Durch die verstärkte Holzmobilisierung im Privatwald konnte Landesforsten zum Stichtag auch weiterhin den Anteil gebührenpflichtiger Dienstleistungen erhöhen.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Zielsetzung, wesentliche betriebswirtschaftliche Parameter, Vorgehensweise, eingesetzte bzw. vorgesehene Software	**a. neue/noch nicht prod. Projekte:** geplanter Projektablauf (Meilensteinübersicht), Ursachen von Abweichungen **b. prod. Projekte:** erfolgte/geplante wesentliche Änderungen/Erweiterungen	**Wesentliche Erkenntnisse und Erfahrungen bei der Projektdurchführung**
Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer, Start: 1999		
Fortentwicklung und Verfeinerung der Kostenrechnung u.a. an den Anforderungen für Institute der Leibniz-Gemeinschaft. Es werden zudem Kennzahlen für die Bewertung der wissenschaftlichen Leistungen am FÖV ermittelt. Die Ergebnisse fließen in die jährliche Aufstellung eines Programmbudgets ein.	Einführung von Web-IRM@ als kamerales Buchungssystem ab Januar 2007 sowie anschließende Prüfung der deswegen erforderlichen Anpassungen.	Die KLR ermöglicht die sachgerechte Aufbereitung von Finanzdaten zur Aufstellung des für Leibniz-Institute vorgeschriebenen Programmbudgets. Die Transparenz steigt und es können differenziertere Informationen für die Institutsleitung zur Verfügung gestellt werden.
Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation, Start: Mai 1999		
Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vermessungs- und Katasterämter wurde zum Januar 2002 die Echtdatenerfassung aufgenommen. Die Konsolidierung des Zahlenmaterials ist abgeschlossen. Auf der Basis von Kennzahlen aus den Controllingberichten werden erste Benchmarks für die Vermessungs- und Katasterämter erprobt und Planzahlen errechnet. Für das LVermGeo sind die konzeptionellen Vorarbeiten zur Einführung einer KLR abgeschlossen. Die Implementierung der Stammdaten in das KLR-Landessystem der MACH AG ist weitgehend abgeschlossen. Konzeptionell verbleibt es bei einer Vollkostenrechnung. Die flächendeckende Einführung des neuen Systems ist zum 01. Januar 2009 geplant.	Das Projekt KLR bei den Vermessungs- und Katasterämtern ist in die Linie als Daueraufgabe überführt. Der Aufbau der Kosten- und Leistungsrechnung beim LVermGeo wurde mit der Beteiligung der Personalvertretung begonnen. Der Produktkatalog liegt vor. Die Pilotierung der Zeitaufzeichnung wurde im 2. Quartal 2007 für 5 Organisationseinheiten im LVermGeo begonnen. Die Einbeziehung aller Einheiten ist für das 2. Halbjahr 2007 vorgesehen. In 2007 wird ein Konzept für die Anlagenbuchhaltung und Inventarisierung erarbeitet. Die Migration des bestehenden KLR-Verfahrens bei den Vermessungs- und Katasterämtern ist für 2008 geplant. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt die bestehende Softwarelösung KOLEIKAT bei den VermKÄ in Betrieb.	**Erkenntnisse:** Aufgrund einheitlicher Datengrundlagen ist eine Vergleichbarkeit der Daten im Sinne eines Benchmarking in ersten Ansätzen möglich. Die Eckwertefestlegungen der Standard-KLR lassen eine weitere Verbesserung der Aussagekraft der KLR-Zahlen (erweitertes Benchmark) erwarten. **Erfahrungen:** Die Konsolidierung ist beim Hauptkostenfaktor Personalkosten sehr zeitintensiv. Der Detaillierungsgrad zur Erfassung der Sachkosten kann dagegen gering ausfallen. Die bisher gemachten Erfahrungen werden innerhalb des Referenzmandanten einer Standard-KLR in Rheinland-Pfalz weitergegeben. Die erforderlichen Abstimmungen bei Einführung einer landesweit einheitlichen KLR-Lösung benötigen mehr Zeit als im Projektplan vorgesehen war.
Polizeibehörden und Einrichtungen, Start: Juni 2001		
Da die Polizeibehörden und -einrichtungen in absehbarer Zeit auf ein neues Betriebssystem migrieren werden, wird die Kostenstellenrechnung (KSR) wie bisher nicht mehr betrieben werden können. Es werden den Kostenstellenverantwortlichen Berichte auf Basis von Web-IRM@ (Sach- und Investitionsausgaben) zur Verfügung gestellt. Ein lokaler Weiterbetrieb von „IRMA-classic“ bei jeder Polizeibehörde und -einrichtung ist - ausschließlich für die KSR - nicht verantwortbar.	Bis zu der strategischen Entscheidung, unter welchen Voraussetzungen („Werkzeuge“, finanzieller Mittelbedarf) die KSR wieder in vollem Umfang betrieben werden kann, beschränken sich die Auswertungen und Berichtsinhalte auf die von Web-IRM@ zur Verfügung gestellten Abfragemöglichkeiten.	Für den Polizeibereich ist eine modifizierte KSR (beschränkt auf die mit Web-IRM@ bewirtschafteten Einnahmen und Ausgaben) aussagekräftig und als ein wertvolles Instrument zur Kostensteuerung und -transparenz anerkannt.
Statistisches Landesamt, Start: Oktober 1999		
Zielsetzung: Kostentransparenz, Schärfung des Kostenbewusstseins, Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, Kosten- und Leistungsvergleiche (Benchmarking),	**a. neue/noch nicht prod. Projekte:** Die Vorbereitungen zur Einführung der Software M1 sind insoweit fortgeschritten, dass die Vertragsverhandlungen abgeschlossen wurden.	Der alltägliche Kontierungsablauf sowie die Benutzerbetreuung und die Softwarehandhabung sind soweit fortgeschritten, dass hier keine großen Probleme mehr anfallen.

Unterstützung der Budget- und Haushaltsplanung. **Betriebswirtschaftliche Parameter:** Verwendung von internen Produkten, Kontierung auf Tätigkeiten, Kontraktmanagement, dezentrale Ressourcenverantwortung, interne Märkte. **Vorgehensweise:** Stufenkonzept mit bereits erfolgter Erfassung und Auswertung der Personalkosten sowie Sachkosten; nachfolgend Investitionsbereich, interne Leistungsverrechnung. **Software:** Eigenentwicklung wird durch MACH abgelöst.	Altdaten und Stammdaten werden zurzeit für die Übernahme in M1 konvertiert. Feinabstimmung des hausinternen Kontenplans mit dem gemeinsamen Kostenartenplan Rheinland-Pfalz. Teilnahme an Schulungen für die im Statistischen Landesamt neu eingeführte Inventarisierungssoftware zwecks Schnittstellendefinition zur Anlagenbuchhaltung. **b. produktive Projekte:** Anpassung der IT-Titel (Kapitel 03 04) in der Kostenrechnung. Eine hausweite Abstimmung des Tätigkeitskataloges wurde durchgeführt.	
Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Start: Mai 2004		
Zielsetzung: Erhöhung der Kostentransparenz und des Kostenbewusstseins. Eine automatisierte und somit genauere bzw. aktuellere Möglichkeit der Verrechnung mit verschiedenen Einheiten. **Vorgehensweise:** Kostenarten- und Kostenstellenplan sind erstellt; Buchung mit Kostenstellenpflicht in IRMA seit 2005; Festlegung von Verteilungsschlüsseln bei den Vorkostenstellen in Arbeit. Das Fachkonzept wird in Kürze fertiggestellt. 80 % aller Geräte und Einrichtungsgegenstände sind zwischenzeitlich in einheitlicher Struktur erfasst; Fertigstellung in 2007. **vorgesehene Software:** Verwendung MACH; Programm für die Vermögenserfassung / Anlagenbuchhaltung ist bereits erstellt.	**a. neue/noch nicht prod. Projekte:** Einführung der landeseinheitlichen Software. Folgende Vorgehensweise ist geplant: - Kick-off 3. Quartal 2007 - Schulung Herbst 2007 - Konzepterstellung 2007 - Einführung in Pilotprojekten 2008 Zunächst sollen nur die betrieblichen Ausgaben erfasst und ausgewertet werden. Eine Auswertung der Daten erfolgt mit Einführung eines Berichtswesens. **b. produktive Projekte:** Erfassung von Vermögensgegenständen über eine selbstentwickelte Software sowie die Schaffung einer Schnittstelle zur landeseinheitlichen Software.	**Erkenntnisse:** Die Buchung auf Kostenstellen bereitet zwar keine Schwierigkeiten, jedoch durch fehlende Auswertungs- und Verrechnungssoftware hat sich die bisherige Vorgehensweise als zu aufwendig erwiesen. Mit der Übernahme der landeseinheitlichen Software der Fa. Mach AG erwarten wir vor allen Dingen aktuellere Daten und Auswertungsmöglichkeiten. In einem gemeinsamen Gespräch mit der Fa. Mach AG werden die nächsten Schritte festgelegt. Da es immer häufiger zu Verrechnungen mit anderen Einheiten kommen wird, für die wir Leistungen anbieten, erhoffen wir uns genauere und aktuellere Abrechnungsdaten.
Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Start: Oktober 2002		
Es fanden Informationsveranstaltungen der Task-Force KLR statt. Darauf aufbauend wurde ein Konzept erarbeitet, welches zunächst eine „Basis-KLR" für die gesamte Behörde und eine erweiterte KLR innerhalb der Abteilung 1 vorsieht. Im weiteren Verlauf sollen dann die Kostendaten verfeinert und auf die anderen Abteilungen ausgedehnt werden.	Es besteht weiterhin Interesse an der Einführung einer KLR. Mit der Umsetzung konkreter KLR-Projekte wurde bisher noch nicht begonnen.	
Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Start: Dezember 2003		
Zielsetzung: Kostentransparenz, Kostenbewusstsein, aussagefähiges Berichtswesen **Vorgehensweise:** Phase 1: „Basis-KLR", Eigenentwicklung Excel; Produktkataloge flächendeckend für alle Abteilungen; Erstellung der Produktdatenblätter; Entwicklung der Kostenstellenstrukturen mit Personalkostenverteilung und Sachkostenpauschalen auf die Kostenstellen und auf die Produkte (Verrechnungs-	**b. produktive Projekte:** - Aktualisierung/Pflege und Ausbau der vorhandenen Kostenträgerdateien, Optimierung und Konsolidierung der Produktdefinitionen (Produktdatenblätter), Abteilungsberichte mit Steuerungsinformationen für Führungsebene. - Ende April 2007 wurde das Pilotprojekt (drei Bereiche mit etwa 50 „Zeiterfassern") mit der Standardsoftware MACH erfolgreich abgeschlossen. - Schulung des Kern-Projektteams im	Die innerhalb von ca. zwei Jahren erarbeitete sog. Basis-KLR konnte mit sehr bescheidenen personellen und finanziellen Ressourcen umgesetzt werden. Die Entscheidung, aus den Fachbereichen „Multiplikatoren" einzusetzen, die bei der Produktbildung und Personalzuordnung maßgeblich beteiligt sind, erwies sich als sehr effektiv und ist von großer Akzeptanz bei den Mitarbeitern in den Fachbereichen geprägt. Die ab 2005 erstellten Abteilungs-

sätze des FM); Zuordnung der Verrechnungssätze auf Basis aktueller Personalbestandslisten der Abteilungen auf die Produkte (Schätzungen). Erstellung von Abteilungsberichten für die Führungskräfte. Phase 2: Pilotprojekt MACH. Pilotierung der „Zeiterfassung" in zwei ausgewählten Bereichen abgeschlossen (11/06 – 04/07). Aufbau eines ADD-Mandanten auf der zentralen KLR-Plattform im LDI. Bildung eines Kern-Projektteams sowie eines Lenkungsausschusses, der die zukünftige Weichenstellung der KLR übernehmen soll. Phase 3: Roll-Out MACH auf die gesamte ADD ab Oktober 2007.	Rahmen des Einführungsprozesses. - Nach Abschluss der Pilotierung wurde von der Behördenleitung die Entscheidung über den flächendeckenden Einsatz der Zeiterfassungs-Software in der gesamten ADD ab Oktober 2007 getroffen. - Schulungsmaßnahmen der zum Teil neuen Multiplikatoren sowie der Mitarbeiter und Führungskräfte ab August. - Parallele Einrichtung der Grunddaten. - Erste Schritte hin zur Anbindung der Schnittstelle zu IRMA zur Einzelbelegdarstellung anstelle der Buchung von Pauschalbeträgen ab November 2007. **a. neue/noch nicht prod. Projekte:** Die Abbildung der kalk. Kosten aus der Anlagenbuchhaltung und die interne Leistungsverrechnung wurden zunächst zurückgestellt.	berichte ermöglichen den Führungskräften eine transparente Darstellung der verursachungsgerechten Kostenzuordnung auf die jeweiligen Produkte. Die Anwendung in der Praxis zeigte allerdings deutlich, dass die Darstellung und Bearbeitung mit Hilfe der erstellten Excel-Listen sehr schnell an die Grenzen stößt. Um ein mit Kennzahlen und Indikatoren belegbares quantitativ und qualitativ verlässliches Berichtswesen für ein effektives Controlling zu erhalten, ist der Einsatz einer Standardlösung unerlässlich. Die MACH-Zeiterfassungs-Software hat sich nach den Ergebnissen einer anonymen Befragung aller Beteiligten im Intranet als benutzerfreundlich und intuitiv bedienbar erwiesen. Die zentrale Systemplattform im LDI erwies sich als performant und hoch verfügbar.
Landesbetrieb Daten und Information		
Echtbetrieb mit kaufmännischer Buchführung. **eingesetzte Software:** SAP		Durch die Einführung der kaufmännischen Buchführung wird eine integrative Softwarelösung betrieben, in der eine KLR als internes Rechnungswesen bereits integriert ist.
OFD, Leistungsvergleich Finanzämter, Leitung durch länderübergreifende Lenkungsgruppe		
Flächendeckender Einsatz einer vereinfachten Kostenrechnung im Bereich der Veranlagung, Arbeitnehmerstelle, Körperschaftsteuerstelle, Rechtsbehelfstelle sowie Betriebsprüfung. Es handelt sich um eine Teilkostenrechnung, da die Kosten für EDV und Kosten übergeordneter Behörden (z.B. der OFD) nicht enthalten sind. Die Kosten werden kostenstellenbezogen ermittelt. Wirtschaftlichkeitsberechnungen beziehen sich immer nur auf ein Produkt je Aufgabenbereich (Kostenstelle). Die erforderlichen Daten werden maschinell aus dem Großrechner der ZDFin gewonnen. Die Weiterverarbeitung und Darstellung der Daten im Berichtswesen erfolgen mittels Microsoft Excel.	Ab 2007 Einbeziehung der Aufgabenbereiche Bußgeld- und Strafsachenstelle/Steuerfahndung, Grunderwerbsteuer und Vollstreckung; ab 2008 übrige geeignete Aufgabenbereiche wie Finanzkasse, Bewertung, Erbschaft- und Schenkungsteuerstelle und Kfz.-Steuer.	Die Auswertung von KLR-Daten und der Ausweis von Kosten und Zeitaufwand im Berichtswesen führte zu einem stärkeren Kostenbewusstsein. Voraussetzung für die Akzeptanz und die Validität der Zahlen ist die Vermeidung manueller Anschreibungen und die maschinelle Abgreifbarkeit der benötigten Daten. Detaillierte Ergebnisse werden gesondert publiziert.
Staatsbäder (Bad Dürkheim, Bad Bergzabern, Bad Bertrich, Bad Ems), Start: März 2004		
Aufbauend auf die produktive doppische Buchführung wird eine zwischen den vier Staatsbädern abgestimmte, weitgehend einheitliche KLR praktiziert (Vollkostenrechnung auf Ist-Kostenbasis). Die Kostenarten sind nach dem VKR definiert und die Kostenträger in einem ersten Schritt als „Profitcenter" (vergleichbar Produktgruppen) angelegt.	Nach umfangreicher Testphase ab 2006 produktiv.	
Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle, Start: September 2001		
Produktivbetrieb ab Januar 2003 auf Basis der Vollkostenrechnung mit Kostenarten, -stellen und Kostenträ-	Aktuell keine geplanten wesentlichen Änderungen/Erweiterungen, Update auf mySAP ERP 2005 in 2007.	Die Einführung der KLR erfolgte reibungslos und termingerecht. Der Produktivbetrieb verläuft ebenfalls rei-

gerrechung, GUV/Profitcenter-rechnung. **eingesetzte Software:** SAP in Verbindung mit KLeist und IRMA sowie DAISY und CARLA.		bungslos.
Arbeitsverwaltungen in den Justizvollzugsanstalten, Start: März 2004		
Vollkostenrechnung mit Pilotierung.	Die Projektarbeiten für eine KLR in der Arbeitsverwaltung sind abgeschlossen; die EXCEL-Version einer möglichen KLR liegt vor. Die bisherige Projektarbeit hat gezeigt, dass eine sinnvolle KLR nur dann durchgeführt werden kann, wenn auch die übrigen Teile der Justizvollzugsanstalten in die KLR einbezogen werden. Das Projekt KLR für die Wirtschaftsverwaltung der Justizvollzugsanstalten hat im Frühjahr 2007 begonnen. Die technische Umsetzung wird nach der Ausstattung der Justizvollzugsanstalten mit PC-basierter IT-Technologie angestrebt. Die notwendige bedarfsgerechte Software wird im Länderverbund entwickelt und derzeit erprobt. Konkrete Zeitangaben zur flächendeckenden Umsetzung sind derzeit noch nicht möglich.	Da eine sinnvolle KLR wegen der engen Verzahnung der Abläufe in den Justizvollzugsanstalten nur bei Einbeziehung aller Teile möglich ist, werden die Vorarbeiten für ein umfassendes KLR-Projekt unabhängig von den technischen Voraussetzungen zügig fortgeführt.
Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Start: Dezember 2000		
Vollkostenrechnung für das Landesamt und die Ämter für soziale Angelegenheiten. **eingesetzte Software:** MACH.	Zum 1. Januar 2006 startete der Echtbetrieb und nach der Bewertung des mobilen Anlagenvermögens wurde das zusätzliche Modul Anlagenwirtschaft integriert. Controllinggespräche werden fortlaufend geführt. Es wurde begonnen, das Produktcontrolling zu entwickeln, damit sich eine spätere Steuerung am Output der einzelnen Leistungseinheiten orientieren kann.	Eine Validierung über die Akzeptanz der eingesetzten KLR (Software, Vorgehensweise, Belastung durch Zeitaufschreibung) ergab eine hohe Zufriedenheitsquote der Mitarbeiter.
Dienstleistungszentren Ländlicher Raum, Start: 1996		
Echtbetrieb, flächendeckend. Kostenstellen-, Kostenträgerrechnung; Vollkosten-, Teilkostenrechnung. **eingesetzte Software:** SAP mit Datenimporten aus KLeist, CoBeKo, BAV, INVENTAR sowie IRMA.	**b. produktive Projekte:** - Stückkostenrechnung, - Vertikalvergleiche, - Weiterentwicklung des Controllings.	Bei der Vielzahl von Dienstorten wird eine webbasierende Lösung zur Leistungsdatenerfassung mit individuellen Abfrageeigenschaften den Betreuungsaufwand verringern. Der Nutzen der KLR für die Führungskräfte sowie für die Mitarbeitermotivation ist fortlaufend zu vermitteln.
Landesamt für Geologie und Bergbau, Start: Oktober 2000		
Echtbetrieb, Vollkostenrechnung. **eingesetzte Software:** SAP mit Datenimporten aus KLeist, CoBeKo, BAV, INVENTAR sowie IRMA.	**a. neue/noch nicht produktive Projekte:** - KLR mit implementierter Plankostenrechnung mit MACH. **b. produktive Projekte:** - Vertiefung und Festigung des laufenden Betriebs.	Eine Verfeinerung und Vertiefung des bestehenden Systems und seiner Aussagen zeigt sich bei der durch die Dienststelle eigenverantwortlichen Umgestaltung des Systems auf MACH als erfolgsversprechend.
Landesbetrieb Mobilität, Start: November 2001		
Echtbetrieb mit kaufmännischer Buchführung. **eingesetzte Software:** SAP mit den Modulen FI, FI-AA, CO, PS, CATS, SD und MM.	**b. produktive Projekte:** - Implementierung Investitionsrechnung, - Weiterentwicklung der operativen Planung und Budgetierung, - Weiterentwicklung Projektcontrolling, - Implementierung Controlling im Betriebsdienst, Dienstleistungsbereich und bei Kostenreduktionsprojekten.	Durch die Einführung der kaufmännischen Buchführung wird eine integrative Softwarelösung betrieben, in der eine KLR als internes Rechnungswesen bereits integriert ist.

Landesamt für Mess- und Eichwesen, Start: Juli 2005		
Einführung einer Vollkostenrechnung auf Ist-Kosten-Basis, flächendeckende Einführung für den Gesamtbereich des LME. **eingesetzte Software:** MACH	**a. neue/noch nicht produktive Projekte:** - Echtbetrieb seit 1.Januar 2007.	Mit der eigenverantwortlichen Implementierung der ERP-Software durch Mitarbeiter der Dienststelle steigt die Identifizierung der Beteiligten mit dem System und damit einhergehend die Belastbarkeit und Aussagekraft erfasster Daten.
Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung		
Echtbetrieb mit kaufmännischer Buchführung. **eingesetzte Software:** SAP		Durch die Einführung der kaufmännischen Buchführung wird eine integrative Softwarelösung betrieben, in der eine KLR als internes Rechnungswesen bereits vollständig integriert ist.
Landesforsten Rheinland-Pfalz		
Eine KLR wurde eingeführt (Kostenstellen-, Kostenarten- und Kostenträgerrechnung auf Vollkostenbasis). **eingesetzte Software:** MACH, forstbetriebliche Vorsysteme.	**a. neue/noch nicht prod. Projekte:** Die Integration der vorhandenen forstbetrieblichen Vorsysteme über eine Schnittstelle in die MACH-KLR und Finanzbuchführung soll in der 2. Jahreshälfte 2007 abgeschlossen sein. **b. prod. Projekte:** Anlagenbuchführung sowie Produktplan sind entwickelt und eingeführt; alle Buchungen erfolgen hiernach. Die KLR der einzelnen Forstbetriebe wird in vorhandenen forstbetrieblichen Vorsystemen abgebildet. Die KLR für den Gesamtbetrieb Landesforsten wird in der MACH-Software abgebildet.	Die Komplettierung der KLR für den Gesamtbetrieb verlief reibungslos, die eingesetzte Software arbeitet problemfrei. Die Integration der verschiedenen vorhandenen forstbetrieblichen Vorsysteme in das kaufmännische Rechnungswesen und die Überführung in die MACH- KLR und Finanzbuchführung ist eine erwartungsgemäß komplexe Aufgabe. Die Auswertungen und Berichtsroutinen müssen kontinuierlich weiter entwickelt und komplettiert werden. (Zu weiteren Details siehe auch Landtagsdrucksachen 13/3556 und 13/4380).
Landesuntersuchungsamt, Start: November 2003		
Im Rahmen eines Pilotprojektes im Fachbereich Tiermedizin wird eine KLR als Vollkostenrechnung entwickelt. Das Fachkonzept wurde auf der Grundlage der landeseinheitlichen Software implementiert. Seit dem 1. Januar 2007 wird die KLR im Pilotbereich eingesetzt. **eingesetzte Software:** MACH	Auf der Grundlage der im Pilotprojekt gewonnenen Erfahrungen erfolgt der weitere Ausbau der KLR auf weitere Organisationseinheiten des LUA.	Die Projektarbeit zur Umsetzung des fachlichen Feinkonzeptes verläuft weiterhin planmäßig.
Uni Mainz, Start: 1990/2000		
2004 Produktivstart IVS (u.a. mit kfm. Rechnungswesen, Haushalt, Drittmittelverwaltung, KLR) unter MACH/ PLANON. Kostenstellen- und Kostenartenrechnung werden bei den Buchungen automatisch mitgebucht. Kostenträgerrechnung noch nicht eingerichtet, aber alle Drittmittelprojekte und spezifische „Dezentrale Budgetobjekte“ im System eingerichtet. Letztere werden z. T. ähnlich einer Kostenträgerrechnung eingesetzt. Alle Informationen aus dem System stehen grundsätzlich zur Verfügung (Zugang über Rechteverwaltung geregelt) und sind damit die Voraussetzungen auch für dezentrales Controlling; das Berichtswesen wurde um zusätzliche Berichte ergänzt.	**a. neue/noch nicht produktive Projekte:** Der Auf- und Ausbau der KLR-Funktionalitäten wurde im System fortgesetzt. Das Konzept für die Einrichtung einer Verrechnungssystematik (Stufenleiterverfahren) als Basis für die Vollkostenrechnung steht kurz vor der Vollendung (u.a. Anforderungen aus dem 7. EU-Rahmenprogramm). Der Produktivstart des WPM musste u. a. wegen der Probleme bei der Altdatenbereinigung auf September verschoben werden. Das Teilprojekt Reinigungsmanagement mit PLANON ist weitgehend abgeschlossen. Aktuell finden Datenabgleiche und -anpassungen im System statt. Ziel ist, alle Bewirtschaftungs- und Mietkosten im System auf Raumflächenebene verfügbar zu haben und für Abrechnungen und	Der Produktivbetrieb läuft ohne größere Probleme; die eingeführten dezentralen Komponenten werden gut angenommen und funktionieren weitgehend problemlos. Die Informationsmöglichkeiten aus dem System werden auch von den dezentralen Einrichtungen gut genutzt. Nebenbuchhaltungen wurden abgebaut. Das Hauptinteresse liegt weiterhin auf den steuerungsrelevanten Informationen über verausgabte und verfügbare Ressourcen. Das Verständnis für die Arbeitsprozesse (Geschäftsprozesssicht) hat sich z. T. deutlich verbessert. Der Einsatz von Multiplikatoren hat sich bewährt. Der Globalhaushalt ermöglicht deutliche Vereinfachungen im Bereich der Buchhaltung.

Erste Ansätze von Verrechnungen (Technische Dienste). Die Eröffnungsbilanz wurde erstellt und an das Ministerium weitergeleitet; die Folgebilanz für 2006 ist in Arbeit. Der Rollout wurde angepasst: kleinere Bereiche (Arbeitskreise oder Institute) können ihr Interesse anmelden, werden intern geschult und dann umgestellt.	Verrechnungen im Rahmen der Vollkostenrechnung zu nutzen.	Die nicht vorhandene Periodenabgrenzung in den Zahldaten der OFD bereitet Probleme bei der Einrichtung des MACH Personalmanagements und erschwert eine korrekte Zuordnung der Zahldatensätze. Die Erstellung der Bilanz und des Jahresabschlusses macht immer noch Probleme, insbesondere im Bereich der Anlagenbuchhaltung.
Uni Trier, Start: Mai 2000		
Ziel ist eine ausreichende Transparenz über Kosten und Leistungen in der gesamten Hochschule, um die Hochschulleitung bzw. die Hochschulgremien in die Lage zu versetzen, die KLR als Steuerungsinstrument hinsichtlich der Gesamtplanung einer Hochschule zu nutzen. Die gewonnenen Ergebnisse sollen zu einer bedarfsgerechten Mittelzuweisung beitragen und eine bessere bzw. vergleichbare Mittelverwendung ermöglichen. **eingesetzte Software:** Software-Module der HIS GmbH	**a. neue/noch nicht produktive Projekte:** Seit Januar 2005 befindet sich ein HIS-FiBu-Modul im Testlauf. Dieses ist inzwischen den organisatorischen und haushaltstechnischen Erfordernissen angepasst. Für den Etat des Leipniz-Instituts „Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation" ist die Umstellung auf Echtbetrieb für 2008 vorgesehen. **b. produktive Projekte:** Derzeit wird die KLR mit den anderen Teilsystemen (Inventarisierung, Mittelbewirtschaftung, Personalbewirtschaftung) verbunden, damit die Daten transferiert werden können. Im Zusammenhang mit der Einführung eines Globalhaushaltes hat sich die Universität Trier verpflichtet, bis 2010 eine KLR einzuführen.	Die Einführung einer KLR gestaltet sich wegen knapper personeller und finanzieller Ressourcen sehr schwierig. Fehlende Grundlagendaten mussten zunächst erstmalig erfasst bzw. vorhandene Daten mussten auf ihre Richtigkeit hin überprüft werden.
TU Kaiserslautern, Start: Januar 2000		
Zielsetzung: Kostentransparenz; Förderung des Kostenbewusstseins; Entscheidungsunterstützung; Effizienzsteigerung. Zum 01. Januar 2007 wird die TU Kaiserslautern auf der Basis einer Organisationsverfügung einen Globalhaushalt sowie die doppelte kaufmännische Buchführung einführen. Die Implementierung der Kosten- und Leistungsrechnung erfolgt auf der Basis einer Vollkostenrechnung, wobei die Option, die Vollkostenrechnung durch eine Teilkostenrechnung zu ergänzen, offen bleiben soll. **eingesetzte Software:** MACH Software-Module der HIS GmbH	**a. neue/noch nicht produktive Projekte:** Zum 01. Januar 2007 wird an der TU Kaiserslautern die Doppik eingeführt. Vor diesem Hintergrund wird derzeit das Konzept der KLR neu ausgerichtet; insbesondere die Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung. Für 2008 ist die Umsetzung eines vereinfachten Ansatzes für die Vollkostenrechnung geplant; anschließender, sukzessiver Ausbau bis 2009. Mit den vorbereitenden Arbeiten zur Aufstellung der Eröffnungsbilanz (insb. Inventur) wurde bereits begonnen. Die Eröffnungsbilanz soll 2008 vorliegen. Mit der Konzeption des Standardberichtswesens wurde Anfang 2007 begonnen. Die Arbeiten hierzu sollen bis Ende 2007 abgeschlossen sein. Bis Anfang 2008 soll nun auch die Beschaffung in MACH abgebildet werden. **b. produktive Projekte:** Das Projekt „Einführung MACH" wurde termingerecht zum 31. Dezember 2006 abgeschlossen. Das Rechnungswesen wird in zwei Sichten abgebildet: - Haushalt/Drittmittelverwaltung (Doppik inkl. Anlagenbuchhaltung, kamerale Grunddaten) und - Kosten- und Leistungsrechnung. In der Haushaltssicht werden die Sachkonten aus dem doppischen Kontenplan sowie die Haushaltstellen (Kapitel, Titel u.	Durch die Einführung der Doppik werden die nachfolgenden Vorteile realisiert: - Der bisher erhebliche Abgrenzungsaufwand zwischen Kameralistik und KLR entfällt. - Die Voraussetzungen für eine Vermögensrechnung werden ermöglicht; die Erhaltung der „Universitätssubstanz" steht im Mittelpunkt. - Die perioden- und verursachungsgerechte Zuordnung des Ressourcenverbrauchs wird gewährleistet. Die Einführung der Software MACH Finanzen wurde binnen vier Monaten realisiert. Die maßgeblichen Erfolgsfaktoren hierbei waren: - straffe Projektorganisation, - klare Definition der Projektziele, - gut organisierte und motivierte Projektgruppe, - entscheidungskompetenter Lenkungsausschuss, - starke Unterstützung seitens der Hochschulleitung, - gute Zusammenarbeit mit dem Projektpartner.

	Mittelherkunft) bebucht; die Buchungen auf den Anlagen in der Anlagenbuchhaltung erfolgen nahezu automatisch. Die Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung werden bei den Buchungen automatisch mitbebucht. Als Kostenträger wurden bisher nur die Drittmittelprojekte eingerichtet.	
Uni Koblenz-Landau, Start: Mai 2002		
Ziel der KLR ist das Erlangen von Transparenz hinsichtlich der anfallenden Kosten. Dies soll durch die flächendeckende Angabe von Kostenarten und Kostenstellen bei jeder Buchung gewährleistet werden. Es soll das Kostenbewusstsein gefördert sowie der Hochschulleitung ein Steuerungsinstrument zur Gesamtplanung zur Verfügung gestellt werden. **eingesetzte Software:** Software-Module der HIS GmbH	**a. neue/noch nicht produktive Projekte** Für das Jahr 2008 ist eine komplette Überarbeitung der Kostenstellensystematik zur Anpassung an veränderte Organisationsstrukturen geplant. **b. produktive Projekte** Im laufenden Kalenderjahr soll eine einheitliche Kostenartensystematik sichergestellt und durch Festlegung der Zuordnung von Buchungsfällen zu einzelnen Kostenarten mit Hilfe eines Kostenartenhandbuches eindeutige Regelungen geschaffen werden.	Aufgrund der langen Vakanz der Controller-Stelle und fehlender personeller und finanzieller Ressourcen gestaltet sich die Einführung der KLR schwierig. Es fehlen Grundlagendaten, die noch erfasst werden müssen. Vorhandene Daten müssen auf ihre Richtigkeit überprüft werden.
FH Bingen, Start: Herbst 2005		
Im Bereich der Drittmittelprojekte erfolgt eine Buchung auf Kostenstellen (Kostenstellenrechnung auf Vollkostenbasis). **eingesetzte Software:** Software-Module der HIS GmbH	Weiterer Ausbau mit HIS-Modulen in 2007.	
FH Kaiserslautern, Start: Januar 2004		
Finanzbuchhaltung im Rahmen der Kameralistik (durch die Einführung des Globalhaushaltes ab 2007 ändert sich die grundsätzliche Ausrichtung nicht), Kostenstellenrechnung, im Drittmittelbereich Kostenträgerrechnung im Echtbetrieb. **eingesetzte Software:** Software-Module der HIS GmbH	- Aufbau eines Berichtswesens für Entscheidungsträger in der Hochschule, - Umsetzung der Daten aus Einzelplatz-Programmen in mehrplatzfähige Versionen (bis Dezember 2007), - Internes Mittelverteilungsmodell wird im Wintersemester 07/08 angepasst.	Aufwändiger Prozess, der nur schrittweise umgesetzt werden kann; erste Ergebnisse sollen in die Änderung des internen Verteilungsmodells einfließen.
FH Trier, Start: Ende 2003		
Einführung der Kostenarten- und Kostenstellenrechnung auf Basis des gemeinsamen KLR-Rahmenkonzeptes. **eingesetzte Software:** Software-Module der HIS GmbH	- Einbindung und Update verschiedener HIS-Module vorgesehen. - Überarbeitung der Kostenarten und Kostenstellen fast abgeschlossen.	Bei Einführung neuer Versionen der HIS-Module sind neue Konfigurationen und zeitaufwändige Testphasen notwendig. Dies und Personalwechsel im Controlling führen zu zeitlichen Verzögerungen.
FH Mainz, Start: 2000		
Kostentransparenz; Verbesserung der Steuerungsmöglichkeiten, Erhöhung der Wirtschaftlichkeit. Es werden flächendeckend alle Buchungen mit Kostenarten- und Kostenstellenangaben im Mittelbewirtschaftungssystem verbucht. Seit 2004 erfolgt die Kontierung dezentral. **eingesetzte Software:** Software-Module der HIS GmbH	Im ersten Halbjahr 2007 wurde der Echtbetrieb von HIS-SVA-GX aufgenommen, der es ermöglichen soll, alle Personalkosten kostenarten- und kostenstellenbezogen abzubilden. In Abstimmung mit den übrigen rheinland-pfälzischen Hochschulen wird eine Aktualisierung des Kostenartenplans angestrebt. Die Auswirkungen des kameralistischen Globalhaushalts auf den bisherigen Pro jektstatus sollen in 2007 eruiert werden.	

FH Ludwigshafen, Start: Januar 2005		
Einführung KLR mit Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung. **eingesetzte Software:** Software-Module der HIS GmbH	Einführung der Flächenberechung und der Personalsoftware der Firma HIS; erfolgreiche Integration verschiedener HIS-Module.	Grundlagen der EDV-Software und Hardware mussten bzw. müssen noch beschafft werden, eine gute EDV-Infrastruktur muss aufgebaut und gepflegt werden.
FH Worms		
Einführung der Kostenarten- und Kostenstellenrechnung ab 2005 auf Basis des gemeinsamen KLR-Rahmenkonzeptes. **eingesetzte Software:** Software-Module der HIS GmbH	Der Beginn der schrittweisen Integration der vorhandenen HIS-Datenbanken ist weiterhin für Ende 2007 geplant und soll dann im Jahr 2008 so weitgehend wie möglich und sinnvoll fortgeführt werden. Die veränderte Basis der Datenhaltung ist abgeschlossen. Im Rahmen der Umsetzung der KLR soll auch der interne Informationsfluss verbessert werden.	Nach der erfolgreichen Umsetzung der Kontierung sowie der Inventarisierung sind die anstehenden Schritte bei der Einführung der KLR zeitaufwendiger, da häufig von der Konzeption her Neuland betreten wird. Dies betrifft auch die Softwarekonzeption der HIS, die nicht immer konsequent umgesetzt werden kann, da bereits gelöste Probleme unter neuen Rahmenbedingungen plötzlich wieder auftreten. Dies führt zu neuen Testphasen und in der Folge zu Verzögerungen.